1 Lebensbedingungen, Armut und soziale Ausgrenzung

Statistik Austria

Autor:innen: Nadja Lamei, Marlene Blüher, Magdalena Skina-Tabue, Richard Heuberger, Nühübe Karacam, Anneliese Oismüller, Jana Korunovska, Lena Wittmann

Inhalt

1 Lebensbedingungen, Armut und soziale Ausgrenzung ... **9**
Einleitung ... 11
1.1 Der Zusammenhang von Haushaltseinkommen und Lebensbedingungen ... 13
Wie wird der Lebensstandard gemessen? ... 13
Wie werden Haushaltseinkommen erfasst und was bilden sie ab? ... 14
Wie kann man Haushaltseinkommen vergleichen? ... 15
Welche Einkommensgruppen lassen sich aus der Verteilung ableiten? ... 15
Wie wirken sich Sozialtransfers auf die Einkommensverteilung aus? ... 18
Wie haben sich die Einkommen in der COVID-19-Krise verändert? ... 19
1.2 Das Europa-2030-Sozialziel ... 23
Wer gilt als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet? ... 23
Wie setzt sich die Europa-2030-Zielgruppe zusammen? ... 24
Wie viele Kinder und Jugendliche sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet? ... 26
Sinkt oder steigt die Armut in Österreich? ... 26
Wird das Europa-2030-Ziel erreicht werden? ... 28
Wie steht Österreich im EU-Vergleich da? ... 29
1.3 Lebensbedingungen und deren Verteilung nach Einkommensgruppen ... 31
1.3.1 Erwerbsarbeit ... 31
1.3.2 Bildung ... 37
1.3.3 Gesundheit und medizinische Versorgung ... 46
1.3.4 Wohnen ... 54
1.3.5 Verschuldung und Zahlungsschwierigkeiten ... 59
1.3.6 Materielle Lebensbedingungen und finanzielle Einschränkungen ... 63
1.3.7 Gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe ... 71
1.3.8 Wohlbefinden und Zufriedenheit ... 77
1.4 Aktuelle Entwicklung der Lebensbedingungen ... 82
Werden Veränderung im Haushaltseinkommen wahrgenommen? ... 83
Wer hat Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen? ... 84
Wie verändert sich die finanzielle Belastung durch Wohnkosten? ... 85
Sinkt die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation? ... 86
Abkürzungsverzeichnis ... 88
Literaturverzeichnis ... 89
Glossar ... 94

Einleitung

Im folgenden Beitrag geht es um die Lebensbedingungen der Menschen in Österreich. Damit sind unterschiedliche Bereiche gemeint – zum Beispiel Arbeit, Gesundheit oder Wohnsituation. Die zentrale Fragestellung ist, ob und wie sich diese Lebensbedingungen je nach Einkommenshöhe unterscheiden. Weitere Fragen, die behandelt werden, sind: Wie ist die aktuelle Lage in Bezug auf Armut und soziale Benachteiligungen? Was haben die COVID-19-Pandemie und die Teuerungskrise an den Lebensumständen der Bevölkerung geändert?

Die vorliegenden Analysen legen einen Schwerpunkt auf die Lebensbedingungen all jener Menschen, die in Österreich in Privathaushalten leben. Sie gehen auch der Frage nach, wie sehr diese durch das Einkommen (mit)bestimmt sind. Zentrales Merkmal ist das in den Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen. Unterschieden werden niedrige, mittlere und hohe Haushaltseinkommen relativ zur Gesamtverteilung des Einkommens in der Bevölkerung.[1] Neben der Verteilung des Haushaltseinkommens stehen weitere Dimensionen des Lebensstandards im Zentrum: Erwerbsarbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verschuldung, materielle, gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe sowie Wohlbefinden und Zufriedenheit. Diese werden auch nach dem Einkommen dargestellt, um zu sehen, welchen Zusammenhang es zwischen Einkommenshöhe und dem jeweiligen Lebensbereich gibt.

Es werden der aktuelle Stand, zeitliche Entwicklungen der letzten Jahre und, wo möglich, auch Auswirkungen der Corona- sowie der Teuerungskrise dargestellt. Analysen zum Europa-2030-Sozialziel, dessen Entwicklung in Österreich und ein europäischer Vergleich ergänzen den Beitrag um die in der Armutsberichterstattung etablierten Kennzahlen.

Datengrundlage bildet in den Kapiteln 1.1 bis 1.3, wenn nicht anders genannt, die Erhebung EU-SILC. EU-SILC ist eine Erhebung über die Lebensbedingungen in der Europäischen Union. Seit 2003 nehmen auch Haushalte in Österreich an der SILC-Befragung teil. Sie tragen unter anderem dazu bei, die Lebensbedingungen zu erfassen, Armut sichtbar zu machen und Haushaltseinkommen über die Jahre hinweg zu beobachten. Stärke von EU-SILC ist es, jährlich Ergebnisse in detaillierter Form über zahlreiche Lebensbereiche zu liefern, die auch miteinander verknüpft oder für bestimmte Bevölkerungsgruppen analysiert werden können. Zur hohen Datenqualität trägt das Einbeziehen von Verwaltungsdaten bei, die v. a. für die Einkommensberechnung verwendet werden. Derzeit liegen Daten bis zur Erhebung im Jahr 2022 vor.

In Kapitel 1.4 werden eine weitere Befragung der Statistik Austria, „So geht's uns heute", und zentrale Ergebnisse daraus vorgestellt. Seit Ende 2021 liegen quartalsweise

[1] Diese Gliederung wurde in der Sozialberichterstattung der letzten Jahre etabliert und beispielsweise bereits im Sozialbericht 2015–2016 (Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2017) verwendet.

Daten vor, die helfen, rasch einen Überblick über Begleit- und Folgeerscheinungen der Krisen der letzten Jahre – von der COVID-19-Pandemie bis zur Inflationskrise – zu geben. Veränderungen der Lebensbedingungen, des Einkommens und des Wohlergehens stehen im Fokus.

1.1 Der Zusammenhang von Haushaltseinkommen und Lebensbedingungen

Zur Ermittlung ihres Lebensstandards werden im Folgenden die Einkommensverhältnisse der Menschen in Privathaushalten in Österreich verwendet. Dabei ist das den Haushalten zur Verfügung stehende Einkommen in niedrige, mittlere und hohe Haushaltseinkommen relativ zur Gesamtverteilung gegliedert.

Fundierte Entscheidungshilfen für die europäische und nationale Sozialpolitik brauchen Kenntnis über den Lebensstandard der Bevölkerung. Um diesen für Personen in privaten Haushalten abzubilden, wird vielfach das Haushaltseinkommen herangezogen.[2] Ausgabenseitige Belastungen, individuelle Lebenslagen und Kostenstrukturen können bewirken, dass mit dem gleichen Einkommen ein unterschiedlicher Lebensstandard erzielt wird. Trotz dieser Einschränkung zeigen die nachfolgenden Analysen jedoch, dass sich die indirekte Messung des Lebensstandards mithilfe des Einkommens (in drei zusammengefassten Kategorien: niedrig, mittel, hoch – siehe im Folgenden) insgesamt sehr gut als Erklärungsmerkmal für andere Lebensbedingungen eignet. Direkte Messungen des Lebensstandards (z. B. Wohnbedingungen, Gesundheitssituation, Nicht-Leistbarkeit und finanzielle Einschränkungen usw.) sind ebenso bedeutend. Subjektive Einschätzungen, etwa über das Wohlbefinden, die persönliche Zufriedenheit oder die Qualität von Sozialkontakten ergänzen objektiv messbare Faktoren.

Wie wird der Lebensstandard gemessen?

Datengrundlage für die nachfolgenden Analysen zum Haushaltseinkommen und deren Zusammenhang mit den Lebensbedingungen ist EU-SILC. EU-SILC steht für European Community Statistics on Income and Living Conditions und ist die Referenzquelle für vergleichende Statistiken zur Einkommensverteilung und zu sozialer Eingliederung auf europäischer Ebene. Ziel ist, ein detailliertes Bild der Einkommens- und Lebenssituation zu zeichnen – auch um Armut sichtbar zu machen und Entwicklungen in den Lebensbedingungen über die Jahre hinweg zu beobachten. Jährliche Daten liegen für die Länder der Europäischen Union, Norwegen, die Schweiz, Albanien, den Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und die Türkei vor. Statistik Austria führt für Österreich EU-SILC seit 2003 durch. Pro Jahr werden rund 6.000 österreichische Haushalte befragt. Seit 2004 erfolgt die Umsetzung als vierjähriges Rotationspanel, d. h. Daten zu denselben Haushalten und ihren Mitgliedern sind jeweils vier Jahre in Folge verfügbar. Die recht-

[2] Siehe z. B. Portfolio der EU Sozialindikatoren (ISG, 2022) (11.9.2023).

liche Basis bilden EU-Verordnungen und eine Verordnung des BMSGPK, das seit 2008 die Erhebung voll finanziert.[3]

Wie werden Haushaltseinkommen erfasst und was bilden sie ab?

Haushaltseinkommen werden nach internationalen Vorgaben[4] in EU-SILC ermittelt. Sie setzen sich aus den Einkommen aller Personen, die gemeinsam einen Haushalt bilden, und aus verschiedenen Einnahmequellen wie Arbeit, Pensionen, Sozialleistungen[5], Kapitalerträgen und privaten Quellen zusammen. Um zu dem verfügbaren Nettohaushaltseinkommen, der zentralen Messgröße für die hier verwendeten Analysen, zu gelangen, werden Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen sowie weitere Zahlungen zwischen Haushalten hinzu- bzw. weggerechnet.

Zu einem Großteil stammen die Einkommen aus Verwaltungsdaten (z. B. für Unselbstständigeneinkommen und Pensionen aus den Daten der Lohnsteuer). Der Rest, für den keine entsprechenden Verwaltungsdaten verfügbar sind (z. B. bei Selbstständigeneinkommen, Sozialleistungen der Länder und Gemeinden oder privaten Unterhaltszahlungen), wird in der Erhebung direkt erfragt.[6] Anschließend werden alle Einkommen auf Einzelfallebene vollständig anonymisiert verknüpft. Bestimmte Einkommenskomponenten wie z. B. Kapitalerträge sind in Einkommenserhebungen schwer erfassbar. Die Untererfassung von Kapitaleinkommen hat eine (auch durch die Gewichtung nur unzureichend ausgleichbare) Unterschätzung von sehr hohen Einkommen zur Folge.

Betrachtet wird dabei jeweils ein ganzes Jahr – so können auch saisonale Effekte, zum Beispiel durch unterschiedliches Beschäftigungsausmaß, ausgeglichen werden. Das Vorjahreseinkommen steht stellvertretend für den aktuellen Lebensstandard, die Angaben zur Haushaltszusammensetzung und die Lebenssituation sind auf den Erhebungszeitpunkt bezogen. Die aktuellsten Daten aus EU-SILC 2022 erfassen daher das Einkommen des Kalenderjahrs 2021: Es ist zu beachten, dass diese Daten damit teilweise noch Auswirkungen der COVID-19-Krise abbilden und erst teilweise die finanziell für viele Haushalte angespannte Lage aufgrund von Preissteigerungen im Verlauf von 2022 zeigen.

---

3 Informationen zu EU-SILC: siehe Websites von Statistik Austria und Eurostat (28.10.2023). Die aktuellsten Daten aus dem Jahr 2022 können im EU-SILC Tabellenband (Statistik Austria 2023c), methodische Informationen in der Standarddokumentation (Statistik Austria 2023b) nachgelesen werden. Alle dargestellten Ergebnisse gelten für Personen in Privathaushalten. Anstaltshaushalte sind nicht Teil der Stichprobe von EU-SILC, somit werden Lebenslagen von Menschen in Alten-, Pflege- oder Kinderheimen wie auch Asylwerbende oder Wohnungslose nicht erfasst. Andere Gruppen wie Personen ausländischer Herkunft oder Kranke sind aus Gründen schwerer Erreichbarkeit (Sprachbarrieren, Nichtbefragbarkeit / -auffindbarkeit, Scham etc.) tendenziell untererfasst, das wird jedoch in der Hochrechnung berücksichtigt und weitgehend ausgeglichen.

4 UNECE 2011, Eurostat 2023.

5 Definitionsgemäß berücksichtigt sind monetäre Transfers, nicht Sachleistungen der öffentlichen Hand.

6 Grundlage für die Verwendung von Verwaltungsdaten ist die Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) – siehe Rechtsinformationssystem des Bundes (15.9.2023).

Wie kann man Haushaltseinkommen vergleichen?

Um die Vergleichbarkeit des Einkommens bei verschiedenen Haushaltszusammensetzungen zu gewährleisten, wird mittels einer Gewichtung das sogenannte Äquivalenzeinkommen berechnet. Bei diesem bedarfsgewichteten verfügbaren Haushaltseinkommen wird angenommen, dass mit zunehmender Haushaltsgröße und abhängig vom Alter der Kinder eine Kostenersparnis im Haushalt durch gemeinsames Wirtschaften erzielt wird. In der für die Gewichtung herangezogene EU-Skala stellt eine alleinlebende erwachsene Person den Referenzwert (= Grundbedarf, Konsumäquivalent mit dem Wert 1) dar. Jede weitere Person ab 14 Jahren erhält ein Gewicht von 0,5 und Kinder unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3. Ein Haushalt mit zwei erwachsenen Personen und zwei Kindern hat somit ein errechnetes Konsumäquivalent von 2,1 gegenüber einem Ein-Personen-Haushalt – also den 2,1-fachen Einkommensbedarf gegenüber einem Ein-Personen-Haushalt, um den gleichen Lebensstandard zu erreichen.

Das verfügbare Haushaltseinkommen wird dann durch die Summe der einzelnen Konsumäquivalente (= Gewicht) des Haushalts dividiert und kann daher auch als verfügbares Pro-Kopf-Haushaltseinkommen (oder Äquivalenzeinkommen) bezeichnet werden. Es bildet die Basis für Indikatoren zu Armut und sozialer Eingliederung, wie sie nach europäischen Vorgaben vergleichbar berechnet werden.

Diese Berechnungsweise bedeutet auch: Es wird angenommen, dass das Haushaltseinkommen unter den Personen eines Haushalts aufgeteilt wird und allen gleichermaßen zugutekommt. Personen, die kein eigenes Einkommen beziehen (z. B. Kinder), haben teil am Lebensstandard des Haushalts. Diese Annahme hat sich in der Berichterstattung über Haushaltseinkommen durchgesetzt, da vielfach kein Wissen über die tatsächliche Aufteilung der finanziellen Ressourcen im Haushalt vorhanden ist.[7] Für Analysen zum Berichtsjahr 2022 über den Lebensstandard der 8,883 Mio. Menschen in Österreich, die in 4,061 Mio. Privathaushalten leben, wird dieses nach Haushaltsgröße und -zusammensetzung vergleichbar gemachte Einkommen (Äquivalenzeinkommen) herangezogen.

Welche Einkommensgruppen lassen sich aus der Verteilung ableiten?

Im Folgenden werden aus Gründen der Vereinfachung und der Vergleichbarkeit mit früheren Berichten[8] für die Analyse drei Einkommensgruppen verwendet (siehe Tabelle 1: Definition, Größe und Kennzahlen der verwendeten Einkommensgruppen). Diese bemessen sich am mittleren Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung, d. h. an jenem Wert, der

---

7 Diese Vereinfachung ist aber nicht immer zutreffend. Mit Daten des Sondermoduls zu EU-SILC 2010 wurde gezielt zur Aufteilung der Einkommen im Haushalt nachgefragt. Es konnte gezeigt werden, dass je nach Einkommen, Bildung und Geschlecht Unterschiede in der Entscheidungsmacht über die Verwendung der finanziellen Ressourcen und darüber, wem sie im Haushalt zugutekommen, bestehen (vgl. Mader et al. 2012).

8 Siehe z. B. Lamei et al. (2017) In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Sozialbericht 2015–2016, S. 181ff.

die gesamte Einkommensverteilung in zwei gleich große Hälften teilt (= Median). 2022 waren das für einen Ein-Personen-Haushalt 27.844 EUR pro Jahr:

- „Niedrige“ Einkommen bezeichnen Einkommen unter 60 Prozent des Medians des Äquivalenzeinkommens bzw. unter der sogenannten Armutsgefährdungsschwelle (2022: unter 16.706 EUR)[9]. Damit ist diese Gruppe definitionsgemäß ident mit Armutsgefährdung.
- „Mittlere“ Einkommen liegen im Bereich von 60 Prozent bis unter 180 Prozent des Medians des Äquivalenzeinkommens (2022: 16.706 bis unter 50.119 EUR).
- „Hohe“ Einkommen bezeichnen Einkommen von 180 Prozent des Medians des Äquivalenzeinkommens und darüber (2022: 50.119 EUR und mehr).

Es handelt sich also um eine relative Betrachtungsweise, die mit der Einkommenshöhe des Medianeinkommens variiert. Wichtige Verteilungskennzahlen für die drei Einkommensgruppen für das Jahr 2022 sind in Tabelle 1: Definition, Größe und Kennzahlen der verwendeten Einkommensgruppen dargestellt. Die Festlegung der Gruppen erfolgte v. a. im Hinblick auf die einfache Vergleichbarkeit mit der Armutsgefährdung nach EU-Definition (entspricht „niedrigem Einkommen“) bzw. wurde daraus abgeleitet. Während relativ zum Median gesehen niedriges Haushaltseinkommen auch in den politisch beobachteten Indikatoren verbindlich festgehalten wurde, bilden die Definitionen von mittlerem und hohem Einkommen keine europäisch festgelegten Konzepte ab. Das hier verwendete mittlere Einkommen erhebt auch nicht den Anspruch, die Mittelschicht abzubilden – dieses soziologische und politische Konzept wird oft vielschichtiger verstanden. Die hier festgelegten Einkommensgruppen sind auch nicht gleich groß.

[9] Für einen Ein-Personen-Haushalt pro Jahr, ein Zwölftel davon entspricht einem Monatswert von 1.392 EUR. Aufgrund der Logik von Äquivalenzeinkommen ergeben sich je nach Haushaltstyp (Haushaltsgröße bzw. Gewichtungsfaktor) unterschiedliche Absolutbeträge für die Armutsgefährdungsschwelle: Im Vergleich zu einem Ein-Personen-Haushalt ist die Armutsgefährdungsschwelle zum Beispiel für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern (Gewichtungsfaktor nach EU-Skala von 2,1) mit 35.083 EUR pro Jahr bzw. 2.924 EUR monatlich entsprechend höher.

Tabelle 1: Definition, Größe und Kennzahlen der verwendeten Einkommensgruppen

Einkommensgruppe	niedrig	mittel	hoch
Definition			
Anteil am Median-Äquivalenzeinkommen (in %)	< 60	60 bis < 180	>= 180
Einkommensgrenze (in EUR)	< 16.706	16.706 bis < 50.119	>= 50.119
Gruppengröße			
Relativ (in %)	14,8	76,5	8,7
Absolut (in 1.000 Personen)	1.314	6.794	774
Einkommenskennzahlen			
Median-Äquivalenzeinkommen (in €)	12.715	28.757	61.135
Durchschnittlicher Anteil am Äquivalenzeinkommen			
Sozialleistungen (ohne Pensionen) (in %)	34,9	12,3	3,7
Sozialleistungen (ohne Pensionen) (in €)	4.048	3.653	2.687
Sozialleistungen mit Pensionen (in %)	54,8	32,0	17,1
Sozialleistungen mit Pensionen (in €)	6.357	9.521	12.308

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022.

Über ein relativ gesehen niedriges äquivalisiertes Haushaltseinkommen verfügen demnach 1,314 Mio. Personen (14,8 Prozent) – sie gelten somit laut EU-SILC 2022 der Definition nach als armutsgefährdet. Mittlere Einkommen umfassen 6,794 Mio. Personen oder 76,5 Prozent der gesamten Bevölkerung in Privathaushalten. 747.000 Personen (8,7 Prozent) verfügen schließlich über ein nach dieser Definition als hoch angesehenes Einkommen.

Im Mittel (Median) steht Personen mit niedrigem Einkommen 2022 ein Jahreseinkommen von 12.715 EUR, jenen der mittleren Gruppe ein Jahreseinkommen von 28.757 EUR und Personen der hohen Einkommensgruppe eines von 61.135 EUR zur Verfügung. Den Einkommensabstand, den die Medianeinkommen der Menschen in der Niedrigeinkommensgruppe (12.715 EUR) von der Armutsgefährdungsschwelle (16.706 EUR) haben, bezeichnet man auch als Armutsgefährdungslücke. Sie beschreibt die Intensität der Einkommensnachteile dieser Gruppe und beträgt für 2022 3.991 EUR pro Jahr bzw. 333 EUR im Monat. Armutsgefährdete Personen bräuchten also im Durchschnitt um

diesen Betrag mehr Einkommen, um die Armutsgefährdungsschwelle zu überschreiten.[10] Das entspricht einem relativen Abstand der realisierten Einkommen Armutsgefährdeter von der Schwelle um 23,9 Prozent.

Wie wirken sich Sozialtransfers auf die Einkommensverteilung aus?

Die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens unterscheidet sich je nach Lebensphase und Erwerbssituation der Haushaltsmitglieder. Je nach Lebenssituation sind Erwerbseinkommen oder aber Pensionen und Sozialleistungen wichtiger. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Verteilung der Haushaltseinkommen in Österreich zu einem erheblichen Teil durch staatliche Sozialleistungen beeinflusst wird. Unter Sozialleistungen werden im Folgenden Leistungen für Familien, Bildung, bei Arbeitslosigkeit, Behinderung oder Krankheit sowie als Schutz vor sozialer Ausgrenzung zusammengefasst. Sozialleistungen werden zum Teil von Einzelpersonen bezogen, zum Beispiel Arbeitslosengeld als Ausgleich fehlenden Erwerbseinkommens einer ehemals beschäftigten Person. Es gibt aber auch Sozialleistungen, die den Zweck haben, den Lebensstandard auf Haushaltsebene zu sichern – so soll beispielweise die Familienbeihilfe den erhöhten Einkommensbedarf von Familien mit Kindern abdecken, und die Sozialhilfe (bzw. Mindestsicherung) orientiert sich an Haushaltsgemeinschaften als Unterstützungsbeziehende.

Wie zuvor erwähnt, werden Sozialleistungen hier im Zusammenhang mit dem gesamten Haushaltseinkommen betrachtet, also in ihrer Wirkung auf den Lebensstandard der Haushalte. 30,2 Prozent des Einkommens im Jahr 2022 stammen aus direkten Leistungen der öffentlichen Hand. Mehr als die Hälfte dieser Leistungen sind Pensionen (18,4 Prozent) und der Rest Sozialtransfers (11,8 Prozent).

Unterscheidet man nach den zuvor eingeführten Einkommensgruppen, wird die höhere Bedeutung v. a. der Sozialtransfers für Menschen mit relativ gesehen niedrigem Einkommen deutlich (siehe Tabelle 1: Definition, Größe und Kennzahlen der verwendeten Einkommensgruppen): Im Durchschnitt werden 34,9 Prozent des Äquivalenzeinkommens (4.048 EUR im Durchschnitt pro Jahr) für Personen mit niedrigem Einkommen aus Sozialleistungen generiert. Für Personen mit mittlerem Einkommen machen diese lediglich 12,3 Prozent des gesamten Äquivalenzeinkommens aus (3.653 EUR), für Personen mit hohem Einkommen gar nur 3,7 Prozent (2.687 EUR). Werden zu den Sozialtransfers auch Pensionen hinzugerechnet, sind Einkommensanteile von mehr als der Hälfte (54,8 Prozent) in Niedrigeinkommenshaushalten (6.357 EUR), knapp einem Drittel bei mittlerem Einkommen (32,0 Prozent, 9.521 EUR) und 17,1 Prozent 12.308 EUR) bei hohem Einkommen zu verzeichnen. Das Hinzurechnen von Sozialtransfers und Pensionen verringert also zu einem gewissen Grad die Unterschiede in den Einkommensgruppen.

[10] Diese Berechnung ist deshalb rein fiktiv, da sich die Einkommensverteilung und damit die Armutsgefährdungsschwelle bei 60 Prozent des Medians ändern kann, sobald sich das Einkommen ändert. Dennoch dient die Armutsgefährdungslücke als wichtige Kennzahl zur Beschreibung der Intensität der Armutsgefährdung.

Umgekehrt betrachtet: Ohne Pensionen und Sozialleistungen (und bei konstant gehaltener Armutsgefährdungsschwelle) würden 43,6 Prozent der Bevölkerung (rund 3,875 Mio. Personen) bzw. ohne Sozialleistungen 25,5 Prozents der Bevölkerung (rund 2,261 Mio. Personen) unter die Armutsgefährdungsschwelle fallen. Somit rückt fast die Hälfte (946.000 Personen) aller potenziell Armutsgefährdeten durch den Empfang von Sozialleistungen in die mittlere Einkommensgruppe vor.

Wie haben sich die Einkommen in der COVID-19-Krise verändert?

Die durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachte Infektionskrankheit COVID-19 wurde Anfang 2020 zur Pandemie und traf ab März auch Österreich. Auf den ersten Lockdown folgte ein Wirtschafts- und Beschäftigungseinbruch. Die Pandemie bewirkte prekäre Situationen für von Beschäftigungslosigkeit oder von Gesundheitsproblemen Betroffene. Neue Krisen – im Sozial- wie im Gesundheitsbereich – entstanden, Schwachstellen des Systems (z. B. Lücken in der Sozialversicherung für Selbstständige ohne Beschäftigung, Mangel an psychotherapeutischer und psychiatrischer Betreuung) wurden sichtbar. Auch Familien, Kinder und Jugendliche standen vor neuen Herausforderungen, wie zum Beispiel in der Kinderbetreuung und im Bildungsbereich. Dennoch: Die regulären Leistungen des Sozialsystems und zeitweilige Maßnahmen erwiesen sich als effektiv, um das Abrutschen der meisten Bevölkerungsgruppen in soziale Problemlagen zu verhindern.[11]

Es wurden zudem kurzfristige Anpassungen im Sozialsystem vorgenommen, wie Ausfallsentschädigungen für Selbstständige oder erhöhte Zahlungen bzw. Einmalzahlungen für (Langzeit-)Arbeitslose und Familien. Auch arbeitsmarktseitig wurden Maßnahmen getroffen: Um die Arbeitslosigkeit einzudämmen und im Falle eines Beschäftigungsrückgangs den Lebensstandard abzusichern, erwies sich das Instrument der Kurzarbeit als wirkungsvoll.[12] Zum Höchststand dieser Maßnahme bezog im Mai 2020 ca. ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten Kurzarbeitsbeihilfe. Für das Einkommensjahr 2020 traten weiters einige geplante Maßnahmen der Steuerreform in Kraft, wie die Reduktion des Steuersatzes in der niedrigsten Einkommensteuerstufe und höhere Kinderabsetzbeträge.

---

11 Heitzmann/Rapp, 2023, S. 49.

12 Kurzarbeitsbeihilfen des Arbeitsmarkservice bezogen sich auf das Nettoeinkommen der Beschäftigten vor der Kurzarbeit. Lehrlinge erhielten 100 Prozent ihres vorigen Nettoeinkommens, für die anderen unselbstständig Beschäftigten waren Grenzen basierend auf ihrem letzten voll bezahlten Monatseinkommen von 1.700 EUR / 2.685 EUR / 5.370 EUR brutto pro Monat festgelegt, um eine Nettoersatzrate von 90/85/80 Prozent zu bekommen; darüber liegende Einkommen waren nicht zum Bezug von Kurzarbeitsbeihilfen berechtigt.

Tabelle 2: Personen in Haushalten mit Haupteinkommensquelle Sozialleistungen*

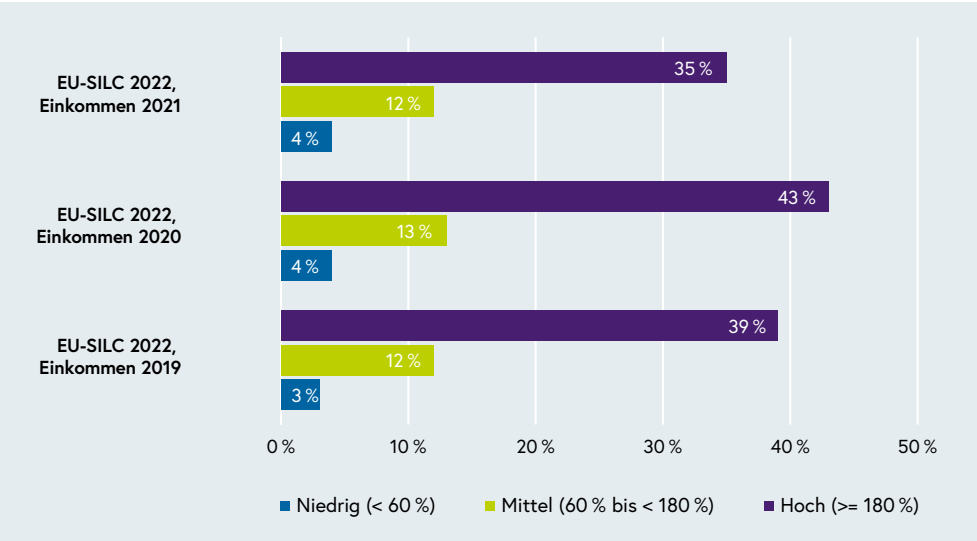
Jahr	Anteil in %	Anzahl in 1.000
EU-SILC 2020, Einkommen 2019	10,2	892
EU-SILC 2021, Einkommen 2020	11,6	1.017
EU-SILC 2022, Einkommen 2021	10,3	914

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020-2022. *Einkommensquelle mit dem höchsten Beitrag zum Haushaltseinkommen.

Im ersten Corona-Jahr wurden starke Veränderungen in der Erwerbstätigkeit und der Bedeutung der Einkommensarten für das Haushaltseinkommen festgestellt. Gemäß EU-SILC 2021 hatten, bezogen auf ihre Einkommen im Jahr 2020, mehr als eine Million Menschen in Österreich – 11,6 Prozent der Bevölkerung – Sozialleistungen wie Arbeitslosen- oder Familienleistungen als ihre Haupteinkommensquelle. Das ist verglichen zum Zeitraum vor der COVID-19-Krise, aber auch zum Jahr danach eine bedeutsame Veränderung (siehe Tabelle 2: Personen in Haushalten mit Haupteinkommensquelle Sozialleistungen*).

Schon zuvor wurde gezeigt, dass in Haushalten mit niedrigem Einkommen Sozialtransfers einen höheren Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten als Personen mit mittlerem oder hohem Einkommen. Die folgende Grafik (siehe Abbildung 1: Anteil von Sozialtransfers am Äquivalenzeinkommen nach Einkommensgruppen 2020–2022) ergänzt dies zudem um die Information, wie sich die Anteile der Sozialtransfers für die Einkommensgruppen rund um das zentrale Corona-Jahr 2020 entwickelt haben.

Abbildung 1: Anteil von Sozialtransfers am Äquivalenzeinkommen nach Einkommensgruppen 2020–2022



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020–2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

In der Niedrigeinkommensgruppe bestanden die Haushaltseinkommen im Jahr 2020 lt. EU-SILC 2021 zu 43 Prozent aus staatlichen Sozialleistungen (ohne Pensionen). Vor der COVID-19-Krise, aber auch im Jahr danach waren diese Anteile geringer. Für die anderen beiden Einkommensgruppen – mittleres und hohes Einkommen – waren die Beiträge der Sozialleistungen zum Haushaltseinkommen in den drei betrachteten Jahren relativ stabil. Auch an diesem Zeitvergleich sieht man die hohe Bedeutung von monetären Sozialleistungen für den Lebensstandard von Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten.

In der Verteilung der Haushaltseinkommen und für die zentralen Ungleichheitskennzahlen sind folgende Veränderungen rund um die COVID-19-Krise erkennbar (siehe Tabelle 3: Verteilungswerte des Äquivalenzeinkommens 2020–2022): Der Einkommenszuwachs im untersten Einkommensdezil (10-Prozent-Perzentil) war von 2019 auf 2020 etwas geringer (14.140 EUR ggü. 13.889 EUR im Vorjahr, +1,8 Prozent) als für das Medianeinkommen (27.428 EUR ggü. 26.555 EUR, +3,2 Prozent). Das oberste Einkommensdezil (90-Prozent-Perzentil) hatten einen geringeren Einkommenszuwachs (47.547 EUR ggü. 47.298 EUR, +0,6 Prozent). Der stärkere Zuwachs in der Einkommensmitte kann zum Teil auf die Steuerreform 2020 zurückgeführt werden, wo die niedrigste Steuerstufe von 25 Prozent auf 20 Prozent gesenkt wurde. Höherverdienende und ihre Haushalte haben davon relativ zu ihrem Gesamteinkommen weniger profitiert; auch Personen mit geringerem Einkommen haben diesen Effekt nicht besonders gespürt, da sie oft andere Einkommensquellen als Erwerbseinkommen hatten und vielfach zu wenig verdienen, um überhaupt Einkommensteuer zu zahlen.

Tabelle 3: Verteilungswerte des Äquivalenzeinkommens 2020–2022

Jahr	10%-Perzentil in EUR	50%-Perzentil (Median) in EUR	90%-Perzentil in EUR	Gini-Koeffizient in %	Einkommensquintilsverhältnis S80/S20
EU-SILC 2020, Einkommen 2019	13.889	26.555	47.298	27,0	4,11
EU-SILC 2021, Einkommen 2020	14.140	27.428	47.574	26,7	4,00
EU-SILC 2022, Einkommen 2021	14.320	27.844	48.145	27,8	4,25

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020–2022. Perzentile bezeichnen Einkommensgrenzen, unter denen das Äquivalenzeinkommen des jeweiligen Anteils an Personen liegt: 10 Prozent aller Personen hatten gemäß EU-SILC 2020 ein äquivalisiertes Haushaltseinkommen von weniger als 13.889 EUR pro Jahr. Gini-Koeffizient: Kennzahl für Einkommenskonzentration (totale Gleichverteilung = 0 Prozent, totale Konzentration = 100 Prozent). S80/S20: Summe der Äquivalenzeinkommen des obersten Einkommensfünftels (80 Prozent niedriger als …) dividiert durch Summe der Äquivalenzeinkommen des untersten Fünftels (20 Prozent niedriger als …).

Zwei zentrale Ungleichheitsmaße, der Gini-Koeffizient und das Verhältnis der Einkommenssummen des höchsten Einkommensfünftels zum niedrigsten Fünftel (S80/S20),[13] zeigen eine Abnahme der Ungleichheit bezogen auf das Äquivalenzeinkommen im Jahr 2020. Dies ist auf den höheren Beitrag der Sozialtransfers zum Haushaltseinkommen zurückzuführen: Sozialleistungen sind gleicher verteilt als Erwerbseinkommen und haben zumeist eine Betragsobergrenze. Die Haushaltseinkommen des Jahres 2021 zeigen wieder einen Rückgang der hohen Abhängigkeit von Sozialleistungen – mehr Personen konnten in Beschäftigung gebracht werden. Damit einhergehend zeigen auch die Ungleichheitsmaße wieder höhere Werte, und zwar sogar etwas höher als vor Beginn der COVID-19-Krise. Während also Erwerbstätigkeit auf individueller Ebene und im Haushaltszusammenhang einen sehr wirkungsvollen Schutz vor Armutsrisken darstellt (siehe dazu auch Kapitel 1.3.1), kann es sein, dass durch die ungleichere Verteilung von Markteinkommen gegenüber Sozialtransfers für die Gesellschaft insgesamt höhere Ungleichheitswerte bezogen auf das Haushaltseinkommen berichtet werden, wenn der Anteil des Erwerbseinkommens zunimmt.

[13] Erklärung des Gini-Koeffizienten bei Eurostat, ebenso für den Indikator S80/S20 (15.9.2023).

1.2 Das Europa-2030-Sozialziel

Der Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte formuliert Armutsreduktion als wichtiges Ziel. Nach EU-Vorgaben gilt als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, wen Benachteiligungen in mindestens einem der Bereiche Einkommen, finanzielle und soziale Kapazitäten oder Erwerbsarbeit betreffen. Sowohl absolute als auch relative Aspekte werden in diesem Maß zusammengefasst, um der Vielschichtigkeit des Phänomens Armut gerecht zu werden. Im Folgenden werden die Zusammensetzung der Zielgruppe, deren Entwicklung in Österreich und im europäischen Vergleich sowie ein eigens für Kinder definiertes Unter-Ziel dargestellt.

Der Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte der EU-Kommission für den Zeitraum bis 2030 (im Folgenden „Europa-2030-Ziel" genannt) soll die 2017 von der EU in Göteborg beschlossene Europäische Säule sozialer Rechte umsetzen.[14] Durch die Säule sollen für die Menschen in der EU anhand von 20 Grundsätzen Zugang und Chancengleichheit in den Bereichen Arbeitsmarkt, Arbeitsbedingungen und Sozialschutz bzw. soziale Inklusion gewährleistet werden. Armutsreduktion wird als wichtiges Ziel ergänzend zu den anderen zentralen Zielen hinsichtlich Klima- und Energiepolitik bzw. Digitalisierung definiert. Bis 2030 soll die Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen EU-weit um mindestens 15 Mio., darunter mindestens 5 Mio. Kinder, sinken. Österreich setzt sich zum Ziel, die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten innerhalb von 10 Jahren bis 2030 von 1.434.000 Menschen[15] auf 1.230.000 Menschen zu reduzieren. Dies entspricht 204.000 armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen weniger. Davon sollen mehr als 50 Prozent Kinder im Alter von 0 bis 17 Jahren sein.

Wer gilt als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet?

Bereits in der Vorgängerstrategie des Europa-2030-Ziels (Strategie „Europa 2020") wurde der Gedanke umgesetzt, dass die Messung der Einkommen für die Analyse der Verteilung der Lebenschancen nicht ausreicht. Demnach ist ein vergleichsweise niedriges Haushaltseinkommen zu haben („Armutsgefährdung"), auch nur ein Kriterium der „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung" nach EU-Definition. Die Leistbarkeit materieller und sozialer Grundbedürfnissen sowie Erwerbsmöglichkeiten sind weitere zentrale Dimensionen. Während die Armutsgefährdung ein relatives Maß darstellt, das am mittleren Einkommen der Gesamtbevölkerung eines Landes orientiert ist, werden

---

[14] Aktionsplan der EU-Kommission für den Zeitraum bis 2030 zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte. Der Aktionsplan löst mit 2021 die zuvor gültige Europa-2020-Strategie ab. Dabei hat sich die Definition von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung geringfügig verändert. Die hier dargestellten Werte beruhen auf der ab 2021 verbindlichen Berechnungsart nach EU-Vorgabe (Europa-2030-Variante). Nähere Hinweise zu den geänderten Berechnungsvorgaben finden sich in Statistik Austria (2023a): Armut und soziale Eingliederung – FAQs.

[15] Ausgangswert aus EU-SILC 2019 nach neuer Berechnungsart Europa 2030.

die beiden anderen Indikatoren zur Berechnung der Sozialzielgruppe europaweit absolut definiert und gemessen.

Bei Benachteiligungen in einem dieser drei Teilbereiche wird bewusst nicht von Armut, sondern von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gesprochen. Der Umgang mit niedrigem Einkommen, materiellen und sozialen Benachteiligungen oder Erwerbslosigkeit wird von weiteren Faktoren mitbestimmt: Kostenstruktur bzw. dem Vermögenshintergrund eines Haushalts (z. B. Wohnungseigentum vs. Miete), Dauer der Lebenslage mit geringem Einkommen, Gesundheit oder dem sozialen Netzwerk. Der Indikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist nicht per se mit Armut gleichzusetzen, sondern gibt vielmehr einen Hinweis, dass eine Gefahr für Armut und soziale Ausgrenzung bestehen kann.

Die EU definiert folgende Gruppen als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht:

- Als „armutsgefährdet" gelten nach EU-Vorgaben jene Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens eines Landes beträgt. Es handelt sich also um Personen in Haushalten mit vergleichsweise niedrigem Einkommen. Aussagen darüber, wie gut ein Haushalt mit seinem Einkommen auskommt, können auf Basis der Armutsgefährdung nicht getroffen werden.
- Als „erheblich materiell und sozial benachteiligt" gilt nach EU-Vorgaben, wer sich von 13 Merkmalen, die als Mindestlebensstandard festgelegt wurden, mindestens sieben nicht leisten kann. Diese reichen von unerwarteten Ausgaben bis 1.300 EUR (2022) über Freizeitaktivitäten bis hin zu einer angemessen warmen Wohnung.[16]
- „Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität" nutzen weniger als 20 Prozent des maximal möglichen Erwerbspotenzials. Dabei wird die Erwerbstätigkeit aller im Haushalt lebenden Personen zwischen 18 und 64 Jahren, die weder in Ausbildung noch in Pension sind, miteinbezogen.

Wie setzt sich die Europa-2030-Zielgruppe zusammen?

In Summe werden für das Jahr 2022 1.555.000 Personen in Österreich – das sind 17,5 Prozent der Bevölkerung in Privathaushalten – als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet nach EU-Definition ausgewiesen (siehe Abbildung 2: Europa-2030-Zielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich).[17] Darunter haben 1.314.000 Personen ein niedriges Haushaltseinkommen unter einer Schwelle von 60 Prozent dieses Medianwerts. Das sind 14,8 Prozent der Bevölkerung, die als armutsgefährdet gelten. Erheblich materielle und soziale Benachteiligung betrifft 201.000 Personen bzw. 2,3 Prozent der Bevölkerung.

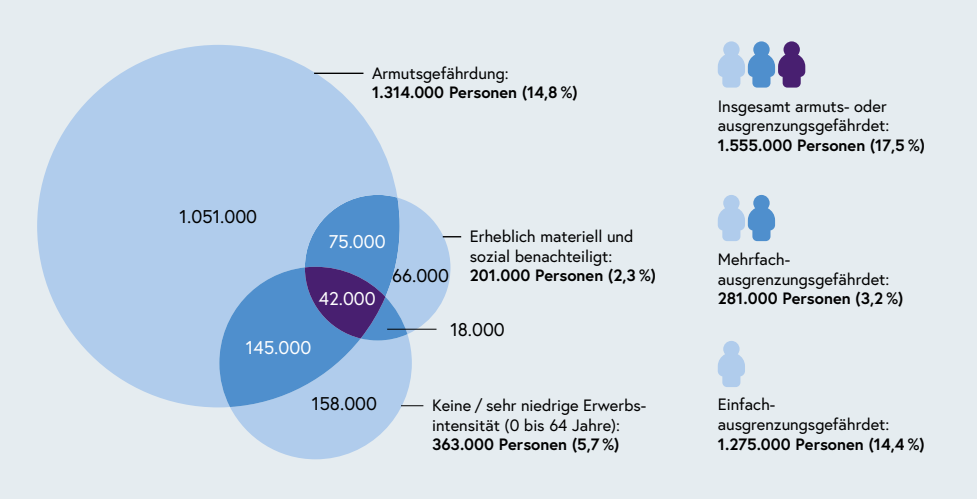
---

16 Eine vollständige Auflistung aller 13 Merkmale des Mindestlebensstandards findet sich im Glossar.

17 Davon 353.000 Kinder unter 18 Jahren (21,6 Prozent sind betroffen), 551.000 Männer (15,6 Prozent) und 651.000 Frauen (17,6 Prozent). Für andere soziodemografische Gliederungen siehe Statistik Austria, 2023c, Tabellenband EU-SILC 2023, Tabelle 5.3a und 5.3b.

363.000 unter 65-Jährige bzw. 5,7 Prozent leben in Haushalten ohne oder mit sehr niedriger Erwerbsintensität.

Abbildung 2: Europa-2030-Zielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022.

Da die Merkmale Armutsgefährdung, erhebliche materielle und soziale Benachteiligung sowie geringe Erwerbsintensität in Kombination auftreten können, ist die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten geringer als die Summe der drei Einzelindikatoren. Während sich 82 Prozent (1.275.000 Personen) aller von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen in ausschließlich einer der drei gefährdenden Lebenslagen befinden (in der Grafik hellblau), sind 18 Prozent (281.000 Personen) mehrfach ausgrenzungsgefährdet (dunkles Blau), d. h. ihre Gefährdungslage manifestiert sich in mindestens zwei der drei Bereiche. Darunter fallen auch 42.000 Personen, auf die sogar alle drei Merkmale zutreffen.

Eine verschärfte soziale Problemlage wird also durch das gleichzeitige Zutreffen von mehreren sozialen Problemlagen, aber auch durch deren Dauerhaftigkeit beschrieben: Laut EU-SILC 2022 leben 145.000 (1,7 Prozent) der Menschen in Österreich in dauerhafter manifester Armut, d. h. sie waren über mindestens zwei Jahre mehrfach ausgrenzungsgefährdet. Das sind etwas mehr als die Hälfte aller 2022 Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten (281.000 Personen).

Wie viele Kinder und Jugendliche sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet?

Die Lebensbedingungen von Kindern, insbesondere von bedürftigen Kindern, und Jugendlichen zu verbessern, ist das Ziel der Europäischen Garantie für Kinder.[18] Auch der Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte enthält ein konkretes Armutsreduktionsziel für Kinder (siehe zuvor).

353.000 Kinder und Jugendliche sind in Österreich 2022 von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen. Knapp ein Viertel (23 Prozent) aller 1.555.000 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten sind damit unter 18 Jahren alt. Das Risiko von Kindern und Jugendlichen für Armut oder Ausgrenzung beträgt 21,6 Prozent und liegt über dem der Gesamtbevölkerung (17,5 Prozent). In den einzelnen Teilbereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung stellt sich die Situation der unter 18-Jährigen für 2022 folgendermaßen dar:

- 316.000 Kinder und Jugendliche (19,2 Prozent) leben in Haushalten, deren Äquivalenzeinkommen unter 60 Prozent des mittleren Wertes der Gesamtbevölkerung liegt; sie gelten nach diesem relativen Maß als armutsgefährdet – gegenüber 14,8 Prozent Armutsgefährdeten in der Gesamtbevölkerung.
- 36.000 Kinder und Jugendliche (2,2 Prozent) sind erheblichen materiellen und sozialen Benachteiligung ausgesetzt – gegenüber 2,3 Prozent in der Gesamtbevölkerung.
- 77.000 Kinder und Jugendliche (4,7 Prozent) leben in Haushalten, die sich nicht oder nur in geringem Maße am Erwerbsleben beteiligen – verglichen mit 5,7 Prozent aller bis 64-Jährigen.

Einkommensnachteile zeigen sich insbesondere für Alleinerziehende und deren Kinder (sog. Ein-Eltern-Haushalte) und für Familien mit drei oder mehr Kindern im Vergleich zu anderen Haushaltstypen. Ein-Eltern-Haushalte verzeichnen mit 52 Prozent die höchste Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung der betrachteten Haushaltstypen. Personen in Haushalten mit drei oder mehr Kindern haben mit 30 Prozent auch eine überdurchschnittlich hohe Gefährdung. Hingegen ist in Familien mit mehr als einer erwachsenen Person und nur einem Kind (12 Prozent) oder mit zwei Kindern (13 Prozent) die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung geringer.

Sinkt oder steigt die Armut in Österreich?

Nach der aktuellen Berechnungsart für die Europa-2030-Strategie stieg die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den vergangenen fünf Jahren leicht: von 16,8 Prozent im Jahr 2018 auf 17,5 Prozent im Jahr 2022[19] – dies ist jedoch keine statistisch bedeutsame

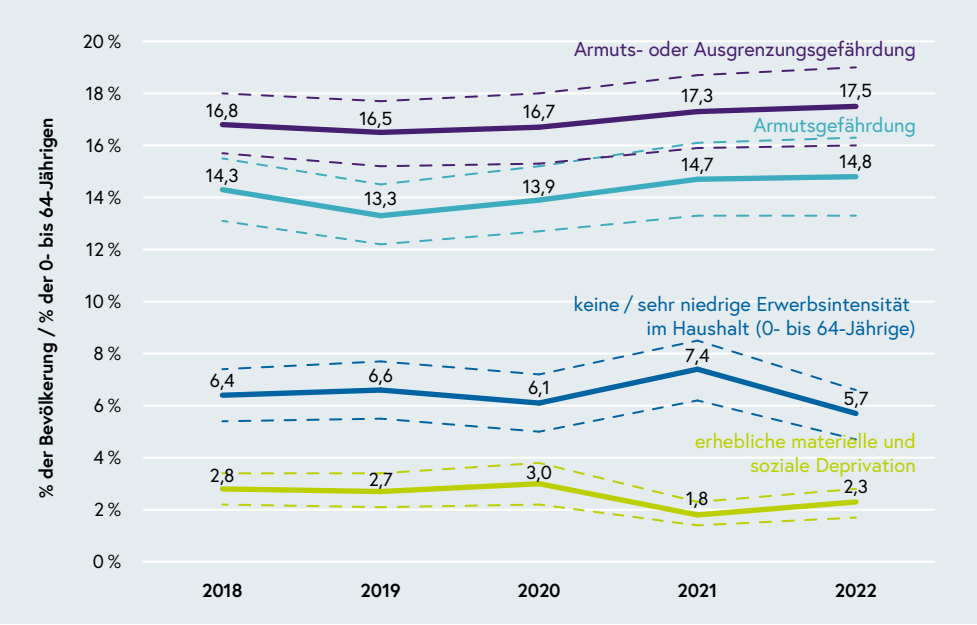
[18] Europäische Kommission, 2021a: Europäische Garantie für Kinder (Abgerufen am 25.09.2023).

[19] Die Strategie 2030 hat die Berechnungsart für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ab 2021 vorgegeben (siehe zuvor). Für die Vorjahre ab 2018 wird diese zu Vergleichszwecken nachgebildet.

Veränderung. Auch zwischen 2020 und 2021 ist die Veränderung insgesamt mit einem Anstieg um 0,2 Prozentpunkte nur gering. Die Entwicklung über fünf Jahre für alle Teilbereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und insgesamt ist in Abbildung 3: Entwicklung Europa 2030-Zielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich 2018–2022 dargestellt.

- Für die einzelnen Teilbereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung zeigt der Indikator zur geringen Erwerbsintensität kurzfristig eine deutlich positive Veränderung: Die Quote der Personen in Erwerbslosenhaushalten ist von 2021 auf 2022 um 1,7 Prozentpunkte gesunken. Hier wird die verbesserte Situation nach der schwierige Arbeitsmarktlage während der Corona-Jahre sichtbar.
- Die erhebliche materielle und soziale Benachteiligung ist nach einem niedrigen Wert im Jahr 2021 (1,8 Prozent) zuletzt leicht, jedoch nicht signifikant gestiegen. 2022 liegt mit einer Quote von 2,3 Prozent etwas unter dem Wert von 2018 (2,8 Prozent).
- Die Armutsgefährdungsquote ist seit 2018 (14,3 Prozent) leicht, aber nicht signifikant gestiegen und beträgt 2022 14,8 Prozent. In den Jahren 2019 und 2020 lag sie niedriger (2019: 13,3 Prozent, 2020: 13,9 Prozent).

Abbildung 3: Entwicklung Europa 2030-Zielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich 2018–2022



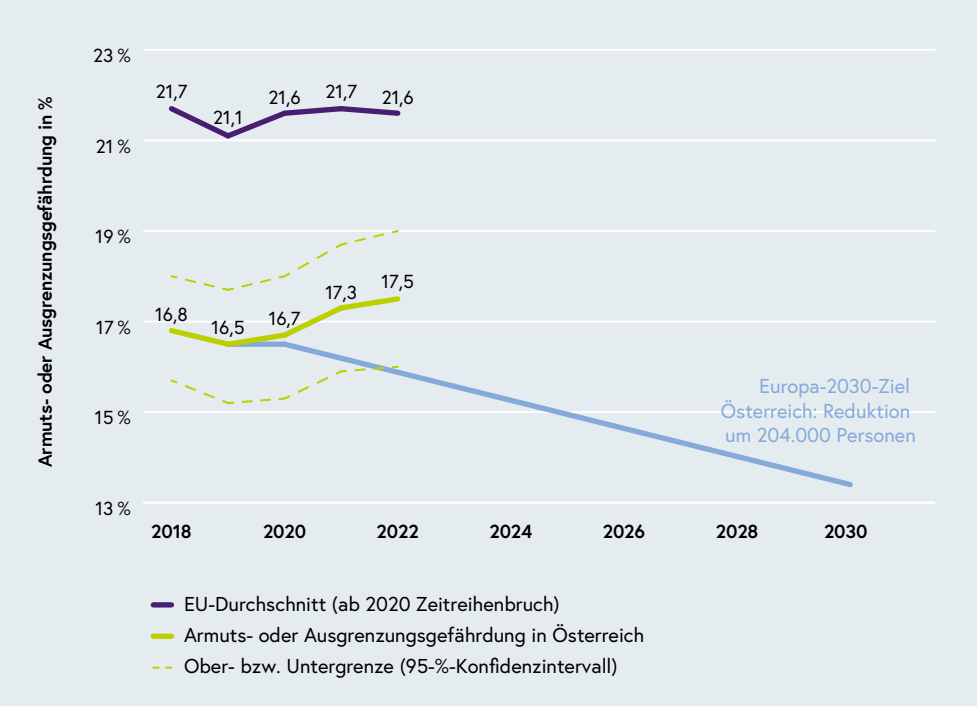
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 20182022. Die Unter- und Obergrenze der Schätzungen (95-Prozent-Vertrauensbereich) sind mittels der unterbrochenen Linien dargestellt.

Zur Einordnung dieser Entwicklungen muss beachtet werden: Die gemessenen materiellen und sozialen Benachteiligungen beziehen sich mehrheitlich auf den Befragungszeitpunkt[20], das Einkommen (für Armutsgefährdung relevant) sowie die Erwerbsintensität jeweils auf das der Erhebung vorangehende Kalenderjahr. Die Daten für 2022 bilden damit teilweise noch Auswirkungen der COVID-19-Krise ab und teilweise die finanziell für viele Haushalte angespannte Lage aufgrund von Preissteigerungen ab 2022. Für aktuellere Entwicklungen sei deshalb auf das Kapitel 1.4 verwiesen.

Wird das Europa-2030-Ziel erreicht werden?

In Österreich lautet das Ziel, die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten, wie oben bereits erwähnt wurde, von 2020 bis 2030 um mindestens 204.000 auf 1.230.000 Betroffene zu verringern. Umgesetzt auf die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten würde dies bis 2030 eine Reduktion auf 13,4 Prozent bedeuten[21] (siehe Abbildung 4: Quoten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gemäß Europa-2030-Strategie, Zielpfade und EU-Durchschnitt).

Abbildung 4: Quoten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gemäß Europa-2030-Strategie, Zielpfade und EU-Durchschnitt



Quelle: STATISTIK AUSTRIA / EUROSTAT, EU-SILC 2018 bis 2022.

[20] EU-SILC 2022: Februar bis Juli 2022.

[21] Die Berechnung der Quote des Reduktionsziels erfolgte auf Basis der in der Haushaltsprognose für 2030 (2.10.2023) erwarteten Anzahl von 9,20 Mio. Personen in Privathaushalten in Österreich.

Nach einer leichten Abnahme wächst der Anteil der Betroffenen in Österreich seit 2019 aber wieder und erreichte mit 17,5 Prozent (1.555.000 Personen) im Jahr 2022 den bislang höchsten Wert. Um unter der Annahme einer kontinuierlichen Abnahme bis 2030 auf Kurs des Zielpfades zu sein, hätte im Jahr 2022 die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nicht mehr als 16,2 Prozent betragen dürfen.[22] Zur Erreichung des Ziels wären in den nächsten Jahren also größere Reduktionen der Zahl Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeter nötig als die im Durchschnitt berechnete Reduktion von 20.400 Personen pro Jahr (über zehn Jahre). Da die Zahl der im Jahr 2022 armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen über dem Startwert der 2030-Strategie liegt, müsste in den verbleibenden Jahren das Reduktionsziel bei 330.000 Personen bis 2030 liegen – das entspricht einer jährlichen Reduktion um 41.000 Personen.

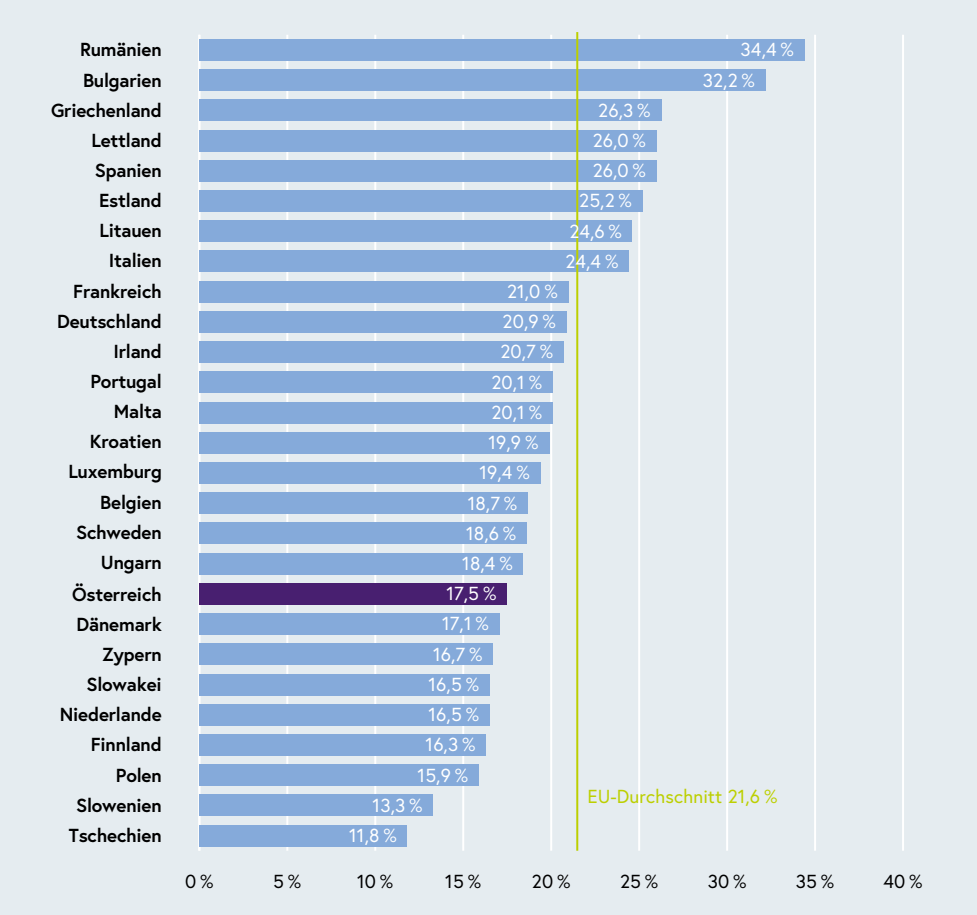
Wie steht Österreich im EU-Vergleich da?

EU-weit sollten gemäß der Europa-2030-Strategie innerhalb von zehn Jahren 15 Mio. Menschen aus der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gebracht werden. Für 2022 werden 21,6 Prozent der Bevölkerung in den EU-27-Staaten, das sind 95,3 Mio. Menschen, als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet ausgewiesen. Es gibt praktisch keine Veränderung zum Vorjahr. Im Vergleich dazu liegt Österreich 2022 wie auch schon in den Vorjahren im besten Drittel und mit 17,5 Prozent Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten deutlich unter dem EU-Durchschnitt (siehe Abbildung 4: Quoten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gemäß Europa-2030-Strategie, Zielpfade und EU-Durchschnitt). Die höchsten Quoten haben 2022 Rumänien (34,4 Prozent), Bulgarien (32,2 Prozent) und Griechenland (26,3 Prozent). Den niedrigsten Anteil Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeter an ihrer Bevölkerung haben Polen (15,9 Prozent), Slowenien (13,3 Prozent) und Tschechien (11,8 Prozent) – siehe Abbildung 5: Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den EU-27-Staaten 2022.

Ein detaillierter Ländervergleich müsste auch die unterschiedlichen Wohlstandsniveaus der einzelnen EU-Staaten sowie die Versorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen berücksichtigen. Wer für Gesundheitsdienste, Bildung oder Kinderbetreuung extra zahlen muss, hat höhere Ausgaben als jemand, dem diese Leistungen kostenfrei zugänglich sind. Ein direkter Vergleich der EU-weiten Lebensstandards ist auch nach Kaufkraftbereinigung daher streng genommen nicht möglich.

[22] Dieser Wert wäre mit einem 95-Prozent-Vertrauensbereich auf dem Niveau des Zielpfades.

Abbildung 5: Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den EU-27-Staaten 2022



Quelle: Eurostat, EU-SILC 2022. Erstellt am 6.10.2023.

1.3 Lebensbedingungen und deren Verteilung nach Einkommensgruppen

Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verschuldung, materielle, soziale und kulturelle Teilhabe sowie Zufriedenheit sind Teilaspekte des Lebens, die vielfach mit dem Einkommen zusammenhängen – inwiefern das der Fall ist, wird im Folgenden untersucht.

1.3.1 Erwerbsarbeit

Die Höhe des Haushaltseinkommens hängt maßgeblich von der Hauptbeschäftigung der Personen in einem Haushalt ab – insbesondere davon, ob und in welchem Ausmaß sie erwerbstätig sind bzw. ob sie anderen Tätigkeiten, zum Beispiel einer Ausbildung, nachgehen. Auf diesen Sachverhalt fokussiert der Europa-2030-Indikator „Keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität des Haushalts", ein Teilaspekt der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (siehe Studie 2). Erwerbsarbeit ist zentral, um finanziellen Benachteiligungen vorzubeugen. Faktoren wie Betreuungsaufgaben und COVID-19 nehmen Einfluss auf die Möglichkeiten, Erwerbstätigkeit auszuüben.

Wie wirkt sich die Hauptbeschäftigung auf das Haushaltseinkommen aus?

Abbildung 6: Einkommensgruppen (in % des Medians) nach Erwerbsstatus und Haupteinkommensquelle des Haushaltes zeigt, dass Personen im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre), die im Referenzjahr 2021 nicht durchgehend erwerbstätig waren, häufiger armutsgefährdet waren als jene, die ganzjährig erwerbstätig waren (16 Prozent im Vergleich zu 8 Prozent). Unter denen, die mindestens sechs Monate arbeitslos waren, waren dementsprechend knapp 40 Prozent von Niedrigeinkommen betroffen. Personen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht erwerbstätig waren, zum Beispiel wegen einer Ausbildung, Pension, Haushaltsführung oder Betreuungstätigkeiten, hatten generell häufiger ein niedriges Haushaltseinkommen als Erwerbstätige.

Erwerbsintensität und Zusammensetzung des Haushaltseinkommens

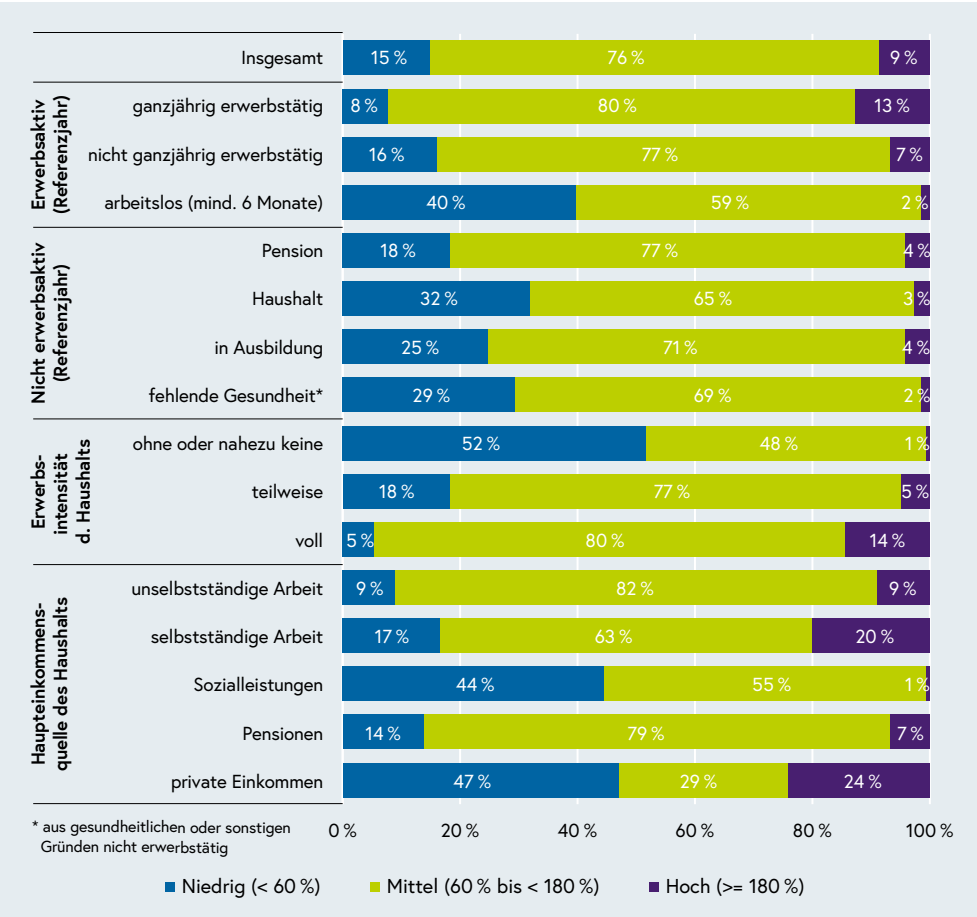
Eines der Ziele des Aktionsplans der Europäischen Säule sozialer Rechte ist eine Steigerung der Beschäftigungsquote. [23] Eine Betrachtung der Erwerbsintensität innerhalb eines Haushaltes, d. h. ob das Erwerbspotenzial in einem Haushalt gar nicht bzw. kaum, teilweise oder voll ausgeschöpft wird, zeigt, dass dieses Ziel nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Relevanz hat: Mehr als die Hälfte aller Personen, die in einem Haushalt mit geringer Erwerbsbeteiligung leben, haben ein niedriges Haushaltseinkommen und sind somit armutsgefährdet. Das Armutsrisiko ist hingegen um einiges geringer für Personen in Haushalten mit teilweiser (18 Prozent) oder voller Erwerbsbeteiligung (5 Prozent). Volle Erwerbsbeteiligung eines Haushalts schützt die Haushaltsmitglieder

[23] Europäische Kommission, 2021.

nicht nur vor Armutsgefährdung, sondern führt auch häufiger zu vergleichsweise hohem Einkommen (14 Prozent).

Ebenfalls sinnvoll ist eine Betrachtung der Haupteinkommensquelle des Haushaltes in Bezug auf die Höhe des Haushaltseinkommens und somit das Armutsrisiko. Für 5,412 Mio. Menschen beziehungsweise 61 Prozent der Bevölkerung leistet unselbstständige Arbeit den größten Anteil zum Haushaltseinkommen, für 1,824 Mio. Menschen, mit 21 Prozent gut ein Fünftel, sind es die Pensionen. Etwa 914.000 Menschen, also rund 10 Prozent, sind hauptsächlich auf Sozialleistungen wie Familienleistungen, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Ausgleichszulage („Mindestpension") angewiesen. Ein Blick auf besonders gefährdete Personengruppen unterstreicht noch einmal die Bedeutung von Sozialleistungen bei der Verminderung von finanziellen Notlagen: Sie sind für 74 Prozent der Haushalte mit geringer oder keiner Erwerbsintensität die Haupteinkommensquelle sowie für die Hälfte aller Personen, die mindestens sechs Monate lang arbeitslos waren. Auch für 50 Prozent aller Personen, die aus gesundheitlichen Gründen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen konnten, waren Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle. Ein großer Teil der Personen in Haushalten mit Sozialtransfers als Haupteinkommensquelle ist jedoch immer noch armutsgefährdet. Es zeigt sich weiters, dass unselbstständige Arbeit als Haupteinkommen am ehesten vor niedrigem Einkommen und Armutsgefährdung schützt. Personen in Haushalten mit hauptsächlich selbstständigem Einkommen oder mit privatem Einkommen (aus Privattransfers, Vermögenseinkommen oder privaten Pensionen) gehören häufiger zur höheren Einkommensgruppe, tragen aber auch eindeutig ein höheres Armutsrisiko.

Abbildung 6: Einkommensgruppen (in % des Medians) nach Erwerbsstatus und Haupteinkommensquelle des Haushaltes



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar. Personen in Haushalten (Erwerbsintensität und Haupteinkommensquelle sind dabei für alle Personen im Haushalt gleich, Erwerbsaktivität ist ein reines Personenmerkmal und ist nur für Personen zwischen 18 und 64 Jahren ausgewiesen).

Armutsgefährdet trotz Erwerbsarbeit – wer sind die Working Poor?

Erwerbsarbeit ist, wie eben ausgeführt, ein wichtiger Faktor, um finanziellen Benachteiligungen und Armutsgefährdung vorzubeugen. Wenn das Haushaltseinkommen von Personen trotz Erwerbsbeteiligung unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, gelten diese als Working Poor.[24] Im Jahr 2022 sind in Österreich von 4,026 Mio. Personen im Erwerbsalter rund 331.000 Personen, also 8 Prozent, als Working Poor einzustufen. Frauen und Männer sind dabei ähnlich betroffen (zu 7 Prozent bzw. 9 Prozent), jedoch zählen Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener eindeutig seltener zu den Working Poor als Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin (6 Prozent im Vergleich zu 14 Prozent). Die Gründe für ein niedriges Haushaltseinkommen trotz

[24] Es wird die Eurostat-Definition verwendet – siehe Glossar.

Erwerbstätigkeit liegen sowohl an der (fehlenden) beruflichen Qualifikation als auch an der Arbeit selbst, etwa in Form von prekären Arbeitsbedingungen (zum Beispiel befristete Verträge) oder niedriger Wochenarbeitszeit. Auch die Haushaltszusammensetzung spielt eine Rolle, da bei mehreren Haushaltsmitgliedern ein Einkommen häufig nicht ausreicht.

Besonders häufig in die Gruppe der Working Poor fallen demnach alleinerziehende Frauen (28 Prozent) und Personen mit drei oder mehr Kindern im Haushalt (19 Prozent), Menschen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft (20 Prozent), insbesondere jene aus dem Nicht-EU / EFTA-Ausland (27 Prozent) und Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (17 Prozent). Seltener betroffen sind Menschen mit höherer beruflicher Stellung (3 Prozent) oder jene in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (5 Prozent). Ein Universitätsabschluss alleine scheint dahingegen dem Status als Working Poor nicht vorzubeugen – der Anteil der betroffenen entspricht mit 8 Prozent dem der Gesamtbevölkerung.

Wie sind Beruf und Familie vereinbar?

Betreuungspflichten für Familienmitglieder beeinflussen die Erwerbsmöglichkeiten innerhalb eines Haushalts und damit das Haushaltseinkommen. Obwohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten angestiegen ist,[25] sind es in Österreich immer noch zumeist sie, die ab der Familiengründung den Zeitaufwand für die Sorgearbeit durch eigene Arbeitszeitreduktion ausgleichen.[26]

Die rechte Grafik (siehe Abbildung 7) zeigt, dass die Anzahl sowie das Alter der Kinder im Haushalt einen Einfluss auf die Erwerbsaktivität von Frauen haben. Gibt es keine Kinder im Haushalt, sind in Mehrpersonenhaushalten drei Viertel aller Frauen zwischen 18 und 64 Jahren erwerbstätig (Männer: 82 Prozent), 60 Prozent davon in Vollzeit (Männer: 90 Prozent davon). Es besteht kein großer Unterschied in der Erwerbsbeteiligung zwischen Haushalten mit einem oder zwei Kindern (Frauen: 68 Prozent bzw. 66 Prozent; Männer: 85 Prozent bzw. 88 Prozent), der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen wird jedoch mit dem zusätzlichen Kind bei den Frauen merklich größer. Bei Männern, wo Teilzeit ohnehin recht selten ist, nimmt der Anteil an Teilzeiterwerbstätigen sogar leicht ab, je nachdem, ob nur ein Kind im Haushalt ist (11 Prozent der erwerbstätigen Männer arbeiten Teilzeit) oder zwei und mehr Kinder (8 Prozent erwerbstätige Männer in Teilzeit). Gibt es in der Familie drei oder mehr Kinder, ist nur mehr knapp die Hälfte der Frauen erwerbstätig (Männer: 81 Prozent), und nur 16 Prozent der Frauen in Haushalten mit drei oder mehr Kindern arbeiten Vollzeit. Insgesamt sind mehr als zwei Drittel aller Alleinerzieherinnen erwerbstätig, beinahe zu gleichen Teilen in Vollzeit und Teilzeit.[27] Jüngere Kinder, insbesondere Kinder vor dem Pflichtschulalter, benötigen mehr Betreuung,

---

25 Statistik Austria, 2022c.

26 Statistik Austria, 2023b.

27 Von den in EU-SILC 2022 ermittelten 97.000 Alleinerziehendenhaushalten sind 90 Prozent Haushalte von Müttern mit Kindern, der Rest sind Väter mit Kindern (10 Prozent). Alleinerziehende Männer sind so gering in der Stichprobe vertreten, dass Aussagen über sie nur mit erhöhter Schwankung möglich sind. Sie weisen im Gegensatz zu alleinerziehenden Frauen jedoch mit einem Drittel eine niedrigere Erwerbsquote auf.

was sich ebenfalls auf die Erwerbstätigkeit der Mütter schlägt: Ist das jüngste Kind im Haushalt maximal sechs Jahre alt, sind 57 Prozent der Frauen erwerbstätig (93 Prozent der Männer), drei Viertel davon Teilzeit (9 Prozent der erwerbstätigen Männer). Werden die Kinder älter, steigt die Erwerbsaktivität der Mütter (bei Männern sinkt sie leicht), und eine Vollzeitbeschäftigung wird wieder häufiger.

Neben dem Betreuungsbedarf sind die Erwerbsmöglichkeiten von Eltern an die Verfügbarkeit und Nutzung von vorschulischer Betreuung (Kinderkrippe, -garten, Vorschule) gekoppelt. Durch den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ist die institutionelle Betreuungsquote in den letzten Jahren gestiegen.[28] Während 2015 noch von eindeutigen Unterschieden der Betreuungsquote in Bezug auf das Einkommen berichtet wurde,[29] war dies 2022 nicht mehr im selben Ausmaß der Fall: Kinder in armutsgefährdeten Haushalten wiesen mit 60 Prozent (2015: 45 Prozent) immer noch die niedrigste Betreuungsquote auf, waren jedoch mit jenen mit mittlerem (2022: 65 Prozent, 2015: 57 Prozent) und hohem (2022: 62 Prozent, 2015: 70 Prozent) Haushaltseinkommen annähernd vergleichbar.

Viele Frauen nehmen auch nach der Kinderbetreuungszeit keine Vollzeiterwerbstätigkeit auf. Oft übernehmen sie, meist etwas später, zudem noch Pflegetätigkeiten für Angehörige, was ebenfalls Erwerbschancen mindert.[30] Neben den Auswirkungen auf das aktuelle Einkommen ergibt sich dadurch noch ein weiterer Nachteil: Resultierende fehlende oder „schlechte" Beitragsjahre sowie das allgemein niedrigere Einkommen von Frauen[31] reduzieren den Pensionsanspruch und verstärken das Risiko weiblicher Altersarmut.

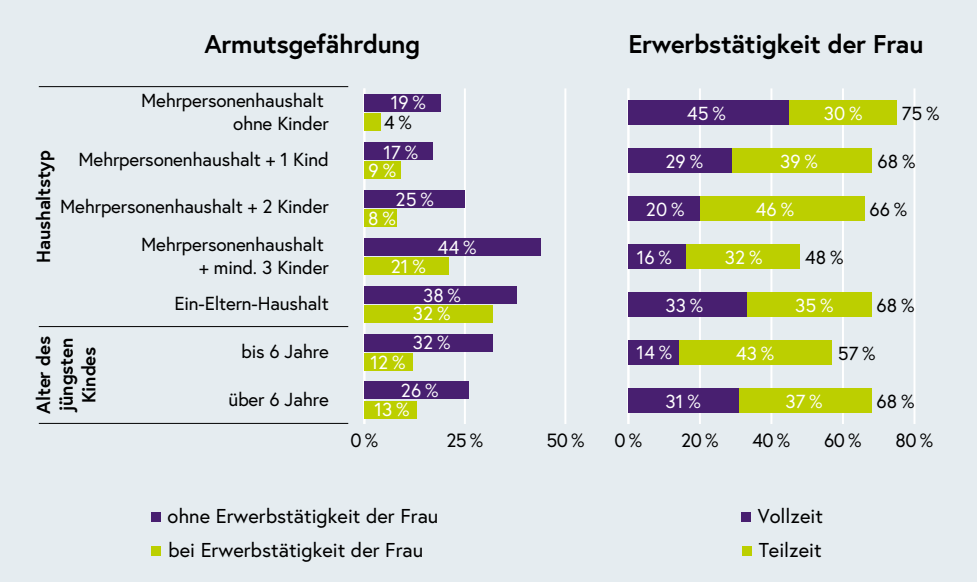
---

28 Statistik Austria, 2023d.

29 Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 2017.

30 Nagl-Cupal et al., 2018.
Der Erwerbseinkommensunterschied (Gender Pay Gap) zwischen Frauen und Männern betrug 2021 in Österreich 18,8 Prozent und war damit höher als der EU-Durchschnitt (12,7 Prozent). Er lässt sich nur zum Teil durch unterschiedliche Teilzeitquoten, Branchen oder Berufsgruppen erklären (vgl. Statistik Austria, 2023c).

Abbildung 7: Armutsgefährdung und Erwerbstätigkeit von Frauen nach Haushaltstyp und Alter von Kindern



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Nur Mehrpersonenhaushalte, in denen mindestens eine Frau von 18 bis 64 Jahren lebt.

Die obige Grafik (siehe Abbildung 7) zeigt, wie sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen auf das Haushaltseinkommen und somit auf die Armutsgefährdung im Haushalt auswirkt. Haushalte, in denen die Frauen nicht erwerbstätig sind, sind unabhängig von ihrer Zusammensetzung durchgehend häufiger armutsgefährdet als jene mit weiblicher Erwerbsbeteiligung, oft sogar um ein Vielfaches: Ist die Frau nicht erwerbstätig, sind ein Viertel der Haushalte mit zwei Kindern und fast die Hälfte der Haushalte mit drei oder mehr Kindern armutsgefährdet. Bei Ein-Eltern-Haushalten, die zumeist von Frauen geführt werden, ist das Armutsrisiko mit oder ohne Erwerbstätigkeit der Mutter annähernd gleich.

Welche Auswirkungen hatte die COVID-19-Pandemie auf das Erwerbsleben?

Die COVID-19-Pandemie hat in den letzten Jahren kurz- und langfristig den Arbeitsalltag vieler Menschen beeinflusst. Während der Lockdown-Phasen 2020 und 2021 wurden viele Erwerbstätige in Kurzarbeit geschickt oder entlassen, und die Arbeitslosenquote ist kurzfristig stark angestiegen (siehe dazu auch bereits Kapitel 1.1). Soziale Ungleichheiten wurden verstärkt: Menschen, die bereits davor sozial und ökonomisch benachteiligt waren, waren durch die Pandemie eher finanziell und gesundheitlich gefährdet. Einerseits haben vor allem Personen mit niedrigen Qualifikationen ihre Erwerbsarbeit verloren. Andererseits waren gerade für Erwerbstätige mit niedrigerer beruflicher Stellung und jene mit niedrigem Einkommen die Arbeitsbedingungen vielfach schlechter beziehungsweise war kein Homeoffice möglich.[32]

[32] Blüher/Glaser/Lamei, 2021.

Diese Erkenntnisse bestätigen auch die Daten aus EU-SILC 2022: Im Jahr 2021 haben insgesamt 33 Prozent der Erwerbstätigen pandemiebedingt im Homeoffice gearbeitet, wobei wieder große einkommensspezifische Unterschiede wirksam waren. Unter den Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen waren nur 19 Prozent zumindest zeitweise im Homeoffice, in der mittleren Einkommensklasse 30 Prozent und 61 Prozent mit hohem Einkommen. Für 91 Prozent derer, die nicht im Homeoffice gearbeitet haben, war der Hauptgrund, dass die Tätigkeit nur vor Ort ausgeführt werden konnte. Das traf auf 94 Prozent der Personen mit niedrigem und auf 83 Prozent mit hohem Einkommen zu.

1.3.2 Bildung

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Zugang zu (höherer) Bildung für junge Menschen in Österreich stetig verbessert. Aktuelle Krisen verstärken jedoch sozioökonomische Nachteile, die sich in der Folge negativ auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien auswirken können.

Das Bildungsniveau in Österreich ist im vergangenen halben Jahrhundert deutlich gestiegen: Stellte im Jahr 1981 für drei Viertel der 25- bis 64-Jährigen (46,0 Prozent) ein Pflichtschulabschluss die höchste Bildungsstufe dar, ist dieser Anteil bis 2020 auf 17,5 Prozent gesunken. Der Anstieg bei Hochschul- und Akademieabschlüssen hat sich in diesem Zeitraum hingegen mehr als verdreifacht (von 4,5 Prozent auf 19,1 Prozent).[33] Den aktuellen Bildungsstand[34] für Frauen und Männer zeigt Abbildung 8: Bildungsstand nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft. Gesellschaftliche Herausforderungen wie Klimakrise, demografischer Wandel oder Digitalisierung verlangen nach gut ausgebildeten Fachkräften und Weiterbildung: 5 Prozent der Personen im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre) sind derzeit in Ausbildung haupttätig, rund ein Viertel (26 Prozent) hat in den vergangenen zwölf Monaten an berufsbezogenen Aus- und Weiterbildungen teilgenommen. Trotz insgesamt steigender Bildung bleiben geschlechtsspezifische, einkommensbasierte und regionale Unterschiede im Bildungsniveau der Bevölkerung deutlich erkennbar.[35] Im Folgenden wird dargestellt, wie soziodemografische Merkmale Einfluss auf den Bildungsverlauf nehmen und inwiefern sich erreichte (formale) Bildungsabschlüsse auf die Lebensbedingungen auswirken.

Bildungsunterschiede nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft

Frauen im Erwerbsalter erreichen in Österreich höhere Bildungsabschlüsse (Matura und Universität) als Männer, wie Abbildung 8: Bildungsstand nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft zeigt. Die Hälfte der Männer im Erwerbsalter in Österreich (51 Prozent) hat

---

33 Statistik Austria, 2023d: Bildung in Zahlen, S. 96.

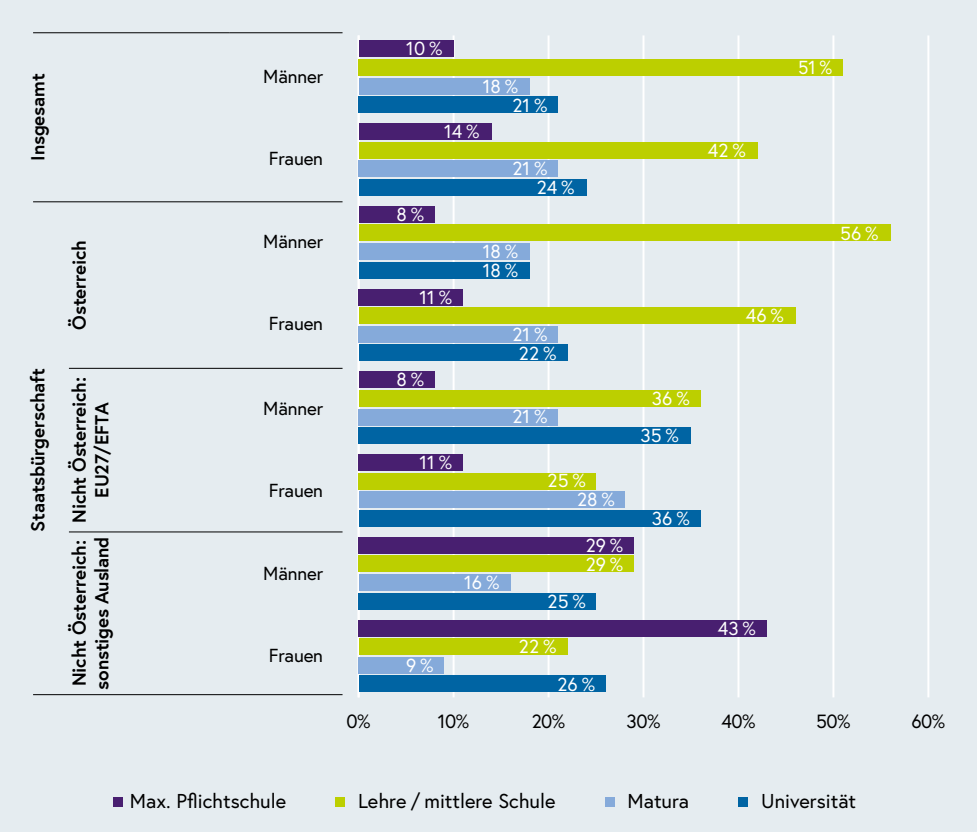
34 Für eine detaillierte tabellarische Darstellung nach soziodemografischen Merkmalen siehe Statistik Austria, 2023f, Tabellenband zu EU-SILC 2022, Tabelle 7.1.

35 vgl. zu Unterschieden nach Geschlecht und Region Statistik Austria, 2023d, Bildung in Zahlen 2023, S. 96ff. Laut Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2021 (Statistik Austria, 2023, S. 49) ist das Bildungsaktivitätsniveau von Personen in Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung seit 2018 signifikant gesunken.

laut EU-SILC 2022 einen Lehrabschluss oder eine mittlere Schulbildung, auch bei Frauen ist dieser Abschluss am häufigsten (42 Prozent). 14 Prozent der Frauen und 10 Prozent der Männer haben keine weiterführende Schule besucht.

Eine ungleiche Verteilung von Bildungsabschlüssen besteht bei Personen im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre) auch nach der Staatsbürgerschaft. Bei Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft sind hohe bzw. niedrige Bildungsabschlüsse häufiger. Der Anteil an mittleren Bildungsabschlüssen ist geringer als bei Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Insgesamt unterschieden sich die erreichten Bildungsniveaus von Zugewanderten nach Herkunftsländern, dem Zeitraum des Zuzugs (erste oder zweite Generation) sowie dem Alter bei Zuzug und dem Zuzugsmotiv stark.[36]

Abbildung 8: Bildungsstand nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre)

Wie ist der Zusammenhang zwischen Bildung und Einkommen?

Bildung gilt als wichtige Ressource für einen stabilen Lebensstandard – die Höhe des formalen Bildungsabschlusses bestimmt Erwerbschancen und beeinflusst dadurch die Position von Personen und Haushalten in der Einkommensverteilung. So liegt das verfügbare Haushaltseinkommen von Personen mit maximal Pflichtschulausbildung laut

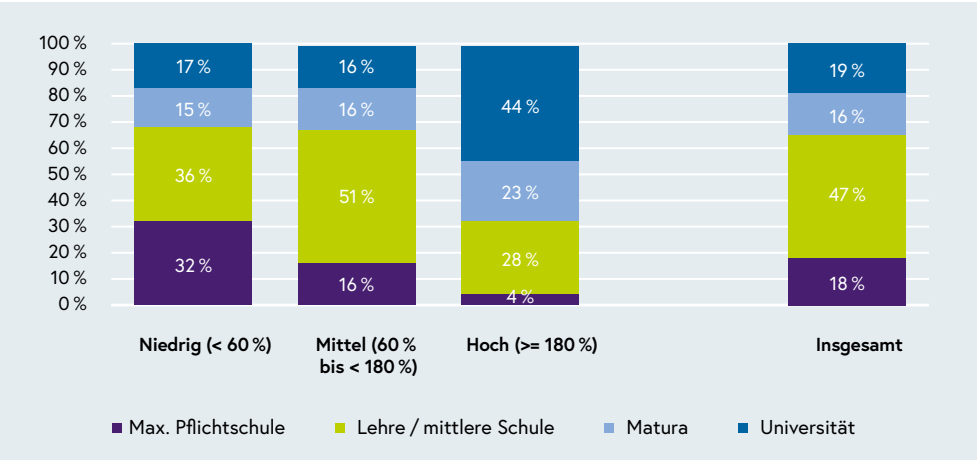
[36] Statistik Austria, 2022: Mikrozensus; Baas, 2021.

EU-SILC 2022 18 Prozent unter dem Median aller Einkommensbeziehenden. Personen mit Hochschul- oder Akademieabschluss wiederum konnten einen Einkommensvorsprung von 24 Prozent gegenüber der Gesamtbevölkerung erzielen.

Im Durchschnitt verfügen Personen mit maximal Pflichtschulabschluss über 22.673 EUR, Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss über 28.478 EUR, jene mit Matura über 30.571 EUR und Personen mit Universitätsabschluss über 34.266 EUR (jeweils Jahresbeträge des Äquivalenzeinkommens).

Abbildung 9: Bildungsabschlüsse nach Einkommensgruppen stellt die Verteilung der Bildungsabschlüsse nach dem Einkommen dar und zeigt, dass Personen mit Pflichtschulabschluss in der niedrigen Einkommensgruppe mit einem Drittel (32 Prozent) deutlich überrepräsentiert sind. In der Gesamtbevölkerung beträgt der Anteil an Personen ohne weiterführende Bildung 18 Prozent. In der hohen Einkommensgruppe sind sie mit 4 Prozent hingegen kaum vertreten. Dagegen stellen Personen mit Universitätsabschluss den größten Anteil (44 Prozent) (19 Prozent in der Gesamtbevölkerung) dar.

Abbildung 9: Bildungsabschlüsse nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen ab 16 Jahren. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

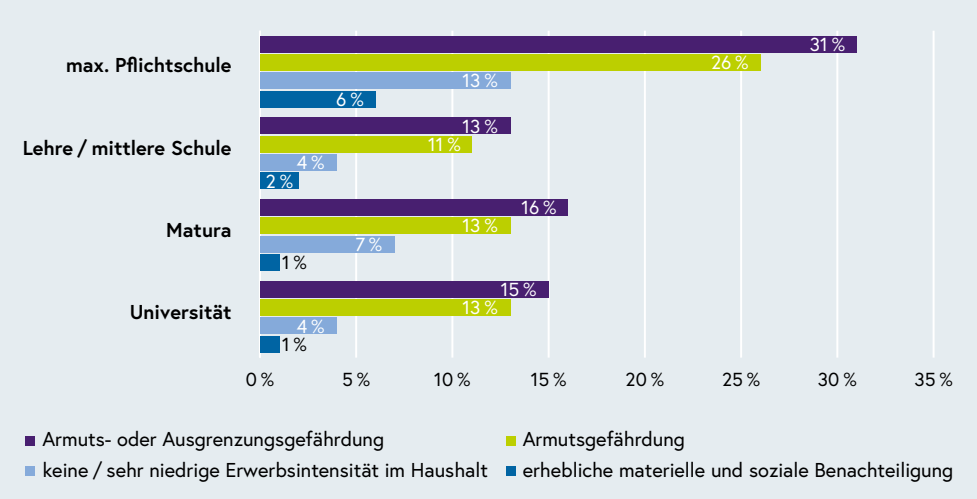
Der Zusammenhang zwischen Einkommen und Bildung ist wechselseitig: Wie viel in Bildung investiert wird, hängt (auch) vom Haushaltseinkommen ab: Laut Ergebnissen der Konsumerhebung 2020/21 entfallen durchschnittlich 1,2 Prozent der monatlichen Verbrauchsausgaben privater Haushalte auf Bildungsausgaben, wobei dieser Anteil mit der Höhe des Haushaltseinkommens ansteigt: Haushalte im untersten Einkommensviertel wenden demnach 0,8 Prozent ihrer monatliche Ausgaben für Bildung auf (im Durchschnitt rund 15 EUR pro Monat), Haushalte im obersten Viertel hingegen 1,5 Prozent (rund 74 EUR).[37]

[37] Statistik Austria, 2022b: Verbrauchsausgaben. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung, Tabelle 29, S. 100.

Schützt Bildung vor sozialen Gefährdungslagen?

Bildung sichert somit soziale Teilhabe und schützt vor Armutslagen: Personen ohne weiterführende Bildung tragen in allen drei Teilbereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (siehe Kapitel 1.2) ein überdurchschnittlich hohes Risiko (Abbildung 10: Indikatoren der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung nach Bildungsabschlüssen). Erhebliche soziale und materielle Benachteiligung betrifft Personen mit Pflichtschulabschluss (6 Prozent) etwa dreimal so häufig wie Personen mit Lehre oder mittlerer Schulbildung (2 Prozent), während diese soziale Problemlage in höheren Bildungsschichten kaum auftritt. Die Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung insgesamt ist für Personen mit Universitätsabschluss (15 Prozent) nur halb so hoch wie für jene mit Pflichtschulbildung.

Abbildung 10: Indikatoren der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung nach Bildungsabschlüssen

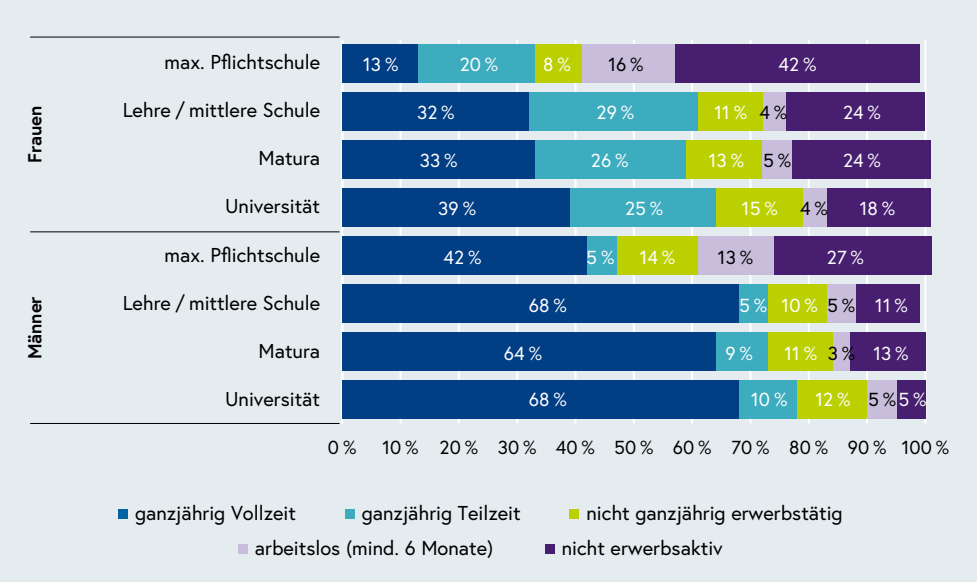


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen ab 16 Jahren.

Wie beeinflusst Bildung die Arbeitsmarktpartizipation?

Zum Zusammenhang zwischen individuellem Erwerbsstatus und Bildungsabschluss zeigt Abbildung 11: Erwerbsstatus nach Bildungsabschlüssen für Personen von 18 bis 64 Jahren, dass niedrige Bildungsabschlüsse vor allem für Frauen oft den Ausschluss aus dem Erwerbsleben bedeuten und diese somit auf andere Formen der finanziellen und sozialen Absicherung angewiesen sind: 42 Prozent der Frauen mit höchstens Pflichtschulabschluss (Männer: 27 Prozent) sind nicht erwerbsaktiv, sondern bereits in Pension, im Haushalt tätig, in Ausbildung oder aus gesundheitlichen oder anderen Gründen nicht erwerbstätig, 16 Prozent sind für mehr als sechs Monate arbeitslos (Männer: 13 Prozent). Einer ganzjährigen Vollzeiterwerbstätigkeit gehen nur 13 Prozent der Frauen mit Pflichtschulabschluss nach, hingegen über ein Drittel der Frauen mit mittlerer Bildung (Lehre/mittlere Schule: 32 Prozent, Matura: 33 Prozent) und 39 Prozent der Frauen mit Universitätsabschluss.

Abbildung 11: Erwerbsstatus nach Bildungsabschlüssen für Personen von 18 bis 64 Jahren



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022.

Über alle Bildungsabschlüsse hinweg sind Frauen in ähnlichem Ausmaß teilzeitbeschäftigt. Bei Männern zeigen sich Teilzeitquoten auf deutlich niedrigerem Niveau, häufiger für höher Gebildete. Männer zwischen 20 und 64 Jahren geben zu 22 Prozent schulische oder berufliche Aus- oder Fortbildungsaktivitäten als Grund für ihr reduziertes Arbeitsausmaß an, während berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung für Frauen in weitaus geringerem Maße ein Motiv für Teilzeiterwerbstätigkeit ist (9 Prozent).[38]

Gerade für junge Menschen sind Ausbildungsmöglichkeiten und eine sinnstiftende Beschäftigung am Arbeitsmarkt bedeutend für eine positive Zukunftsperspektive. Im Jahr 2021 gab es insgesamt 166.000 (12,5 Prozent) 16- bis 29-Jährige, die im Vorjahr mindestens sechs Monate lang weder in Ausbildung standen noch Arbeit hatten. Diese sozialpolitisch höchst relevante Gruppe der NEETs (Not in Education, Employment or Training) trägt ein hohes Risiko für Armut und soziale Ausgrenzung.[39]

Im Zusammenspiel von Bildung, Arbeitsmarktbeteiligung und Erwerbseinkommen kommt dem Faktor Geschlecht eine große Bedeutung zu: In Österreich schließen Frauen häufiger hohe Bildungsgrade ab als Männer – trotzdem verdienen sie weniger, auch wenn sie gleich oder sogar höher gebildet sind.[40] Der sogenannte Education-Gender Pay Gap[41] liegt in Österreich laut EU-SILC 2022 für Personen mit Pflichtschulabschluss bei 37 Prozent, bei mittlerer Schulbildung bei 30 Prozent, für Personen mit Matura als

38 Statistik Austria, 2022: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2022.
39 Glaser, 2023: Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2021, S. 50.
40 Momentum Institut, 2022.
41 Um diesen Anteil verdienen Frauen bei gleichem formalem Bildungsabschluss weniger als Männer. Median des monatlichen Brutto-Erwerbseinkommens aktuell unselbstständig erwerbstätiger Personen im Erwerbsalter 18 bis 64 Jahre aus EU-SILC 2022.

höchstem Bildungsabschluss bei 34 Prozent und für tertiäre Bildungsabschlüsse bei 28 Prozent. Frauen arbeiten häufiger in schlechter bezahlten Berufen, sind seltener in Führungspositionen und viel häufiger teilzeitbeschäftigt als Männer. Zudem erklären Einflussfaktoren wie Alter und die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit die bestehenden Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern. Der Faktor Bildung hingegen vergrößert den unerklärten Anteil[42] des Gender Pay Gap, wie Geisberger und Glaser zeigen konnten – ihrem Bildungsstand nach müssten Frauen mehr verdienen als Männer.

In welchem Maß Personen am Erwerbsleben teilhaben, wirkt sich auf den Lebensstandard des gesamten Haushalts aus: Ganzjährig Vollzeit erwerbstätige Personen (im Erwerbsalter, 18–64 Jahre) zählen mit 14 Prozent doppelt so häufig zur hohen Einkommensgruppe wie zur niedrigen (7 Prozent), während Teilzeitbeschäftigte in beiden Gruppen etwa gleich häufig vertreten sind (niedrige Einkommensgruppe 9 Prozent, hohe 10 Prozent). Arbeitslosigkeit geht mit niedrigem Haushaltseinkommen einher – 40 Prozent der mehr als sechs Monate Arbeitslosen haben ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle. Auch Bildungsaktivitäten wirken sich zumindest vorübergehend negativ auf das Haushaltseinkommen aus: Ein Viertel der Personen in Ausbildung (25 Prozent) muss mit niedrigem Haushaltseinkommen auskommen, 74 Prozent fallen hingegen in die mittlere Einkommensgruppe.

Mangelnde berufliche Qualifikationen beschränken die Erwerbsmöglichkeiten. Personen, die nur einen Pflichtschulabschluss haben, leben mit 13 Prozent mehr als doppelt so häufig in Haushalten, die ihr Erwerbspotenzial nicht ausschöpfen, wie Personen mit Lehre, Abschluss einer mittleren Schule, Universitätsabschluss (jeweils 4 Prozent) oder Matura (7 Prozent) (siehe Abbildung 10: Indikatoren der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung nach Bildungsabschlüssen).

Werden Bildungschancen vererbt?

Analysen zur intergenerationalen Mobilität, die die Vererbung von Teilhabechancen bzw. die Weitergabe von Bildungs-, Einkommens- und Erwerbschancen von Eltern an ihre Kinder in den Mittelpunkt stellen, zeigen für Österreich eine starke Abhängigkeit der Bildungsverläufe vom (formalen) Bildungshintergrund und der ökonomischen Situation im Elternhaushalt und persistente Bildungsungleichheiten nach sozialer Herkunft.[43]

Vorschulischer Bildung und Betreuung wird durch ihren Beitrag zum Bildungserfolg und damit späteren Erwerbschancen auch eine mindernde Wirkung auf das künftige Armutsrisiko zugeschrieben. Vertiefende Studien zeigen aber, dass der Besuch alleine sprachliche und soziale Benachteiligungen nicht kompensiert, sondern vielmehr die

[42] Das Lohndifferenzial zwischen Frauen und Männern wird in einen erklärten und einen unerklärten Anteil zerlegt. Der unerklärte Teil ist jener Teil, der nicht durch die beobachteten Unterschiede von Frauen und Männern (wie z. B. Branche, Beruf, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Vollzeit/Teilzeit) erklärt werden kann. Vgl. Geisberger/Glaser, 2021.

[43] Knittler, 2011; Altzinger et al., 2013, Pessel-Falkensteiner et al., 2023., Förster/Koenigs, 2019 (11.12.2023).

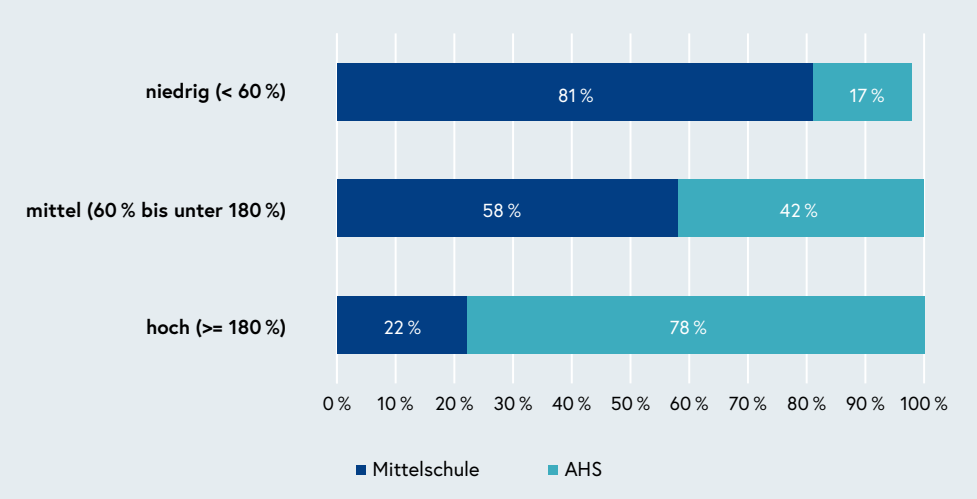
Qualität der Einrichtung eine Rolle spielt.[44] Der Anteil jener Kinder, die eine frühkindliche Bildungs- und Betreuungseinrichtung besuchen, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stetig erhöht. Im Kindergartenjahr 2022/23 waren laut Kindertagesheimstatistik 29,9 Prozent der unter Dreijährigen und 94,7 Prozent der Drei- bis Fünfjährigen in Kinderbildung und -betreuung[45], wobei sich Studien zufolge im Bundesländervergleich neben regionaler und zeitlicher Verfügbarkeit vor allem die Leistbarkeit positiv auf die Betreuungsquote auswirkt.[46] Die in EU-SILC 2022 ausgewiesenen Bildungs- und Betreuungsquoten für Kinder verschiedener Altersgruppen unterscheiden sich nur geringfügig nach den Einkommensgruppen.[47] Mit Bezug auf Bildung und Betreuung für Null- bis Dreijährige in Kindergärten sind Kinder der niedrigen Einkommensgruppe im Bundesdurchschnitt mit 41 Prozent nahezu gleich oft in Betreuung wie jene der mittleren (42 Prozent) und hohen Einkommensgruppe (44 Prozent). In Wien zeigt sich, dass ab der mittleren Einkommensgruppe der Anteil im Kindergarten betreuter Kinder mit 53 Prozent höher ist als bei der niedrigen Einkommensgruppe (42 Prozent). In der Bundeshauptstadt ist insgesamt ein höherer Anteil der Null- bis Drei-Jährigen im Kindergarten (rund 50 Prozent ggü. 42 Prozent im Bundesdurchschnitt). In den anderen Bundesländern ist es tendenziell umgekehrt: Eine etwas geringere Betreuungsquote wird in der hohen Einkommensgruppe verzeichnet (38 Prozent vs. je 40 Prozent bei niedrigem und mittlerem Einkommen) – die Unterschiede nach dem Einkommen sind aber insgesamt, wie erwähnt, sehr gering.

Der Einfluss der sozioökonomischen Situation des Elternhaushalts auf die Bildungsmobilität wird bei der Wahl der weiterführenden Schule für 10- bis 14-Jährige deutlich, wie Abbildung 12 zeigt: 78 Prozent der Kinder in Haushalten mit einem hohen Einkommen besuchen die Unterstufe einer Allgemeinbildenden Höheren Schule (AHS) und 22 Prozent eine Mittelschule. Kinder in Haushalten mit niedrigem Einkommen absolvieren die Unterstufe nur zu 17 Prozent in einer AHS, der Besuch einer Mittelschule ist hingegen wesentlich häufiger (81 Prozent). Kinder in Haushalten mit mittlerem Einkommen teilen sich weitaus gleichmäßiger auf Mittelschule (58 Prozent) und AHS (42 Prozent) auf. Retrospektiv ist erkennbar, dass diese soziale Selektion für den weiteren Bildungsweg und die erworbenen Qualifikationen bedeutsam ist: Ein höherer Bildungsabschluss vergrößert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, erweitert das berufliche Betätigungsfeld und wirkt sich in Folge auf die Arbeitsmarktpartizipation und das persönliche Erwerbseinkommen sowie die finanzielle Situation des gesamten Haushalts aus. Personen, die ihrem aktuellen Äquivalenzeinkommen nach der niedrigen Einkommensgruppe zugeordnet werden, haben zu 45 Prozent die Unterstufe in einer Hauptschule abgeschlossen und zu 16 Prozent in einem Gymnasium, eine mit 38 Prozent große Untergruppe hat eine andere Schulform (wie Mittelschule oder Schule im Ausland) besucht. In der mittleren Einkommensgruppe haben 60 Prozent eine Hauptschule besucht und 19 Prozent ein Gymnasium. In der

44 Hartel et al., 2018.
45 Statistik Austria, 2022/23: Kindertagesheimstatistik 2022/23.
46 Blum, 2015.
47 Statistik Austria, 2023g: Tabellenband EU-SILC 2022, Tabelle 8.7.

hohen Einkommensgruppe ist der Anteil derer, die ein Gymnasium besucht haben, mit 43 Prozent deutlich höher (Hauptschule 49 Prozent).

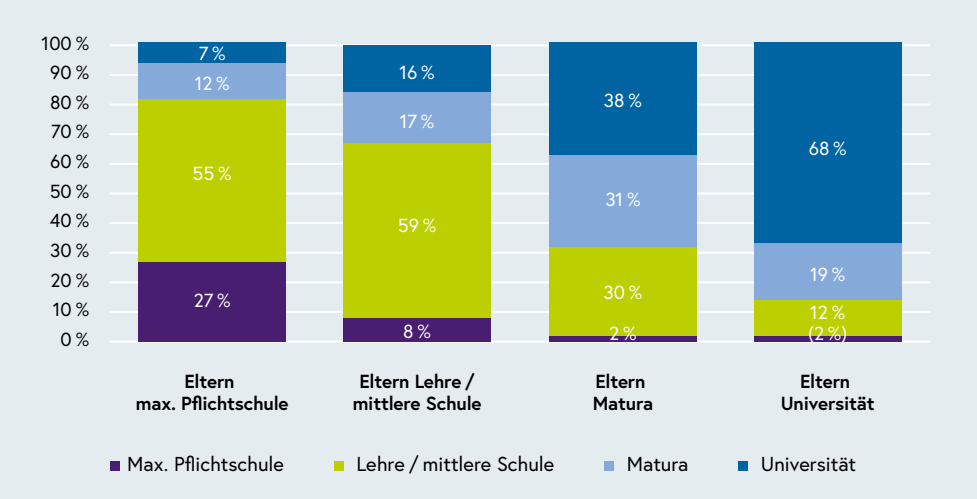
Abbildung 12: Schulbesuch von 10- bis 14-jährigen Kindern nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Kinder und Jugendliche von 10 bis 14 Jahren, die eine Schule besuchen (ohne 10-Jährige, die noch eine Volksschule besuchen). Sonderschule ist aufgrund der geringen Fallzahlen nicht ausgewiesen, aber in der Berechnung einbezogen. Der seit 2020/21 nicht mehr existente Schultyp Hauptschule wurde im Fragebogen gesondert abgefragt, hier aber zu Mittelschule gezählt. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

In welchem Maß der formale Bildungsstand von einer auf die nächste Generation übertragen wird, gibt auch Aufschlüsse über die Durchlässigkeit bzw. Selektivität des Schul- und Hochschulsystems (siehe Abbildung 13: Höchste abgeschlossene Schulbildung nach Bildung im Elternhaushalt). Mehr als ein Viertel der Personen (27 Prozent) zwischen 25 und 59 Jahren, deren Eltern über höchstens Pflichtschulbildung verfügen, können auch selbst keinen weiterführenden Bildungsabschluss erzielen; 55 Prozent schließen eine mittlere Schulbildung ab, 12 Prozent die Matura, und nur 7 Prozent erreichen in diesem Fall einen Hochschulabschluss. Für Kinder von Eltern mit mittlerer Schulbildung ist für 17 Prozent eine Matura bzw. für 16 Prozent ein Universitätsabschluss möglich – also ein Bildungsaufstieg. Besitzen die Eltern Matura, erzielen 31 Prozent der Nachkommen auch diesen Bildungsabschluss, 38 Prozent erreichen ein höheres Bildungsniveau. Personen, die einen Elternteil mit Universitätsabschluss haben, haben im Vergleich zu Personen aus Haushalten mit Pflichtschulabschluss eine beinahe zehnmal so hohe Chance, ein Studium zu absolvieren.

Abbildung 13: Höchste abgeschlossene Schulbildung nach Bildung im Elternhaushalt



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019, Modul Intergenerationale Übertragung von Benachteiligungen. Nur Personen zwischen 25 und 59 Jahren. Bildung im Elternhaushalt: Höchster Bildungsabschluss im Haushalt, als der:die Respondent:in 14 Jahre war.

Im Beobachtungszeitraum seit 2011 ist es nicht möglich, nachhaltige Veränderungen des formalen Bildungsniveaus von Personen aus bildungsfernen Haushalten („Pflichtschulquote") zu erkennen.[48] Neben niedriger Bildung stellen auch die finanzielle Situation im Elternhaushalt und die Herkunft der Eltern ein mögliches Hindernis in der Bildungsbiografie dar.[49] Dies untermauern auch die Ergebnisse der seit 2012 flächendeckend in Österreich durchgeführten Überprüfungen der Bildungsstandards von Schüler:innen, die etwa für den Kompetenzbereich Mathematik eine anhaltend ungleiche Ausgangs situation von sozioökonomisch Benachteiligten über die gesamte Schullaufbahn zeigen.[50]

Aktuelle Krisen und die Chancengleichheit im Bildungsbereich

Neben den allgemeinen psychisch-emotionalen Belastungen von Kindern und Jugendlichen während der Corona-Krise zeigt eine Studie, dass Lernschwierigkeiten besonders bei Kindern in armutsgefährdeten Familien gehäuft auftraten.[51] Auch die im zweiten Corona-Jahr 2021 erhobenen Daten aus EU-SILC befanden, dass vor allem Kinder in Haushalten mit niedrigem Haushaltseinkommen Benachteiligungen im Lernumfeld erfahren haben: Nur 62 Prozent dieser Kinder unter 16 Jahren hatten demnach einen geeigneten Platz zu lernen und Hausaufgaben zu erledigen. Auch in den Möglichkeiten sozialer Teilhabe zeigen sich Einschränkungen für Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten – ein Viertel (25 Prozent) konnte im Jahr 2021 nicht an kostenpflichtigen Freizeitaktivitäten teilnehmen,

48 Glaser, 2023: Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2021, S. 47.
49 Statistik Austria, 2020: Tabellenband EU-SILC 2019, Tabelle 12.4, 12.4a+b.
50 Bundesinstitut Biefie, 2019, S. 63.
51 Vgl. Schönherr et al., 2021: Corona-Modul der AK-Schulkostenstudie.

7 Prozent mussten aus finanziellen Gründen auf Schulausflüge verzichten. Zusätzlich verstärkten Kontaktbeschränkungen das Risiko sozialer Ausgrenzung. Schulschließungen verlagerten Bildung während der Corona-Krise zusehends in den privaten Bereich. In vielen Familien war es jedoch aufgrund fehlender Ressourcen der Eltern (wie etwa Geld für Nachhilfe und technische Ausstattung, Zeit für Unterstützung, Wissen etc.) unmöglich, das schulische Lernen zu Hause zu ersetzen. 6 Prozent aller Schulkinder konnten während der Schulschließungen laut EU-SILC 2021 aus technischen Gründen oder mangels Unterstützungsmöglichkeit durch Eltern nicht am angebotenen Fernunterricht teilnehmen.

Auch die Teuerung in vielen Lebensbereichen gefährdet die Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen: In einer Studie zu den Folgen der Teuerung[52] gibt jede dritte Familie an, dass ihr durch die Teuerung weniger Geld für Ausgaben für die Schule zur Verfügung steht. Substanzielle Bildungsausgaben wie Schulmaterialien, technische Geräte oder Beiträge für Schulveranstaltungen stellen Familien ebenso vor finanzielle Herausforderungen wie steigende Kosten für Nachhilfe, Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen und sonstige Freizeitkurse. Individuelle Förderung ist dadurch verstärkt abhängig vom Einkommen im Elternhaushalt. Nachteile von Kindern und Jugendlichen in einkommensschwachen Familien im Bildungsbereich drohen sich zu verfestigen.

1.3.3 Gesundheit und medizinische Versorgung

Gesundheit umfasst gemäß Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mehr als die Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechlichkeit. Dazu zählen auch körperliches, mentales und soziales Wohlbefinden. Daher thematisieren auch andere Abschnitte in diesem Kapitel bestimmte Aspekte von Gesundheit und ihren Zusammenhang mit dem Einkommen – siehe insbesondere Zufriedenheit und Wohlbefinden (1.3.8) sowie Gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe (1.3.7).

Die Einflüsse auf den Gesundheitszustand sind vielfältig und komplex: Individuelles Gesundheitsverhalten wie Ernährung und Bewegung sowie der Zugang zu medizinischer Versorgung, aber auch Umweltfaktoren wie Feinstaubbelastung oder die Qualität der Wohn- oder Arbeitsumgebung spielen hierfür eine essenzielle Rolle. Sozioökonomische Verhältnisse wie etwa Bildung, Einkommen, Herkunftsland, soziale Unterstützung u. v. m. stehen damit ebenso in Verbindung.[53] Selbst unter Berücksichtigung von wichtigen Faktoren wie Bildung oder bestimmten gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen haben armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Menschen ein 2,5-mal so hohes Risiko, unter einem (sehr) schlechten Gesundheitszustand zu leiden wie nicht gefährdete Personen. Insbesondere Erwerbspotenzial und finanzielle Lage stehen mit dem Gesundheitszustand in Wechselwirkung. Gesundheitschancen werden durch Armuts-

[52] Befragung der Arbeiterkammer und des IFES-Instituts 2022: 809 Haushalte mit 1.387 Schüler:innen österreichweit, Schwankungsbreite +/- 3,4 Prozentpunkte).

[53] Klimont/Prammer-Waldhör, 2020.

oder Ausgrenzungsgefährdung verringert. Gesundheitliche Einschränkungen können sich wiederum negativ auf die Erwerbschancen auswirken.[54]

Eine etablierte Methode, Gesundheit ganzheitlich zu messen, ist der selbstberichtete Gesundheitszustand. Ergänzend dazu werden das Vorhandensein einer chronischen Krankheit oder eine länger andauernde Behinderung bzw. Einschränkung erfasst. Tendenziell ändert sich mit dem Alter der Gesundheitszustand. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, Personen im Erwerbsalter (bis 64 Jahre) sowie ab 65-Jährige, von denen der Großteil im Ruhestand oder in Pension ist, getrennt zu betrachten.

17 Prozent der Personen ab 65 Jahren berichten in EU-SILC 2022 von einem (sehr) schlechten Gesundheitszustand. 56 Prozent haben eine chronische Krankheit und etwa 18 Prozent eine lang andauernde, starke körperliche Einschränkung oder Behinderung. Im Vergleich dazu stufen lediglich 6 Prozent der jüngeren Bevölkerung ihre Gesundheit als (sehr) schlecht ein. Ein Drittel berichtet von einer chronischen Krankheit, und 6 Prozent sind von einer längeren körperlichen Einschränkung oder Behinderung betroffen. Hinsichtlich dieser drei Gesundheitsdimensionen sind zwischen Frauen und Männern kaum Unterschiede bemerkbar.

Insbesondere bei der Bevölkerung ab 65 Jahren ist folgende positive Entwicklung zu beobachten: Im Jahr 2008 gaben noch 22 Prozent der ab 65-Jährigen einen (sehr) schlechten Gesundheitszustand an. Dieser Anteil ist im Jahr 2022 auf 17 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum ist auch ein Rückgang von mehrfachen Gesundheitsproblemen ersichtlich. 2008 gaben 24 Prozent an, an mehrfachen Problemen[55] zu leiden, während 2022 17 Prozent davon berichteten. Es wird vermutet, dass demografische Faktoren und geänderter Lebensstil zu diesen Verbesserungen beigetragen haben.

Seit 2020 hat die COVID-19-Pandemie als Gesundheitskrise das Leben der meisten Menschen zumindest zeitweise beeinflusst. Neben ihren Auswirkungen auf die körperliche Gesundheit, sei es durch eine Infektion oder sogar länger anhaltende Beeinträchtigungen (Long COVID), hat sich die Pandemie durch ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen auch auf die psychische Gesundheit in der Bevölkerung ausgewirkt: Insgesamt haben zwischen Mitte 2021 und 2022 40 Prozent negative Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit verspürt, tendenziell häufiger betroffen waren jüngere Personen und Frauen.

Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Einkommen und Gesundheit?

Gesundheitsprobleme treten bei geringem Einkommen häufiger auf (siehe Abbildung 14: Gesundheitsprobleme nach Einkommensgruppen und Alter). Besonders deutlich ist diese Ungleichheit bei Personen bis 64 Jahren: Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen geben mit 14 Prozent fast dreimal so oft an, eine schlechte oder sehr schlechte Gesundheit zu haben wie jene mit mittlerem Haushaltseinkommen (5 Prozent). Bei Personen mit hohem Haushaltseinkommen sind es nur 2 Prozent, die von (sehr) schlechter

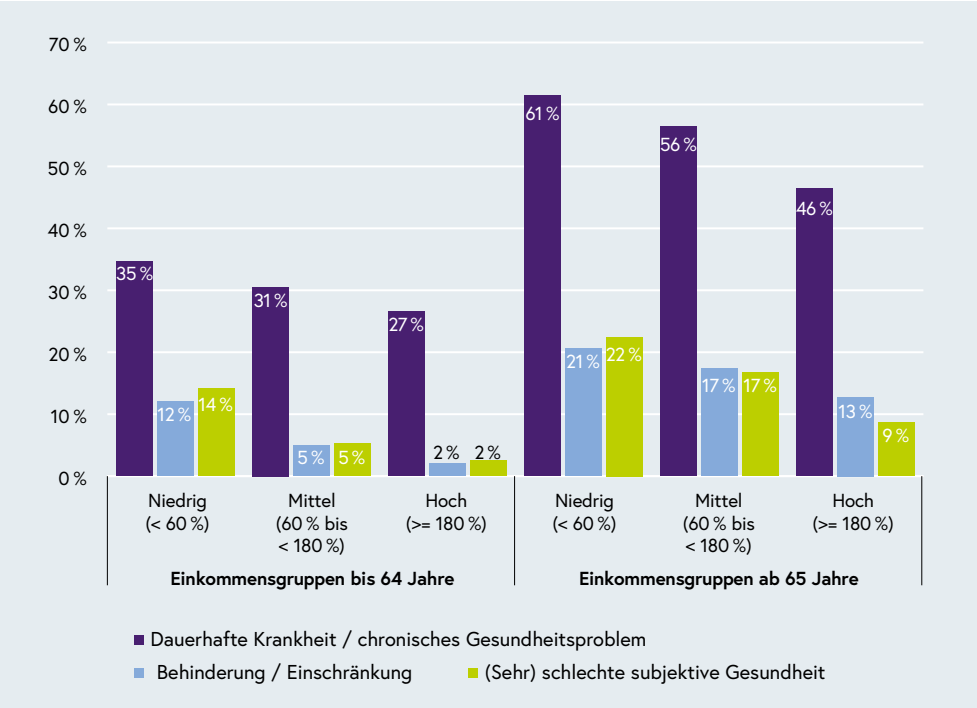
[54] Statistik Austria, 2023g: Tabellenband EU-SILC 2022, Tabelle 4.1a ff.

[55] Definition im Glossar.

Gesundheit berichten. Ähnlich verhält es sich bei längerfristigen starken körperlichen Einschränkungen. Ein Drittel (35 Prozent) der Personen unter 65 Jahren mit niedrigem Haushaltseinkommen ist von chronischen Gesundheitsproblemen betroffen, 27 Prozent mit hohem Haushaltseinkommen.

Die Unterschiede nach dem Einkommen sind bei den ab 65-Jährigen nicht ganz so ausgeprägt – dies liegt an der allgemein höheren Wahrscheinlichkeit für schlechte Gesundheit bei Älteren. Zudem beeinflusst auch die Tatsache, dass Menschen mit niedrigem Einkommen gesundheitsbedingt früher sterben (siehe Abschnitt „Sterben Arme früher?"), dieses Ergebnis. Ein Fünftel (22 Prozent) der Personen ab 65 Jahren, die ein niedriges Einkommen haben, teilt einen (sehr) schlechten Gesundheitszustand mit. Bei Personen aus der mittleren Einkommensgruppe sind es 17 Prozent und bei jenen mit hohem Einkommen lediglich 9 Prozent. Ähnlich ist es bei chronischen Krankheiten: Fast zwei Drittel der ab 65-Jährigen aus der niedrigen Einkommensgruppe haben chronische Gesundheitsprobleme, bei jenen mit hohem Einkommen fast jede zweite Person (46 Prozent). Das Vorliegen einer Behinderung ist bei der älteren Bevölkerung am wenigsten mit dem Einkommen gekoppelt: 21 Prozent mit geringem Einkommen und 17 Prozent mit mittlerem bzw. 13 Prozent mit hohem Einkommen haben eine längerfristige Einschränkung.

Abbildung 14: Gesundheitsprobleme nach Einkommensgruppen und Alter



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen ab 16 Jahren. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Die Art und Weise, wie sich ein niedriges Einkommen auf die Gesundheit auswirkt, ist vielfältig, etwa durch schlechte Wohnqualität, schwierigeren Zugang zu medizinischer

Versorgung oder die Art der Erwerbstätigkeit selbst, insbesondere in Bezug auf körperlich belastende Arbeit. Erwerbstätige mit niedrigem Haushaltseinkommen leisten etwa dreimal so häufig schwere körperliche Arbeit wie jene mit hohem Einkommen (16 Prozent vs. 5 Prozent). Demgegenüber üben jedoch mehr als zwei Drittel der Erwerbstätigen mit hohem Haushaltseinkommen ihre Arbeit hauptsächlich im Sitzen aus – was eigene Gesundheitsrisiken mit sich bringt. Hingegen verrichten etwa 30 Prozent der Erwerbstätigen mit niedrigem Haushaltseinkommen ihre Tätigkeit im Sitzen.

Die Ergebnisse sind nicht als Resultat einer einseitigen Wirkung des Einkommens auf den Gesundheitszustand zu verstehen. Eher lässt sich ein wechselseitiger Einfluss annehmen: Gesundheitsprobleme und Einschränkungen können etwa Erwerbs-, Bildungs- und soziale Teilhabechancen mindern und so auch zu einem niedrigen Einkommen und höherem Ausgrenzungsrisiko beitragen. Inklusion und Barrierefreiheit sind mittlerweile politisch in den Fokus gerückt[56], ihre Umsetzung ist jedoch als langfristiges Ziel zu betrachten.

Welche Personengruppen sind gesundheitlich besonders benachteiligt?

Von mehrfachen Gesundheitseinschränkungen spricht man dann, wenn zumindest zwei der drei oben genannten Dimensionen – schlechter Gesundheitszustand, chronische Krankheit und Behinderung – zutreffen. Insgesamt waren in Österreich 2022 581.000 Personen (8 Prozent) ab 16 Jahren von mehrfachen Gesundheitseinschränkungen betroffen. Da damit ein besonders großes Ausgrenzungsrisiko einhergeht, ist dies eine der „Kennzahlen zu Lebensbedingungen in Österreich“[57].

Erwartungsgemäß trägt das Alter zu einer höheren Gesundheitsbelastung bei: Unter den bis 64-Jährigen berichten nur 5 Prozent von zwei oder mehr Gesundheitsproblemen, für Personen ab 65 Jahren ist das Risiko mit 17 Prozent mehr als dreimal so hoch. Eine nach Geschlechtern getrennte Betrachtung zeigt hingegen keine nennenswerten Unterschiede. Sowohl in der älteren als auch in der jüngeren Bevölkerung hängt das Einkommen eindeutig mit dem Risiko in Bezug auf mehrfache Gesundheitsbelastungen zusammen (siehe Abbildung 15: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen nach Einkommensgruppen und Alter).

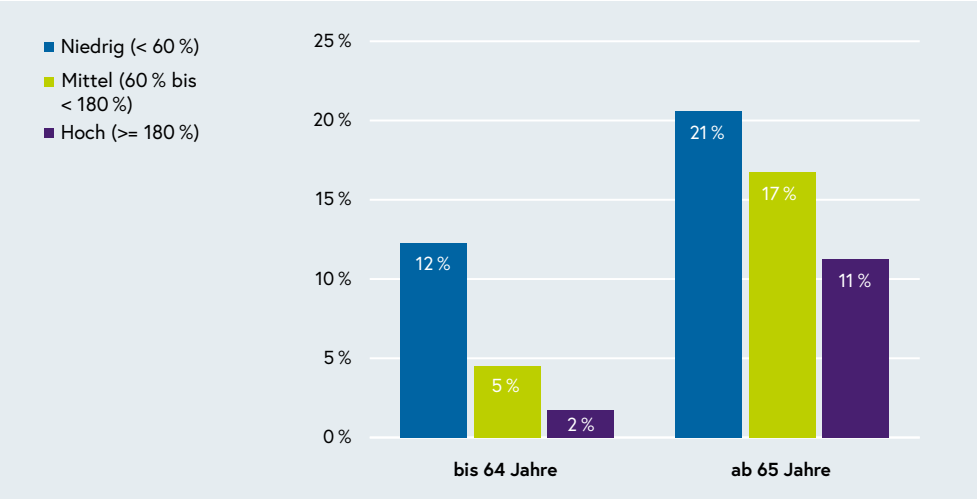
Besonders stark ist die Benachteiligung für Personen bis 64 Jahre: Während hier 12 Prozent der Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen mehrfache Gesundheitseinschränkungen erfahren, sind es nicht ganz halb so viele (5 Prozent) in der mittleren Einkommensgruppe und nur 2 Prozent der Personen in Haushalten mit hohem Einkommen. Unter den Personen ab 65 Jahren ist mehr als jede fünfte Person mit niedrigem Haushaltseinkommen von mehrfachen Gesundheitsproblemen betroffen, bei jenen mit hohem Haushaltseinkommen nur etwa jede zehnte. In den letzten 15 Jahren hat sich vor allem

[56] Nationaler Aktionsplan Behinderung 2022–2030.

[57] Die gleichnamige Publikation berichtet jährlich über ausgewählte Indikatoren, die zur Messung der Erreichung sozialpolitischer Ziele in Österreich herangezogen werden. Vgl. zuletzt Glaser, 2023.

bei der Bevölkerung ab 65 Jahren in allen Einkommensgruppen der Anteil mit mehrfachen Gesundheitseinschränkungen reduziert (von 2008 bis 2022: niedrig: 27 Prozent zu 21 Prozent, mittel: 23 Prozent zu 17 Prozent, hoch: 15 Prozent zu 11 Prozent). Obwohl das Niveau der Mehrfacheinschränkungen erfreulicherweise gesunken ist, ist der relative Nachteil, den Personen mit niedrigem Einkommen gegenüber jenen mit mittlerem oder hohem Einkommen haben, nicht zurückgegangen.

Abbildung 15: Mehrfache Gesundheitseinschränkungen nach Einkommensgruppen und Alter



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen ab 16 Jahren. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Wie hängen Einkommen und gesundheitsrelevantes Verhalten zusammen?

Gesundheitsrelevantes Verhalten im Alltag, also z. B. eine ausgewogene Ernährung, ausreichend Bewegung und der Verzicht auf gesundheitsschädliche Genussmittel, ist ein Teilaspekt der allgemeinen Gesundheitskompetenz. Gesundheitskompetenz beschreibt die Fähigkeit einer Person, gesundheitsrelevante Informationen zu finden, zu verstehen, zu bewerten und anzuwenden, um ihre Gesundheit zu fördern beziehungsweise Krankheiten vorzubeugen oder zu bewältigen. Die Gesundheitskompetenz einer Person korreliert stark mit ihrer Bildung und finanziellen Lage: Insbesondere Menschen mit höchstens Pflichtschulabschluss und jene mit geringem Einkommen verfügen öfter auch über eine geringere Gesundheitskompetenz.[58]

Auf die Verbindung von Einkommen und körperlicher Belastung bei der Arbeit wurde bereits verwiesen. Auch bei Bewegung während der Freizeit zeigt sich eine einkommensbedingte Ungleichheit: Etwa 10 Prozent der Personen mit hohem Haushaltseinkommen geben an, sich in ihrer Freizeit nie sportlich zu betätigen, unter den Armutsgefährdeten ist der Anteil hingegen viermal so hoch. Der Anteil derer, die zumindest

[58] Griebler et al, 2021.

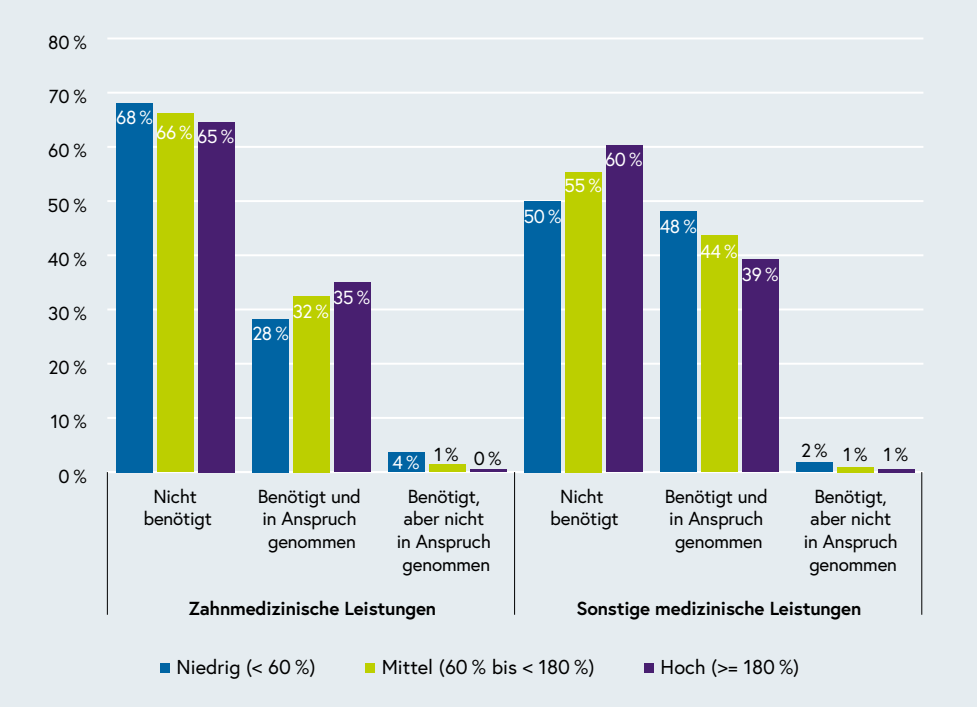
einmal pro Tag in der Freizeit mindestens zehn Minuten lang ohne Unterbrechung Sport, Fitness oder andere anstrengendere körperliche Tätigkeiten ausüben, unterscheidet sich aber nicht stark nach Einkommenshöhe (niedriges Einkommen: 15 Prozent, hohes Einkommen: 18 Prozent).

Rauchen ist ein bedeutender Risikofaktor in Bezug auf viele Krankheiten und gesundheitliche Probleme. Die Auswertung der EU-SILC Daten von 2022 zeigt, dass überwiegend entweder täglich (21 Prozent) oder nie (72 Prozent) geraucht wird, gelegentliches Rauchen, wie etwa beim Alkoholgenuss, kommt entschieden seltener vor. Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen tendieren eher dazu, täglich zu rauchen (26 Prozent) als Personen mit mittlerem Einkommen (21 Prozent) und mehr als doppelt so häufig wie Personen mit höherem Einkommen (12 Prozent). Auch der Anteil derjenigen, die angeben, nie zu rauchen, ist unter jenen mit hohem Haushaltseinkommen (81 Prozent) eindeutig größer als unter jenen mit niedrigem Haushaltseinkommen (68 Prozent).

Zugang zu medizinischer Versorgung auch mit geringem Einkommen?

Im Großen und Ganzen wird medizinische Versorgung, sofern sie benötigt wird, auch wahrgenommen. Insgesamt haben laut EU-SILC 2022 in den letzten zwölf Monaten 32 Prozent der Bevölkerung laut eigener Einschätzung eine zahnärztliche Untersuchung oder Behandlung und 44 Prozent eine sonstige medizinische Behandlung benötigt und in Anspruch genommen (siehe Abbildung 16: Inanspruchnahme zahnmedizinischer oder sonstiger medizinischer Leistungen nach Einkommensgruppen). Nur knapp 2 Prozent haben keine zahnärztliche bzw. 1 Prozent keine andere ärztliche Beratung trotz dringendem Bedarf aufgesucht. Für Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen war der Anteil hier etwas höher als in den anderen Einkommensgruppen (kein Zahnarztbesuch: 4 Prozent, keine sonstige medizinische Betreuung: 2 Prozent). Dafür kann es unterschiedliche Gründe geben, wie zum Beispiel finanzielle Gründe oder auch lange Wartezeiten, berufliche oder familiäre Verpflichtungen. Finanzielle Gründe kommen bei benötigten, aber nicht wahrgenommenen Zahnarztbesuchen mit 40 Prozent häufiger vor als bei sonstigen medizinischen Behandlungen (19 Prozent).

Abbildung 16: Inanspruchnahme zahnmedizinischer oder sonstiger medizinischer Leistungen nach Einkommensgruppen

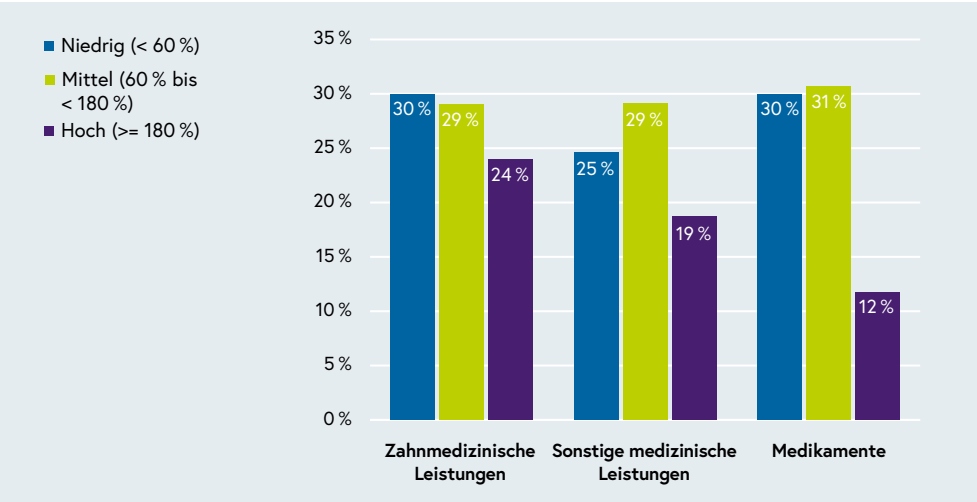


Quelle: EU-SILC 2022. Nur Personen ab 16 Jahren. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Laut EU-SILC 2022 hat auch die COVID-19-Pandemie bei Gesundheitsentscheidungen eine Rolle gespielt: Für etwa 26 Prozent der Personen, die in den letzten zwölf Monaten trotz notwendiger Behandlung oder Untersuchung nicht beim Zahnarzt waren, war die COVID-19-Pandemie zumindest einer der Gründe. Bei anderen medizinischen Behandlungen, die trotz Bedarf nicht in Anspruch genommen wurden, war die COVID-19-Pandemie für 60 Prozent zumindest teilweise verantwortlich.

Auch wenn ein Großteil der Bevölkerung grundsätzlich bei Bedarf medizinische Leistungen in Anspruch nimmt, können sie für Haushalte eine finanzielle Belastung bedeuten. Für gut 30 Prozent der Personen haben zahnmedizinische Leistungen für den Haushalt laut eigener Einschätzung eine schwere oder eine gewisse finanzielle Belastung dargestellt, sonstige medizinische Leistungen für 28 Prozent und Ausgaben für Medikamente für 29 Prozent. Bei hohem Haushaltseinkommen ist die wahrgenommene finanzielle Belastung geringer als bei mittlerem und niedrigem Haushaltseinkommen (siehe Abbildung 17: Starke oder gewisse finanzielle Belastung des Haushalts durch Ausgaben für medizinische Leistungen nach Einkommensgruppen). In Haushalten mit niedrigem Einkommen wird die Belastung häufiger als schwer empfunden (in der Grafik mit „gewisser Belastung“ zusammengefasst).

Abbildung 17: Starke oder gewisse finanzielle Belastung des Haushalts durch Ausgaben für medizinische Leistungen nach Einkommensgruppen



Quelle: EU-SILC 2022. „Starke" und „gewisse" Belastung zusammengefasst. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Sterben Arme früher?

Der Zusammenhang zwischen sozialer und ökonomischer Benachteiligung und schlechterem Gesundheitszustand zeigt sich auch durch eine geringere Lebenserwartung für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Menschen. Eine Auswertung von EU-SILC Daten verknüpft mit Sterbedaten von 2008 bis 2017 ergibt für armuts- oder ausgrenzungsgefährdete Frauen einen Nachteil von 1,5 und für Männer einen Nachteil von 4,2 Lebensjahren. Der Unterschied verstärkt sich für mehrfach ausgrenzungsgefährdete Menschen und beträgt bei Frauen 4,4 und bei Männern 11,2 Jahre.[59]

Obwohl die erwartete Lebensdauer in den letzten Jahrzehnten gestiegen ist, haben verschiedene Personengruppen ungleich davon profitiert. Der Effekt des Bildungsniveaus auf den Gesundheitszustand und die Lebenserwartung ist nachgewiesen und insbesondere für Männer mit höherem Bildungsabschluss stark sichtbar. Männer mit Hochschulabschluss leben 5,5 Jahre länger als Männer mit höchstens Pflichtschulabschluss, bei Frauen beträgt der Unterschied 3,7 Jahre.[60]

Nicht nur die allgemeine Lebenserwartung ist für Menschen mit höherer Bildung länger, sondern auch die Jahre mit (sehr) guter Gesundheit. Frauen mit höchstens Pflichtschulabschluss verbringen 56 Jahre in guter Gesundheit, mit Hochschulabschluss rund 71 Jahre, Männer hingegen respektive 54 und 72 Jahre. Die Zeit in sehr schlechter Gesundheit ist entsprechend verringert, wobei der Unterschied jedenfalls am stärksten zwischen Pflichtschulabschluss und den anderen Bildungsstufen ausfällt.[61]

[59] Till/Klotz/Siegert, 2018.
[60] Klimont/Psihoda, 2022.
[61] Klimont/Psihoda, 2022.

1.3.4 Wohnen

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis des Menschen und stellt daher einen wesentlichen Aspekt der Lebensbedingungen dar. Wie Personen wohnen, ist von vielen Faktoren abhängig, etwa von individuellen Präferenzen und der ökonomischen sowie familiären Situation der Haushalte. Auch wo man wohnt, spielt eine große Rolle – es gibt deutliche regionale Besonderheiten und Unterschiede in den Wohnformen. Gleichzeitig drückt sich im Bereich Wohnen wie in anderen Lebensbereichen auch gesellschaftliche Ungleichverteilung aus.

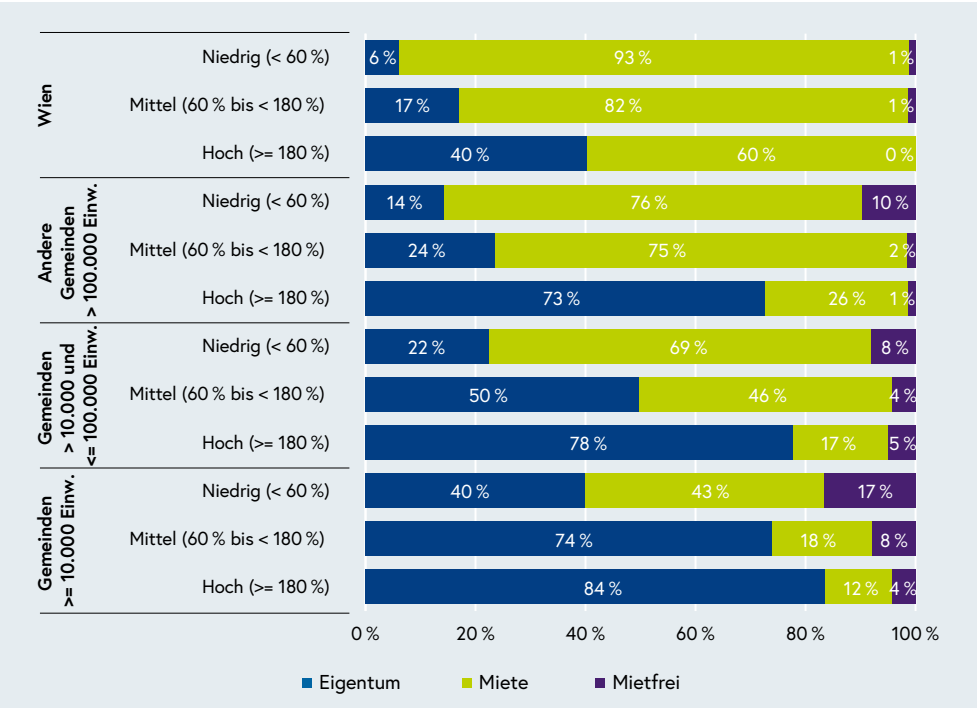
Wie wohnen die Menschen in Österreich?

51 Prozent aller Personen in österreichischen Privathaushalten leben im Wohneigentum, 43 Prozent wohnen in Mietwohnungen oder -häusern, und 6 Prozent aller Personen müssen nichts für ihre Wohnung bezahlen und leben somit mietfrei. Je nachdem, ob Haushalte am Land oder in der Stadt leben, unterscheidet sich die Verteilung der Rechtsverhältnisse oder der Bebauungsformen. Der Eigentumsanteil ist in Wien am geringsten, in kleinen Gemeinden am höchsten. 82 Prozent der Haushalte in Wien zahlen Miete, 17 Prozent leben im Eigentum und 2 Prozent mietfrei. Im Gegensatz dazu wohnen in Gemeinden unter 10.000 Einwohnenden 71 Prozent im Eigentum, ein Fünftel hat ein Mietverhältnis und knapp jede zehnte Person eine mietfreie Wohnung.

Mit dem Wohnort variiert auch der Anteil an Personen in den jeweiligen Einkommensgruppen: Der Anteil der Personen mit niedrigem Einkommen beträgt in der Gesamtbevölkerung rund 15 Prozent, in Wien ist er mit mit 21 Prozent bzw. in anderen Großstädten mit 23 Prozent deutlich höher. Gleichzeitig sind in Wien auch Personen mit hohem Haushaltseinkommen häufiger zu finden als in anderen Städten oder in ländlichen Gemeinden.[62] In kleinen Gemeinden ist der Anteil mit niedrigem Einkommen mit 10 Prozent am geringsten.

[62] Statistik Austria, 2023g: Tabellenband EU-SILC 2022, Tabelle 1.4a.

Abbildung 18: Miete, Eigentum und Mietfrei nach Einkommensgruppen und Wohnregion



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

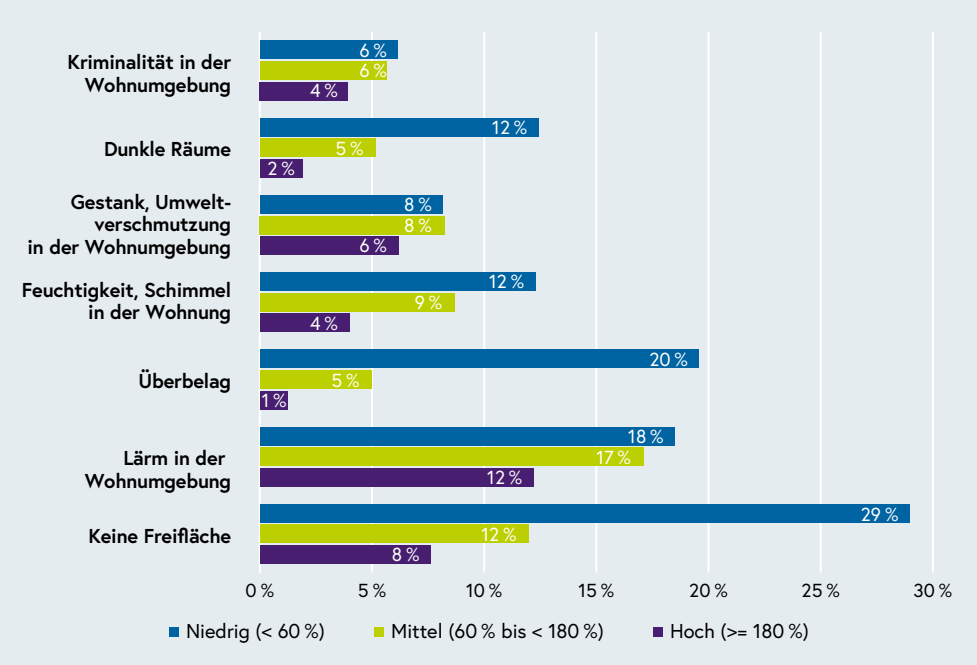
Abbildung 18: Miete, Eigentum und Mietfrei nach Einkommensgruppen und Wohnregion zeigt den Zusammenhang der Rechtsverhältnisse nach Einkommensgruppen und Region. Für alle Regionen gilt: Personen, die der hohen Einkommensgruppe angehören, leben häufiger in Eigentumshäusern und -wohnungen als jene mit geringem und mittlerem Einkommen – am deutlichsten sind diese Unterschiede in den Städten und in Gemeinden mittlerer Größe. Auf dem Land lebten mit 40 Prozent im Vergleich zur Stadt auch jene mit niedrigem Einkommen recht häufig in Eigentum. Höher ist auf dem Land auch der Anteil der Personen in Haushalten mit niedrigem Haushaltseinkommen in mietfreien Häusern bzw. Wohnungen. Dies sind häufig sogenannte Ausgedinge bzw. von der Elterngeneration an die Kinder übertragene Wohnungen bzw. Häuser, in denen sie aber weiter mietfrei wohnen.

Veränderungen dieser Rechtsverhältnisse vollziehen sich langsam; sie lassen sich nur über einen längeren Zeitraum beobachten. Verglichen mit dem Jahr 2008 zeigt sich eine Verschiebung der Relation zwischen Eigentum und Miete nach Einkommensgruppen: Lebten 2008 noch etwa 33 Prozent der Personen mit niedrigem Einkommen in Wohneigentum, waren es 2022 nur noch 23 Prozent. Eine – wenn auch kleinere – Verringerung des Eigentumsanteils lässt sich auch für die mittlere Einkommensgruppe feststellen, nämlich von 61 Prozent auf 55 Prozent. Für Personen mit hohem Einkommen hingegen blieb das Verhältnis von Eigentum und Miete ungefähr gleich. Insgesamt verringerte sich der Eigentumsanteil von 58 Prozent auf 51 Prozent.

Das verfügbare Einkommen ist auch bei Personen, die einen Kredit für den Erwerb von Wohneigentum oder den Finanzierungsbetrag einer Genossenschaftswohnung aufnehmen, essenziell. Insgesamt leben rund 2,1 Mio. Personen (24 Prozent) in Haushalten mit Wohnkrediten. Verfügen Personen über wenig Einkommen, ist die Kreditaufnahme für die Schaffung von Wohnraum seltener: 9 Prozent der Personen mit niedrigem Einkommen haben einen oder mehrere laufende Wohnkredite, bei jenen mit mittlerem Einkommen liegt dieser Anteil bei 27 Prozent, bei mit hohem Einkommen bei 26 Prozent.

Differenziert nach der Einkommensgruppe zeigen sich auch Unterschiede nach der Wohnqualität. Diese wird durch Merkmale der Wohnung bzw. des Hauses selbst sowie durch Merkmale der Wohnumgebung erfasst. Als überbelegt gilt eine Wohnung bzw. ein Haus, wenn nicht genügend Platz für die Bewohnenden zur Verfügung steht. Hiervon sind 20 Prozent aller Personen in armutsgefährdeten Haushalten betroffen, 5 Prozent in der mittleren Einkommensgruppe und nur 1 Prozent in der Personengruppe mit hohem Haushaltseinkommen (insgesamt 7 Prozent). Unterschiede zeigen sich auch bei der Wohnungsausstattung: So beträgt der Anteil derjenigen, die über keine Freifläche (Eigengarten, Terrasse, Balkon oder dergleichen) verfügen, in der Gesamtbevölkerung 14 Prozent; bei armutsgefährdeten Personen ist er mit 29 Prozent rund doppelt so hoch. Ein hoher Anteil der Personen mit geringem Haushaltseinkommen hat in der Wohnung mit Feuchtigkeit zu kämpfen oder verfügt in Wohnräumen über zu wenig Licht. Bei Haushalten mit mittlerem und höherem Einkommen sind diese Anteile deutlich geringer, die Wohnqualität also höher. Merkmale, die die Qualität der Wohnumgebung erfassen, zeigen weniger Unterschiede nach dem Einkommen (Abbildung 19: Wohnqualität nach Einkommensgruppen).

Abbildung 19: Wohnqualität nach Einkommensgruppen



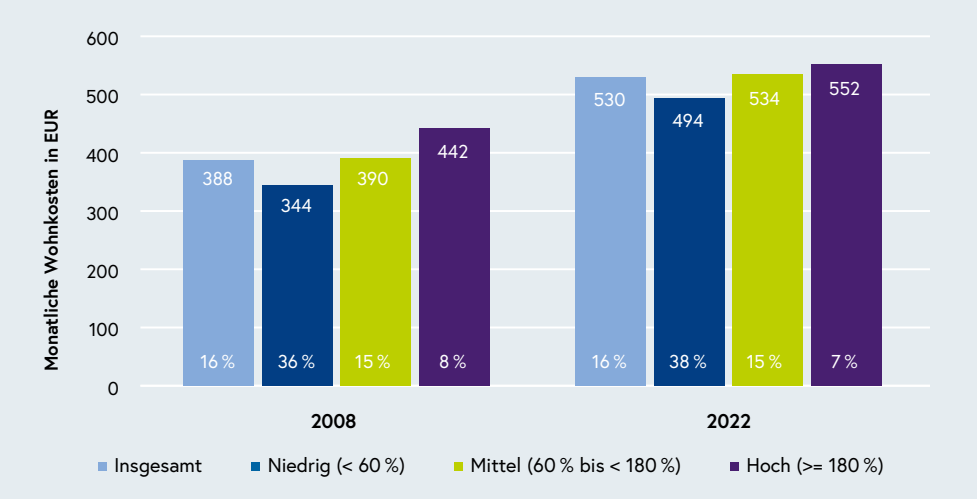
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Wie viel bezahlen Haushalte für das Wohnen?

Wohnkosten stellen einen wesentlichen Teil der Ausgaben für einen Haushalt dar, die regelmäßig aufgebracht werden müssen. Gemeint sind damit alle Kosten, die durch die Nutzung der Wohnung bzw. des Hauses, in der bzw. dem der Haushalt lebt, entstehen. Deren Höhe ist demnach für den Lebensstandard von zentraler Bedeutung.

Im Median betragen die Wohnkosten für alle Wohnformen und Rechtsverhältnisse zusammengenommen 530 EUR pro Haushalt (siehe Abbildung 20: Monatliche Wohnkosten (Median) und Wohnkostenanteile nach Einkommensgruppen 2008 und 2022), d. h. die Hälfte der Haushalte muss mehr, die andere Hälfte weniger im Monat bezahlen. Haushalte mit niedrigem Haushaltseinkommen zahlen monatlich im Mittel 494 EUR, und Haushalte mit hohem Einkommen 552 EUR für das Wohnen. Haushalte mit hohem Haushaltseinkommen weisen somit rund 12 Prozent höhere Wohnkosten auf als armutsgefährdete Haushalte. Ihre Haushaltseinkommen sind allerdings mindestens dreimal höher. Dies verweist auf die geringe Elastizität der Wohnkosten.

Abbildung 20: Monatliche Wohnkosten (Median) und Wohnkostenanteile nach Einkommensgruppen 2008 und 2022



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar. Am Fuß der Säulen jeweils der Wohnkostenanteil (Wohnkosten am Haushaltseinkommen) nach Einkommensgruppen.

Wie Abbildung 20: Monatliche Wohnkosten (Median) und Wohnkostenanteile nach Einkommensgruppen 2008 und 2022 auch zeigt, sind seit dem Jahr 2008 bis 2022 die mittleren Wohnkosten um rund 37 Prozent gestiegen. Unterschieden nach Einkommensgruppen zeigt sich, dass die Wohnkosten für Haushalte mit niedrigem Einkommen sogar um 44 Prozent zugelegt haben. Die Wohnkosten für Haushalte mit hohem Einkommen sind hingegen um 24 Prozent gestiegen. Der Unterschied der Wohnkosten zwischen Haushalten mit hohem und niedrigem Einkommen ist damit – bedingt durch die höhere Steigerung bei niedrigem Einkommen – seit 2008 von 29 Prozent auf 12 Prozent gesunken.

Wichtige Faktoren für die Höhe der Wohnkosten sind die Größe des Wohnraums sowie der Quadratmeterpreis. Im Median betragen die Wohnkosten pro Quadratmeter 6,20 EUR, 10 Prozent der Haushalte müssen sogar 13,30 EUR oder mehr pro Quadratmeter bezahlen. Die Wohnkosten pro Quadratmeter betragen für Eigentumshäuser bzw. -wohnungen 3,50 EUR, für Mietwohnungen rund 10,50 EUR.

Da, wie zuvor gezeigt, Menschen mit niedrigem Einkommen verglichen mit höheren Einkommensgruppen häufiger in Mietwohnungen leben als in Eigentum, schlägt diese deutliche Differenz zu Ungunsten von Mieter:innen auch im Quadratmeterpreis durch: Armutsgefährdete Haushalte bezahlen pro Quadratmeter 8,70 EUR, Haushalte mit mittlerem Einkommen 6,10 EUR und Haushalte mit hohem Einkommen 4,70 EUR.

Wer hat (zu) hohe Wohnkosten?

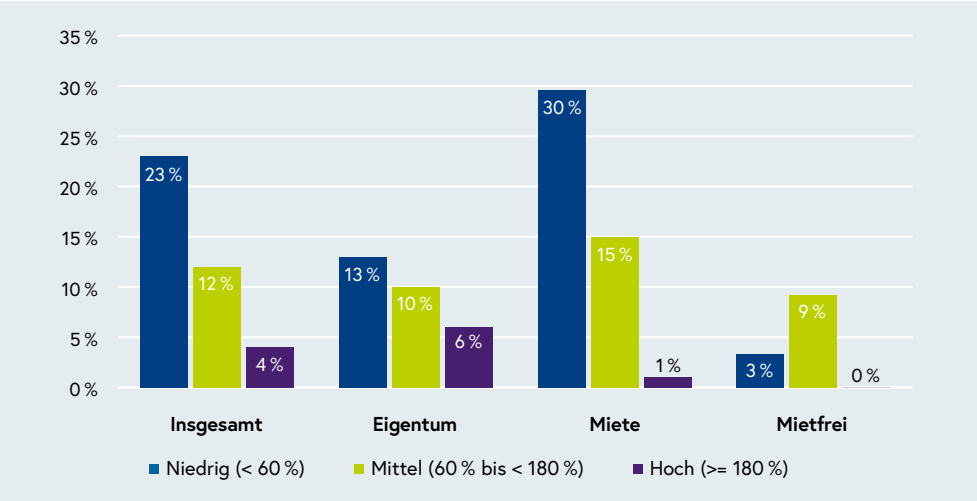
Wie viel für das Wohnen aufgewendet werden muss, drückt sich auch am Anteil der Wohnkosten am Haushaltseinkommen aus. Dieser beträgt im Median für alle österreichischen Privathaushalte 16 Prozent (siehe auch bereits Abbildung 20: Monatliche Wohnkosten (Median) und Wohnkostenanteile nach Einkommensgruppen 2008 und 2022). Der Wohnkostenanteil ist mit 25 Prozent in Mietwohnungen deutlich höher als im Eigentum (10 Prozent). Zwischen den unterschiedlichen Mietkategorien zeigen sich keine wesentlichen Unterschiede (Gemeinde- und Genossenschaftswohnung 24 Prozent, sonstige Hauptmiete / Untermiete 26 Prozent). Im zeitlichen Vergleich zeigt sich keine Veränderung des Wohnkostenanteils. In der Unterscheidung nach Miete oder Eigentum gibt es allerdings eine leichte Abnahme des Wohnkostenanteils bei Wohneigentum (von 12 Prozent auf 10 Prozent) und eine leichte Zunahme bei Mietwohnungen (von 23 Prozent auf 25 Prozent).

Nach Einkommensgruppe sind die Wohnkostenanteile deutlich unterschiedlich: Haushalte mit niedrigem Haushaltseinkommen wenden im Mittel 38 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Wohnen auf, Haushalte mit hohem Haushaltseinkommen hingegen 7 Prozent. Hier zeigt der zeitliche Vergleich, dass der Wohnkostenanteil für Haushalte mit niedrigem Einkommen seit 2008 leicht von 36 Prozent auf 38 Prozent angestiegen, bei den mittleren Einkommen hingegen gleich geblieben bzw. bei den hohen etwas gesunken ist (siehe Abbildung 20: Monatliche Wohnkosten (Median) und Wohnkostenanteile nach Einkommensgruppen 2008 und 2022).

Übersteigt der Wohnkostenanteil einen bestimmten Schwellwert, dann wird von einer hohen Wohnkostenbelastung ausgegangen. Auf europäischer Ebene spricht man ab einem Anteil von 40 Prozent der Wohnkosten am Haushaltseinkommen von einer hohen Wohnkostenbelastung (Housing Cost Overburden). In Österreich haben 7 Prozent aller Personen in Privathaushalten eine hohe Wohnkostenbelastung (661.000 Personen). Mieter:innen sind wesentlich häufiger betroffen – hier beträgt der Anteil 15 Prozent – und davon insbesondere Personen, die in sonstigen (nicht geförderten) Mietverhältnissen wohnen (18 Prozent). Im Wohneigentum tragen nur 2 Prozent eine hohe Wohnkostenbelastung.

Der Unterschied der Wohnform nach dem Einkommen zeigt sich in Folge auch an der Wohnkostenüberbelastung (siehe Abbildung 21: Subjektiv starke Wohnkostenbelastung nach Einkommensgruppen): In armutsgefährdeten Haushalten sind 39 Prozent aller Personen von einer hohen Wohnkostenbelastung betroffen, bei Haushalten mit mittlerem Einkommen sind es hingegen nur 2 Prozent, und beinahe niemand ist in Haushalten mit hohem Einkommen davon betroffen.

Abbildung 21: Subjektiv starke Wohnkostenbelastung nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

1.3.5 Verschuldung und Zahlungsschwierigkeiten

Schulden schränken die finanziellen Möglichkeiten ein, da Rückzahlungsverpflichtungen das frei verfügbare Einkommen des Haushalts einschränken. Zwar werden Schulden bzw. Rückzahlungsverpflichtungen nicht für die Berechnung des verfügbaren Haushaltseinkommens mitberücksichtigt,[63] dennoch ist eine Kenntnis darüber, welche Haushalte Verschuldung betrifft, wesentlich.

Verschuldung ermöglicht es, einen erwünschten Lebensstandard zu finanzieren – etwa durch Wohnkredite, aber auch Kredite für Wohnungsausstattung, andere Konsumgüter oder PKW –, der sonst oftmals zum gegebenen Zeitpunkt nicht erreichbar wäre. Schulden stellen nicht per se ein finanzielles, gesellschaftliches oder sozialpolitisches Problem dar, sondern können auch als Ergebnis einer geplanten, rationalen Entscheidung der Haushalte verstanden werden. Zum Problem werden Schulden vor allem dann, wenn der Haushalt seinen Rückzahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Wesentlich für die Entscheidung des Haushalts für einen Kredit oder auch für die Chance,

[63] Sprich: Sie werden nicht abgezogen, anders etwa als im Household Finance and Consumption Survey (HFCS), wo Schulden den Vermögen gegenübergestellt werden, um das Nettovermögen zu ermitteln.

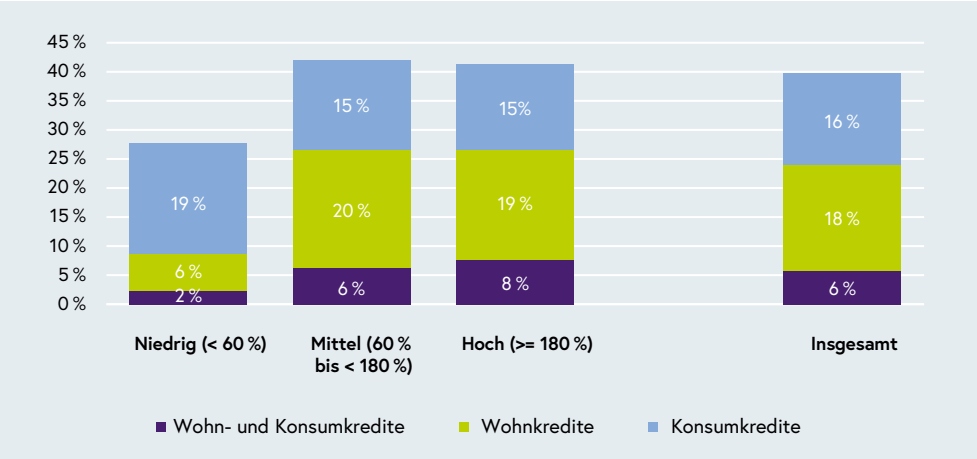
einen Kredit zu bekommen, ist, wie gut die Chancen eingeschätzt werden, unter den gegebenen und den erwarteten Bedingungen (etwa Einkommens- und Zinsentwicklung) den Kredit zurückzahlen zu können.

Wer kann sich einen Kredit leisten und wofür?

40 Prozent aller Personen leben 2022 in Haushalten, die einen Konsum- oder Wohnkredit haben. Welche Haushalte Kredite aufnehmen (können), unterscheidet sich nach dem Einkommen. So ist bei niedrigem Haushaltseinkommen der Anteil der Personen in Haushalten mit Kredit mit 28 Prozent deutlich geringer als bei der Bevölkerung im Durchschnitt. Der Grund für diese Ungleichheit liegt darin, dass genügend Geldmittel verfügbar sein müssen, um überhaupt einen Kredit zu erhalten bzw. zurückzahlen zu können: Einen Kredit muss man sich leisten können.

Nach Einkommensgruppen unterschiedlich sind aber auch die Kreditzwecke (siehe Abbildung 22: Kreditstruktur nach Einkommensgruppen): Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen weisen den höchsten Anteil an Konsumkrediten auf (19 Prozent), aber den niedrigsten Anteil an Wohnkrediten (nur Wohnkredite: 6 Prozent, gleichzeitig Wohn- und Konsumkredite: 2 Prozent). In Haushalten mit mittlerem bzw. hohem Einkommen haben mit je rund einem Fünftel deutlich mehr Personen einen Wohnkredit. Auch der Anteil der Personen in Haushalten, die beides – Wohn- und Konsumkredit – haben, ist in diesen Einkommensgruppen mit 6 Prozent bzw. 8 Prozent deutlich höher als bei niedrigem Einkommen. Im Zeitvergleich zeigt sich bei der Kreditstruktur wenig Veränderung.

Abbildung 22: Kreditstruktur nach Einkommensgruppen

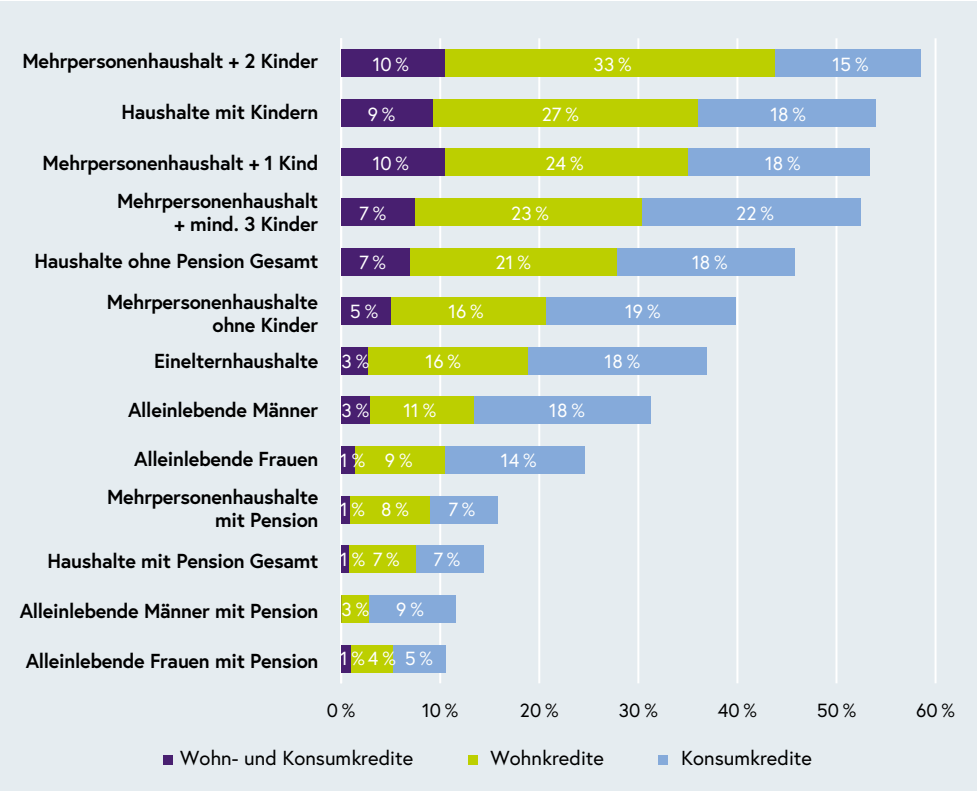


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Die Entscheidung, einen Kredit aufzunehmen bzw. sich zu verschulden, hängt auch mit der Lebenssituation und der Lebensphase zusammen (siehe Abbildung 23: Kreditstruktur nach Haushaltstyp). Personen mit Pension als Haupteinkommensquelle im Haushalt haben am seltensten einen Kredit (15 Prozent), wobei die niedrigsten Anteile bei alleinlebenden Pensionistinnen zu finden sind. Am höchsten ist der Anteil mit Krediten

in Haushalten mit Kindern: 50 Prozent dieser Haushalte haben einen laufenden Kredit. Sowohl Wohnkredite als auch Konsumkredite sind in Haushalten mit Kindern deutlich häufiger als im Bevölkerungsdurchschnitt – dies hängt mit der Altersstruktur und den damit einhergehend nötigen Anschaffungen von Familien zusammen. Eine Ausnahme hiervon sind Ein-Eltern-Haushalte, die seltener Kredite beziehen.

Abbildung 23: Kreditstruktur nach Haushaltstyp



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Wen treffen (Rück-)Zahlungsschwierigkeiten?

Zahlungsrückstände treten meist dann auf, wenn sich die Einkommens- oder Ausgabensituation nachteilig verändert. Liegen dann keine finanziellen Reserven vor, geraten Haushalte in Rückstand mit Zahlungen. Dies hat zumeist unmittelbare negative Konsequenzen wie Mahnungen, Einforderung von Verzugszinsen oder Verschlechterung der Bonität. Zahlungsrückstände werden als eines der Merkmale für die EU-Definition (erheblicher) materieller Deprivation herangezogen.

5 Prozent der Bevölkerung in Österreich leben 2022 in Privathaushalten mit Zahlungsrückständen, wobei 3 Prozent Zahlungsrückstände bei Wohnkrediten oder Miete, 3 Prozent bei Betriebskosten und 1 Prozent bei sonstigen Zahlungen, etwa Konsumkrediten, haben – diese Rückstände können auch gleichzeitig auftreten, daher ist die Summe größer als die oben genannten 5 Prozent. Personen in Haushalten mit niedrigem

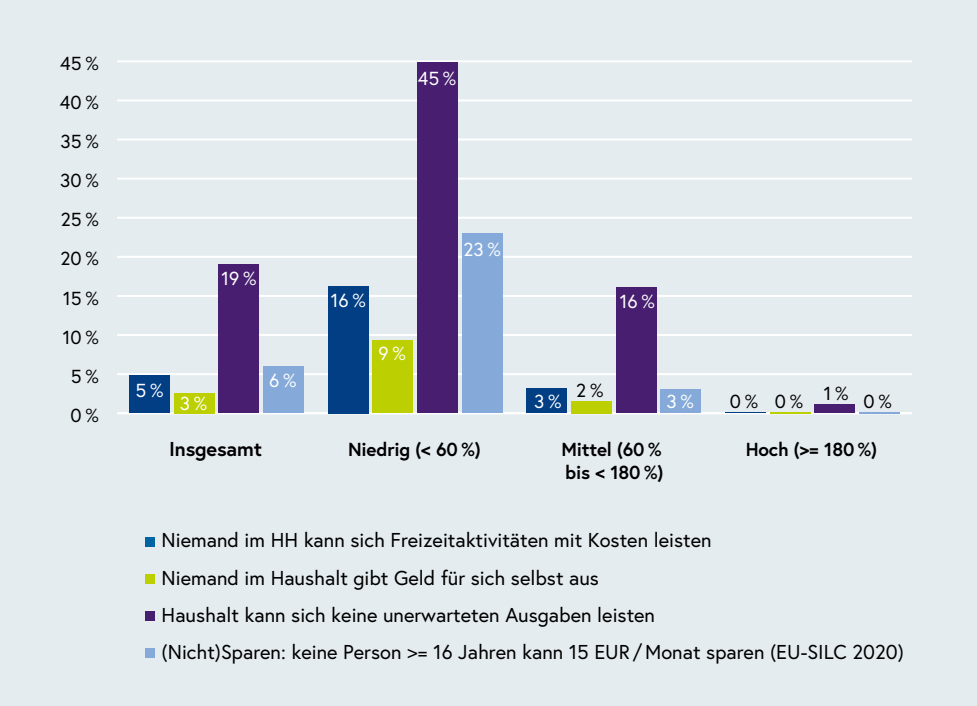
Einkommen sind mit 10 Prozent etwa doppelt so häufig von Zahlungsrückständen betroffen wie der Bevölkerungsdurchschnitt, Personen in Haushalten mit hohem Einkommen mit 1 Prozent deutlich seltener. Zahlungsrückstände in mehr als einem Bereich haben 1 Prozent der Bevölkerung, bei Personen in Niedrigeinkommenshaushalten sind es 3 Prozent. Im Vergleich zu 2010 ist ein leichter Rückgang beim Anteil der von Zahlungsrückständen Betroffenen festzustellen.

Wer hat die Möglichkeit, unerwartete Ausgaben zu leisten oder zu sparen?

Fragen nach der Möglichkeit, mit Kosten verbundene Freizeitaktivitäten auszuüben, etwas Geld für sich selbst auszugeben oder unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.300 EUR zu leisten, lassen auf finanzielle Spielräume in den Haushalten schließen. Auch die Möglichkeit, mindestens 15 EUR im Monat zu sparen, gibt Aufschluss über die finanzielle Lage der Haushalte abseits des laufenden Einkommens.

Etwas weniger als ein Fünftel der Bevölkerung (19 Prozent) lebt in Haushalten, die sich keine unerwarteten Ausgaben leisten können (siehe Abbildung 24: Finanzieller Spielraum nach Einkommensgruppen). Der Anteil ist bei Personen in Haushalten mit niedrigem Einkommen mit 45 Prozent mehr als doppelt so hoch. Bei 5 Prozent kann sich niemand im Haushalt regelmäßig mit Kosten verbundene Freizeitaktivitäten leisten. Auch hier ist der Anteil für Personen in Niedrigeinkommenshaushalten mit 16 Prozent wesentlich höher. Geld für sich selbst auszugeben ist insgesamt für 3 Prozent nicht leistbar. Der Anteil ist bei Armutsgefährdeten mit 9 Prozent wiederum rund dreimal so hoch. Das Unvermögen, zumindest 15 EUR pro Monat anzusparen, betrifft insgesamt 6 Prozent der Bevölkerung, aber 23 Prozent der armutsgefährdeten Personen. Wie die Abbildung 24: Finanzieller Spielraum nach Einkommensgruppen zeigt, ist der finanzielle Spielraum in Haushalten mit niedrigem Einkommen am geringsten. Manche Probleme, wie größere unerwartete Ausgaben nicht bestreiten zu können, betreffen auch mittlere Einkommen. Nicht relevant sind diese finanziellen Problemlagen allesamt für Menschen, deren Haushalte der hohen Einkommensgruppe angehören.

Abbildung 24: Finanzieller Spielraum nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2020, 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

1.3.6 Materielle Lebensbedingungen und finanzielle Einschränkungen

Der Indikator „Armutsgefährdung" stellt anhand des Haushaltseinkommens die finanziellen Möglichkeiten eines Haushalts im Vergleich zur Mitte der Bevölkerung dar. Aber erst, wenn ergänzend die Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Versorgungsleistungen in den Blick genommen werden, ergibt sich ein vollständiges Bild der Lebensbedingungen. So zeigt ein Vergleich der Konsumstrukturen einen deutlich prekäreren Lebensstandard für einkommensschwache Haushalte (siehe auch zuvor Abschnitt 1.3.5 sowie Sonderauswertungen aus EU-SILC 2020[64]).

Wie wird erhebliche materielle oder soziale Benachteiligung ermittelt?

Im Gegensatz zur „Armutsgefährdung" als relatives Maß handelt es sich beim EU-Indikator „erhebliche materielle oder soziale Benachteiligung" um ein absolutes Armutsmaß: Im Rahmen der Europa-2030-Strategie wurde durch 13 Merkmale auf Haushalts- und

[64] EU-SILC Modul 2020 zu Konsum, Überschuldung und Vermögen, Hammer/Skina-Tabue, 2022.

Personenebene ein europäischer Mindestlebensstandard definiert.[65] Diese Merkmale reichen von unerwarteten Ausgaben bis zu 1.300 EUR über Freizeitaktivitäten bis hin zu einer angemessen warmen Wohnung – umfassen also grundlegende Bedürfnisse ebenso wie finanzielle Absicherung und soziale Teilhabe. Wenn insgesamt zumindest sieben der 13 Merkmale finanziell nicht leistbar sind, gelten Personen ab 16 Jahren als erheblich materiell und sozial depriviert.[66] Wenn davon drei der fehlenden Merkmale für den gesamten Haushalt nicht leistbar sind und die Merkmale auf Personenebene für zumindest die Hälfte der erwachsenen Haushaltsmitglieder zutreffen, wird angenommen, dass auch im Haushalt lebende Kinder unter 16 Jahren materiell und sozial benachteiligt sind.

Wer ist erheblich materiell oder sozial benachteiligt?

Die in Abbildung 2: Europa-2030-Zielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich (Kapitel 1.2) illustrierte Zusammensetzung der Europa-2030-Zielgruppe zeigt, dass im Jahr 2022 201.000 Personen – 2,3 Prozent der Bevölkerung in Österreich – als erheblich materiell und sozial benachteiligt gelten, da sie sich einen europäischen Mindestlebensstandard nicht leisten können. Davon werden 118.000 Personen (59 Prozent) aufgrund ihres niedrigen Haushaltseinkommens zusätzlich auch als armutsgefährdet ausgewiesen. Das Zusammenspiel von finanziellen und materiellen Einschränkungen wirkt sich auf Lebensstandard und Teilhabemöglichkeiten aus und kann für die Betroffenen den Ausschluss aus zentralen Lebensbereichen bedeuten.

Die Entwicklung der Betroffenheit von erheblicher sozialer und materieller Deprivation von 2018 bis 2022 ist, wie in Abbildung 3: Entwicklung Europa 2030-Zielgruppe Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in Österreich 2018–2022 (Kapitel 1.2) dargestellt, stabil: Nach einem vergleichsweise niedrigen Wert im Jahr 2021 (1,8 Prozent) ist die erhebliche materielle und soziale Deprivation leicht, jedoch nicht signifikant, gestiegen und liegt 2022 mit 2,3 Prozent auf ähnlichem Niveau wie 2018 (2,8 Prozent).

In bestimmten Haushaltskonstellationen zeigen sich absolute Mangelsituationen deutlicher: Ein-Eltern-Haushalte sind mit einer Quote von 13 Prozent am stärksten von materieller und sozialer Benachteiligung betroffen, während Haushalte mit mehreren Erwachsenen und Kindern deutlich besser abgesichert sind (2 Prozent erheblich materiell und sozial depriviert). Höhere Bildung (Pflichtschule 6 Prozent vs. Lehre / mittlere Schule

---

[65] Eurostat, Statistics Explained: Material deprivation and economic strain (30.10.2023). Bis zum Jahr 2020 wurde der bis dahin verbindliche und für die Europa-2020-Strategie verwendete Indikator „erhebliche materielle Deprivation" (bei mind. vier aus neun Merkmalen) verwendet. Dieser unterschied sich sowohl in der Auswahl und Anzahl der *Items als auch in der Bezugsebene (Haushalt vs. Person). Für eine detaillierte Definition und Gegenüberstellung der alten und neuen Definition s. Statistik Austria, 2023a:* Armut und soziale Eingliederung – FAQs, S. 4.

[66] Alle 13 Merkmale sind im Glossar aufgelistet. Über Merkmale auf Haushaltsebene wird im Rahmen der jährlichen Erhebung EU-SILC von einer erwachsenen Person stellvertretend für den gesamten Haushalt Auskunft gegeben: *„Kann es sich Ihr Haushalt (für alle Haushaltsmitglieder) leisten …"*. Über Merkmale auf Personenebene gibt jede erwachsene Person selbst Auskunft. Der genaue Fragewortlaut findet sich im Fragebogen zu EU-SILC (28.10.2023).

2 Prozent), eine ganzjährige Erwerbstätigkeit (1 Prozent vs. arbeitslos 12 Prozent) sowie eine österreichische Staatsbürgerschaft (2 Prozent vs. Nicht-Österreich 5 Prozent) bieten Schutz vor materiellen und sozialen Benachteiligungen. Personen mit gut abgesichertem Lebensstandard leben häufig in kleinen Gemeinden mit unter 10.000 Einwohnenden (1 Prozent erheblich materiell und sozial benachteiligt) als in Wien (4 Prozent).[67] Für 45 Prozent der materiell und sozial Benachteiligten stellen Sozialleistungen die Haupteinkommensquelle dar, ein deutlich höherer Anteil als in der Gesamtbevölkerung (12 Prozent).

Einkommen und materielle Lage zeigen ein gegensätzliches Bild: Gibt es das?

1.197.000 Personen sind im Jahr 2022 armutsgefährdet, aber nicht erheblich materiell oder sozial benachteiligt (das sind 91 Prozent aller Armutsgefährdeter). Dass sie trotz relativ gesehen niedrigem Einkommen den festgelegten Mindestlebensstandard erreichen, kann am Konsumverhalten, an finanziellen Rücklagen und Krediten sowie am Faktor Zeit liegen, wenn sich niedrige Einkommen erst mit Verzögerung auf die Ausstattung und die finanziellen Möglichkeiten auswirken. Auch in welchem Ausmaß bestimmte Ausgaben (z. B. für Kinderbetreuung) selbst finanziert werden müssen oder ob es öffentliche Leistungen gibt, die in Anspruch genommen werden können (z. B. gratis oder vergünstigte Kinderbetreuungsangebote), beeinflusst, was man sich von seinem (verbleibenden) Einkommen leisten kann.

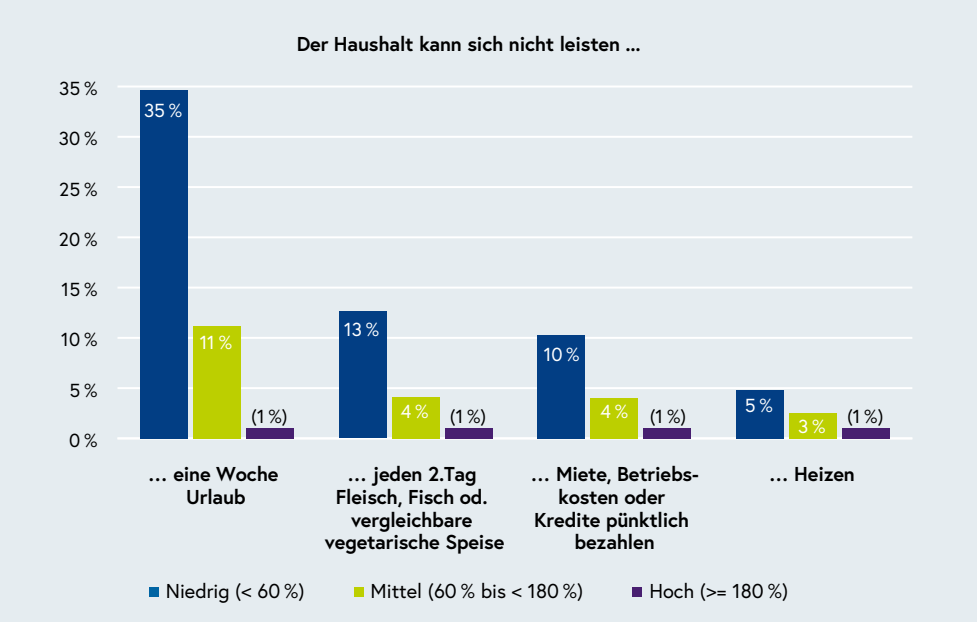
83.000 Personen gehören der mittleren Einkommensgruppe an, sind also nicht armutsgefährdet und dennoch in zentralen Lebensbereichen eingeschränkt. Hier können hohe Ausgaben oder Rückzahlungsverpflichtungen sowie spezifische Lebensumstände wie gesundheitliche Probleme Grund dafür sein, den Mindestlebensstandard nicht (mehr) finanzieren zu können. In der hohen Einkommensgruppe tritt erhebliche materielle und soziale Benachteiligung hingegen nicht auf. Die Tatsache, dass materielle und soziale Benachteiligung vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen betrifft, verweist grundsätzlich auf eine enge Koppelung von Einkommen und Lebensstandard.

Wie sind Niedrigeinkommenshaushalte von Einschränkungen betroffen?

Wie sich Einkommensunterschiede auf den Lebensstandard auswirken, zeigt der Vergleich der für den Europäischen Mindestlebensstandard definierten Deprivationsmerkmale nach Einkommensgruppen. Vor allem in Bezug auf Erholungsmöglichkeiten und Ernährung wird die benachteiligte Lage in armutsgefährdeten Haushalten deutlich (siehe Abbildung 25: Finanzielle und materielle Einschränkungen im Haushalt nach Einkommensgruppen).

[67] Statistik Austria, 2023g: Tabellenband EU-SILC 2022, Tabellen 5.2a und 5.2b.

Abbildung 25: Finanzielle und materielle Einschränkungen im Haushalt nach Einkommensgruppen

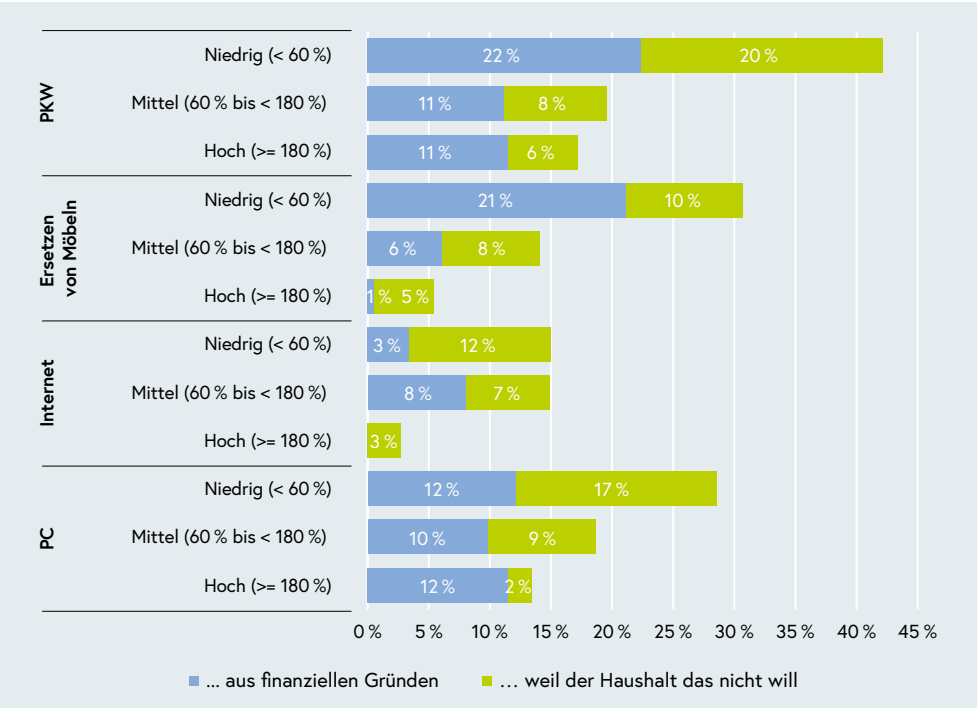


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Mehr als jede dritte Person (35 Prozent) in der niedrigen Einkommensgruppe kann sich keinen einwöchigen Urlaub leisten – in der mittleren Einkommensgruppe ist es rund jede zehnte (11 Prozent). Jeden zweiten Tag eine Hauptspeise mit Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Alternative zu konsumieren ist für 13 Prozent der Personen mit niedrigem Einkommen nicht möglich – in der mittleren Einkommensgruppe müssen 4 Prozent darauf verzichten. Auch Zahlungsschwierigkeiten bei Wohnkosten und Kreditraten betreffen Personen in armutsgefährdeten Haushalten mit 10 Prozent mehr als doppelt so häufig wie jene mit mittlerem Einkommen (4 Prozent).

Armutsgefährdete können sich vieles nicht leisten. Sie geben aber auch häufiger an, Konsumgüter aus „anderen Gründen“ nicht zu besitzen bzw. dass sie diesen Besitz gar nicht wollen, wie Abbildung 26: Finanzielle und materielle Einschränkungen im Haushalt nach Einkommensgruppen II zeigt.

Abbildung 26: Finanzielle und materielle Einschränkungen im Haushalt nach Einkommensgruppen II



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

In Haushalten mit sehr niedrigem Einkommen (hier: erstes Dezil der Einkommensverteilung, Äquivalenzeinkommen bis 1.190 EUR monatlich) sind die Konsumausgaben im Durchschnitt um 46 Prozent höher als die verfügbaren Einkommen.[68] Für größere Ausgaben müssen Haushalte mit niedrigem Einkommen also Ersparnisse aufbrauchen oder sich verschulden. Haushalte im ersten Einkommensdezil müssen knapp die Hälfte ihrer Ausgaben für Wohnen und Ernährung aufwenden, während es im obersten Einkommenszehntel 30 Prozent sind. Ist weniger Einkommen frei verfügbar, wirkt sich das auch auf Konsumentscheidungen aus.

Materielle und soziale Benachteiligungen für Erwachsene

Am häufigsten ist für Personen ab 16 Jahren das Ausüben von mit Kosten verbundenen Freizeitaktivitäten nicht leistbar: 23 Prozent der Erwachsenen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen geben an, Freizeitaktivitäten seien finanziell nicht möglich, wenn sie Ausgaben erfordern (etwa für Anfahrtswege, Eintritte, Mitgliedschaften, Ausrüstung oder Material). 10 Prozent können sich Treffen mit Freund:innen und Verwandten nicht leisten. Auch solche sozialen Kontakte sind häufig mit finanziellem Aufwand verbunden, wenn es etwa darum geht, bei Treffen Speisen oder Getränke zu konsumieren oder Geschenke zu Anlässen zu machen. Selbst wenn es sich dabei nur um kleinere Beträge

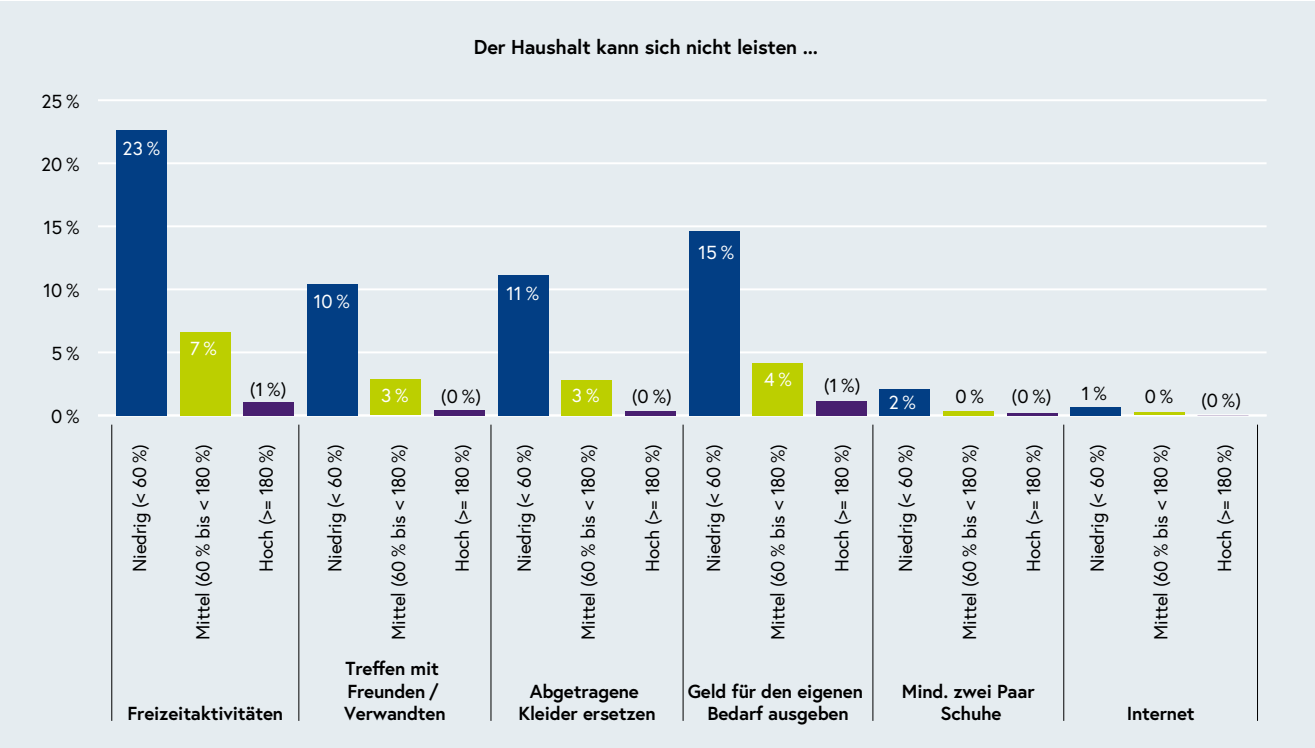
[68] Statistik Austria, 2022a: Konsumerhebung 2019/20, S. 23.

handelt, können solche Ausgaben für Menschen mit niedrigem Einkommen ein Hindernis darstellen, soziale Beziehungen einzugehen und aufrechtzuerhalten.

4 Prozent der Menschen ab 16 Jahren mit niedrigem Einkommen haben aus finanziellen Gründen keine Internetverbindung in ihrem Haushalt. Menschen ohne Internetzugang sind oft weniger informiert, was Nachteile für die Organisation des Alltags und die Pflege sozialer Kontakte bedeutet. Digitale Ausgrenzung bedeutet auch Beschränkungen in sozialer, kultureller und politischer Teilhabe. Mangelnde digitale Kompetenzen und Verfügbarkeit können unter anderem auch zu Nachteilen am Arbeitsmarkt und damit auch zu einer Verfestigung schlechter Einkommenschancen führen.

Die Möglichkeit, individuell über einen Teil des Haushaltseinkommens zu verfügen und persönliche Konsumbedürfnisse zu befriedigen, steht im Zusammenhang mit der Höhe des Haushaltseinkommens: Geld für den eigenen Bedarf auszugeben ist für Personen ab 16 Jahren mit Armutsrisiko mit 15 Prozent mehr als dreimal so häufig nicht möglich wie in Haushalten mit mittlerem Einkommen (4 Prozent) (siehe Abbildung 27: Merkmale erheblicher materieller und sozialer Benachteiligungen für Erwachsene nach Einkommensgruppen).

Abbildung 27: Merkmale erheblicher materieller und sozialer Benachteiligungen für Erwachsene nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen ab 16 Jahren. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

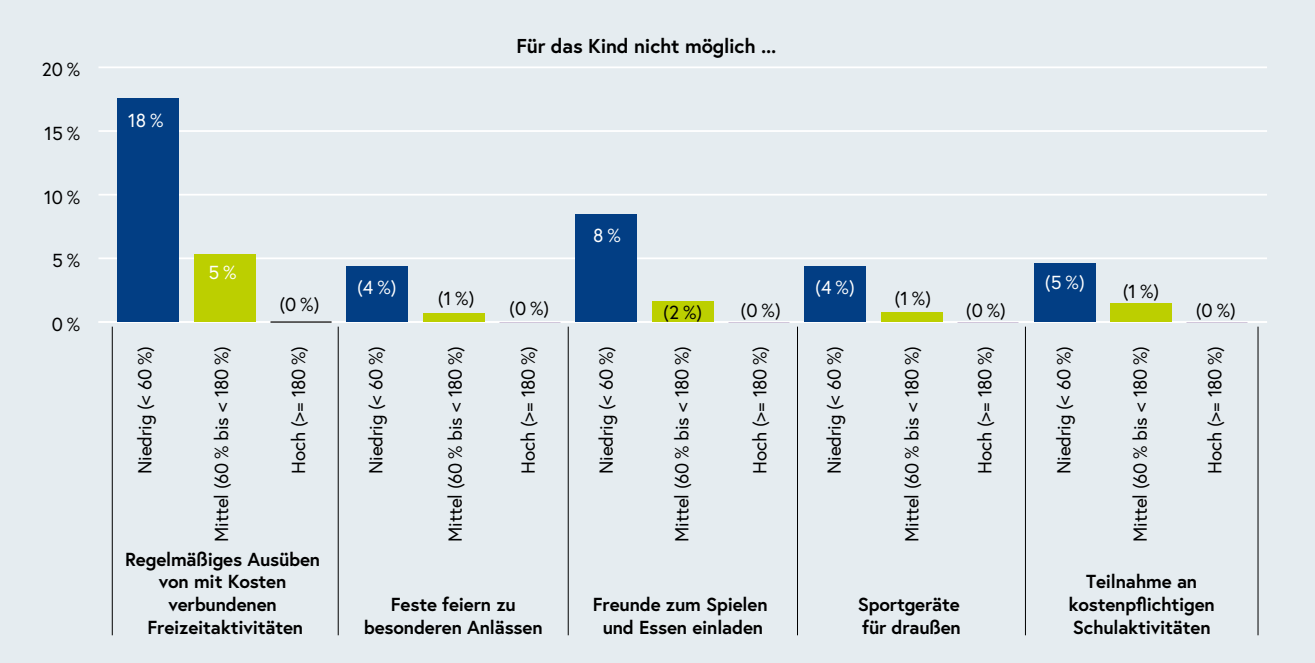
Individuelle Teilhabemöglichkeiten unterscheiden sich auch nach dem Geschlecht, wobei das Erreichen des definierten Mindestlebensstandard für Männer eher möglich ist – unabhängig davon, ob sie alleine leben oder im gleichen Haushalt wie eine Frau. Neben individuellen Konsumentscheidungen könnte das daran liegen, dass Männern aufgrund höherer Verdienste mehr persönliches Einkommen zur Verfügung steht. Die Annahme, dass Personen innerhalb eines Haushalts über die vorhandenen finanziellen Ressourcen gleichermaßen verfügen, wurde widerlegt (vgl. Mader et al., 2012).

Materielle und soziale Benachteiligungen für Kinder

36.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren gelten in Österreich als erheblich materiell und sozial benachteiligt. Sie leben in Haushalten, die nicht an einem europäischen Mindeststandard teilhaben können. Insgesamt sind Kinder mit einer Quote von 2 Prozent im selben Maß betroffen wie die Gesamtbevölkerung. In speziellen Lebenssituationen zeigen sich jedoch stärkere Benachteiligungen: Besonders in Ein-Eltern-Haushalten (11 Prozent), wenn Sozialtransfers den größten Beitrag zum Haushaltseinkommen leisten (8 Prozent) oder wenn sie mit einer erwachsenen Person mit Behinderung[69] zusammenleben (16 Prozent), sind Kinder in ihren Teilhabechancen besonders eingeschränkt.

[69] Als Risikogruppe „Haushalt mit Behinderung“ sind in EU-SILC jene Haushalte definiert, in denen mindestens eine Person eine subjektiv wahrgenommene starke Einschränkung bei Tätigkeiten des normalen Alltagslebens seit mindestens einem halben Jahr hat.

Abbildung 28: Nicht-Leistbarkeit von Teilhabemöglichkeiten für Kinder nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Diese Merkmale werden für Kinder bis 15 Jahre dargestellt, da sie nur für diese erfragt werden. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert.

Für Kinder können Freizeitaktivitäten neben dem Erholungseffekt auch eine wichtige Funktion für die Entfaltung von Begabungen und die Aneignung sozialer Kompetenzen erfüllen. Ihre Freizeitgestaltung ist dabei, wie Abbildung 28: Nicht-Leistbarkeit von Teilhabemöglichkeiten für Kinder nach Einkommensgruppen zeigt, oft abhängig von der finanziellen Situation des Elternhaushalts. Für Kinder in Niedrigeinkommenshaushalten sind soziale Aktivitäten wie regelmäßige Freizeitaktivitäten (18 Prozent) nicht möglich. Die Ausstattung mit Sportgeräten für draußen ist für 4 Prozent der Kinder in armutsgefährdeten Haushalten nicht leistbar. Hürden in der sozialen Teilhabe zeigen sich bereits in jungen Jahren, wenn die Möglichkeiten, soziale Kontakte zu knüpfen und aufrechtzuerhalten, mangels Ressourcen beschränkt sind: Freund:innen zum Spielen und Essen einzuladen (8 Prozent) oder Geburtstagsfeste zu feiern (4 Prozent) kommt in armutsgefährdeten Haushalten seltener vor.

Was Beschäftigungsangebote (Spielsachen, Bücher) und die Möglichkeit zur Erholung betrifft, sind Kinder in armutsgefährdeten Haushalten in ihren Lebensbedingungen gegenüber jenen mit höheren Einkommen benachteiligt. Auch ein geeigneter Platz

zum Lernen oder eine ausgewogene Mahlzeit pro Tag stehen diesen Kindern seltener zur Verfügung.[70]

Auswirkungen aktueller Krisen auf die materiellen Lebensbedingungen

Stark steigende Preise erhöhen seit Jahresbeginn 2022 die Lebenshaltungskosten. Armutsgefährdete Haushalte haben aufgrund ihrer finanziellen Situation weniger Spielraum, auf steigende Kosten zu reagieren. Für Haushalte bis zum dritten Einkommensdezil (hier: Äquivalenzeinkommen bis 1.850 EUR monatlich) lagen die durchschnittlichen Konsumausgaben bereits 2019/20 über dem Einkommen,[71] diese Lücke vergrößert sich nun weiter. Auch unterschiedliche Konsumstrukturen benachteiligen Haushalte mit niedrigem Einkommen in Zeiten hoher Inflation,[72] da besonders in den Ausgabenkategorien Wohnen und Ernährung starke Preisanstiege zu beobachten sind.[73] Ohne finanzielle Rücklagen bedeutet die Teuerungskrise für diese Haushalte eine deutliche Verschlechterung im Lebensstandard, Konsumverzicht oder Verschuldung. Für Haushalte mit hohem Einkommen haben steigende Preise hingegen lediglich eine sinkende Sparquote zur Folge.[74] Wenn erheblich materiell und sozial benachteiligte Haushalte in noch höherem Maße bei Ernährung und beim Heizen sparen müssen, entstehen gesundheitliche Nachteile. Wenn soziale Aktivitäten nicht mehr leistbar sind und die finanziellen Mittel auch nicht ausreichen, um Grundbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu finanzieren, beschleunigt und verfestigt sich der Ausschluss aus zentralen Lebensbereichen.

1.3.7 Gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe

Welche Folgen die Reduktion sozialer Kontakte sowohl auf die psychische Gesundheit als auch die Organisation des Alltags hat, wurde vielen während der COVID-19-Pandemie bewusst. Mangelnde Teilhabechancen können sowohl den persönlichen als auch den gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsspielraum in bestimmten Lebenslagen einschränken. Rund 6 Prozent der Personen ab 16 Jahren fühlen sich in Österreich von der Gesellschaft ausgeschlossen.[75] Das Einkommen steht damit in Zusammenhang: Jede zehnte Person (10 Prozent) in armutsgefährdeten Haushalten stimmt der Aussage „Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgeschlossen“ „voll und ganz“ oder „eher“ zu, in der mittleren Einkommensgruppe sind es halb so viele (5 Prozent), und in der hohen Einkommensgruppe empfindet nur eine von hundert Personen gesellschaftliche Ausgrenzung.

---

70 Statistik Austria, 2022d: EU-SILC 2021, Modul Lebensbedingungen von Kindern, Tabelle 12.4.

71 Statistik Austria, 2022b: Verbrauchsausgaben. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung, S. 37.

72 ebd., S. 42; vgl. auch Hammer/Skina-Tabue, 2022.

73 Statistik Austria, Verbraucherpreisindex.

74 WIFO, 2022.

75 „Voll und ganz“ oder „eher“ Zustimmung zur Aussage „Ich fühle mich von der Gesellschaft ausgeschlossen“.

In diesem Abschnitt wird untersucht, welche Zusammenhänge sich zwischen den Möglichkeiten, soziale Beziehungen aufzunehmen und zu pflegen wie auch der kulturellen Teilhabe und der Einkommensverteilung zeigen.[76]

Wie wirken sich Haushaltskonstellationen auf den Lebensstandard aus?

Der Haushalt bildet die primäre Ebene sozialer Kontakte einer Person: Mit wem man zusammenlebt hat besonders starken Einfluss auf die eigenen Lebensbedingungen. Laut EU-SILC 2022 leben in Österreich hochgerechnet vier Fünftel der Bevölkerung ab 16 Jahren (rund 5,9 Mio. Menschen) in Mehrpersonenhaushalten. 1,5 Mio. ab 16-Jährige leben alleine, das sind 22 Prozent der Frauen und 19 Prozent der Männer. Ältere Menschen leben häufig allein – 35 Prozent aller Ein-Personen-Haushalte bestehen aus Menschen über 64 Jahre. Von den Frauen in dieser Altersgruppe lebt fast die Hälfte allein (45 Prozent), von den Männern nur rund ein Fünftel (22 Prozent). Neben Pensionist:innen (34 Prozent) leben auch Arbeitslose (25 Prozent) verglichen mit Erwerbstätigen (16 Prozent) häufiger allein.

Haushaltsform und Lebensstandard beeinflussen sich gegenseitig: 23 Prozent der Niedrigeinkommensbeziehenden sind Alleinlebende, aber nur 7 Prozent der Personen in der hohen Einkommensgruppe. Personen, die mit einem:r Partner:in (ohne Kinder) im Haushalt leben, müssen demgegenüber mit 8 Prozent deutlich seltener mit niedrigem Haushaltseinkommen auskommen, ebenso jene, die in Familien leben (16 Prozent).

Da, wie vorher gezeigt, soziale Gefährdungslagen Frauen und Männer unterschiedlich betreffen und diese Geschlechterunterschiede v. a. in Ein-Personen- bzw. in Ein-Eltern-Haushalten sichtbar werden, werden diese hier differenziert betrachtet: Ein Viertel (25 Prozent) der alleinlebenden Frauen gilt als Niedrigeinkommensbeziehende, 70 Prozent fallen in die Gruppe der mittleren Einkommen und nur 5 Prozent in jene mit hohen Einkommen. Alleinlebende Männer beziehen demgegenüber fast doppelt so häufig (9 Prozent) hohe Einkommen, am unteren Ende der Einkommensverteilung sind sie zu einem Fünftel (20 Prozent) vertreten. Noch prekärer ist die Situation in Ein-Eltern-Haushalten, wo die Erwerbseinbindung durch potenziell anfallende Kinderbetreuung erschwert wird: Fast ein Drittel (31 Prozent) der Mütter muss mit einem Einkommen unter 60 Prozent des Medians ihr Auslangen finden, in dem als hoch definierten Einkommenssegment sind sie hingegen sehr selten vertreten (2 Prozent).[77]

---

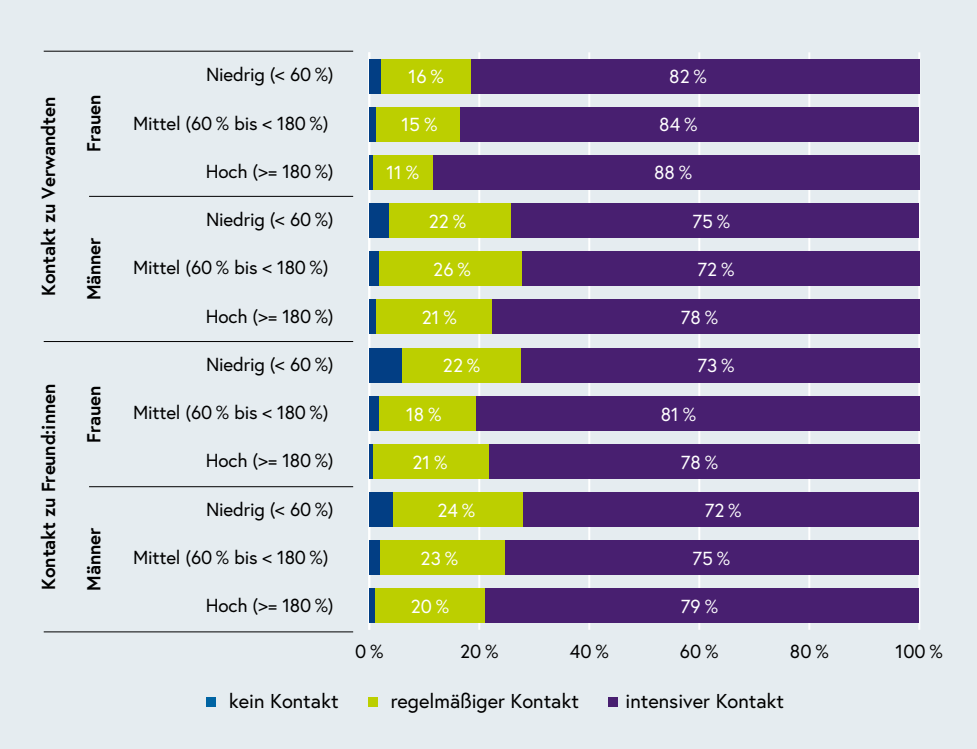
[76] Datenquelle hierfür ist das im Rahmen von EU-SILC 2022 erfragte Sondermodul „Soziale und kulturelle Teilhabe“, das von März bis Juli 2022 bei Personen ab 16 Jahren erhoben wurde. Aufgrund behördlich angeordneter Kontaktbeschränkungen oder selbst gewählter Reduktion von persönlichen Kontakten und anderen Umständen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sind die Interpretation und Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit früheren Jahren eingeschränkt. Für inhaltliche Details und eine tabellarische Darstellung der Ergebnisse siehe Statistik Austria, 2023c: EU-SILC Tabellenband 2022.

[77] Aufgrund zu geringer Fallzahlen in der Stichprobe können an dieser Stelle keine Aussagen über die Situation von Vätern in Ein-Eltern-Haushalten getroffen werden.

Beeinflussen Einkommen die Teilhabe an sozialen Netzwerken?

Soziale Netzwerke außerhalb des Haushalts sind eine weitere Ebene gesellschaftlicher Teilhabe; ihnen wird das Potenzial zugeschrieben, emotional, materiell und mental unterstützend zu wirken. Die Pflege sozialer Beziehungen kann aber zeit- und energieintensiv sein. So stellen etwa prekäre Lebenslagen soziale Netzwerke vielfach auf die Probe: Einerseits erfahren Teilhaberessourcen (finanzielle, zeitliche, gesundheitliche oder andere) Einschränkungen, andererseits kann der im Vergleich zu anderen als geringer erkannte eigene Lebensstandard einen Rückzug zur Folge haben, da Scham und Resignation auftreten können.

Abbildung 29: Kontakt zu Verwandten, Freund:innen und Nachbarschaft nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen über 16 Jahren. „Intensiver Kontakt“: wöchentliche persönliche Treffen und/oder indirekte Kontakte; „regelmäßiger Kontakt“: seltener als wöchentliche persönliche Treffen und indirekte Kontakte. Fälle ohne Angabe zur Kontakthäufigkeit und vollständig imputierte Personeninterviews wurden ausgeschlossen. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Anhand der Daten des EU-SILC-Moduls 2022 kann untersucht werden, ob das Maß sozialer Kontakte nach Einkommensgruppen variiert.[78] Generell zeigt sich (siehe Abbildung 29: Kontakt zu Verwandten, Freund:innen und Nachbarschaft nach Einkommensgruppen), dass Unterschiede in der Kontakthäufigkeit stark mit dem Geschlecht zusammenhängen, während Abstufungen in der Intensität nach dem Einkommen je nach beobachteter Bezugsgruppe variieren. Über 80 Prozent der Frauen pflegen, unabhängig von der Einkommensgruppe, zu der ihre Haushalte gehören, intensiven Kontakt mit ihrer Verwandtschaft. Deutlich mehr als bei den Männern, bei denen die Intensität des Kontakts in der höchsten Einkommensgruppe mit 78 Prozent am höchsten ist. 74 Prozent der Männer mit niedrigem Einkommen und 72 Prozent mit hohem Einkommen geben an, wöchentlichen persönlichen oder indirekten Kontakt zur Verwandtschaft zu haben.

In der Beziehung zu Freund:innen zeigt sich für Frauen und Männer mit niedrigem Einkommen ein ähnliches Muster: 73 Prozent der Frauen und 72 Prozent der Männer in dieser Gruppe geben an, intensiven Kontakt zu Freund:innen zu pflegen, 22 Prozent bzw. 24 Prozent haben regelmäßigen Kontakt. Bei Männern steigt mit dem Einkommen auch die Intensität des Kontakts: 75 Prozent der Männer mit mittlerem und 79 Prozent mit hohem Einkommen haben intensiven Kontakt zu ihren Freund:innen. In der mittleren Einkommensgruppe unterscheidet sich die Kontakthäufigkeit am stärksten nach dem Geschlecht: 81 Prozent der Frauen stehen hier wöchentlich persönlich und über andere Kanäle in Kontakt mit ihren Freund:innen, deutlich mehr als bei den Männern. In der hohen Einkommensgruppe hingegen wird von 78 Prozent der Frauen intensiver Kontakt gepflegt.

Auch Haupttätigkeit und Haushaltsform sind bestimmende Merkmale für die Intensität der Kontaktpflege[79]. Mit wem man zusammenlebt und in welchem Ausmaß man am Arbeitsmarkt teilnimmt, hat maßgeblichen Einfluss darauf, welche Ressourcen zur Aufnahme und Erhaltung von Beziehungen zur Verfügung stehen oder durch sie zugänglich werden. Alleinlebende Personen mit Pensionsbezug, Personen in Ein-Eltern-, aber auch in Mehrpersonenhaushalten mit drei und mehr Kindern stehen überdurchschnittlich häufig in intensivem Kontakt zu Verwandten und Freund:innen. Dies lässt schlussfolgern, dass sowohl das emotionale Bedürfnis nach Kontakt als auch Unterstützungsleistungen wie Kinderbetreuung oder Versorgungsleistungen Bestandteile der Beziehungen sind.

Wie wirken sich Einkommen auf Beziehungen und soziale Aktivität aus?

34 Prozent der Frauen und 35 Prozent der Männer haben seltener als einmal pro Woche persönlichen Kontakt zu Freund:innen oder Verwandten. In sozialen Beziehungen wird

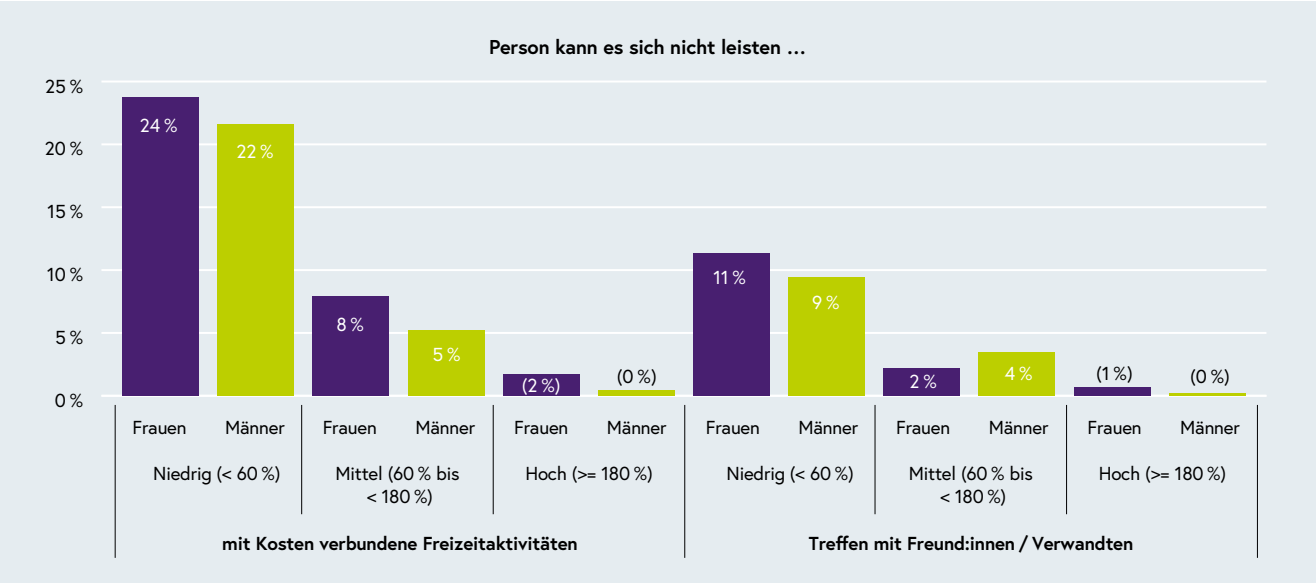
---

[78] Die Intensität der Kontakte wird nach „kein Kontakt / keine Verwandten / Freund:innen", „regelmäßiger Kontakt" und „intensiver Kontakt" differenziert. „Intensiver Kontakt" entspricht dabei wöchentlichen Treffen und/oder indirekten Kontakten (per Telefon, Social Media, SMS, Brief, Internet), „regelmäßiger Kontakt" seltener als wöchentlichen persönlichen Treffen und indirekten Kontakten. Fälle ohne Angabe zur Kontakthäufigkeit sowie vollständig imputierte Personeninterviews wurden ausgeschlossen.

[79] Für eine detaillierte tabellarische Darstellung vgl. Statistik Austria, 2023: Tabellenband EU-SILC 2022, Tabelle 12.3.

Wechselseitigkeit erwartet, was die Teilnahme an sozialen Netzwerken bei Ressourcenmangel erschwert. In bestimmten Lebenssituationen fehlen zeitliche, gesundheitliche oder finanzielle Ressourcen: Im Abschnitt „Materielle Lebensbedingungen“ (1.3.8) wurde bereits gezeigt, wie sich die finanzielle Situation auf die Pflege sozialer Kontakte auswirkt: 11 Prozent der Frauen und 9 Prozent der Männer in der niedrigen Einkommensgruppe können es sich etwa nicht leisten, einmal pro Monat Freund:innen oder Verwandte zu treffen, um gemeinsam etwas zu essen oder zu trinken (siehe Abbildung 30: Materielle Einschränkungen in der Freizeitgestaltung für Frauen und Männer nach Einkommensgruppen).

Abbildung 30: Materielle Einschränkungen in der Freizeitgestaltung für Frauen und Männer nach Einkommensgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Personen ab 16 Jahren. Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Die Qualität sozialer Beziehungen kann anhand der Möglichkeit gemessen werden, andere Menschen um Hilfe bitten zu können oder Ansprechpersonen für vertrauliche Themen zu haben. So zeigt sich, dass Menschen mit hohem Einkommen sich eher auf ihr soziales Netzwerk verlassen können: 74 Prozent der Frauen und 73 Prozent der Männer mit hohem Einkommen können mit materieller oder finanzieller Hilfe von Verwandten, Freund:innen oder der Nachbarschaft rechnen, unter Personen mit niedrigem Einkommen sind es bei den Frauen 66 Prozent und bei den Männern 55 Prozent. Geht es um nicht-materielle Hilfe wie das Sprechen über persönliche Angelegenheiten, emotionale Unterstützung oder Hilfestellungen im Alltag, können 87 Prozent der Frauen und 86 Prozent der Männer in der hohen, aber nur 79 Prozent der Frauen und 74 Prozent der Männer in der niedrigen Einkommensgruppe auf Unterstützung vertrauen.

Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen Einkommensgruppe und sozialen Kontakten eher schwach ausgeprägt. Dieser Befund macht deutlich, dass sich finanzielle Benachteiligungen nicht in einem zusätzlichen Mangel an Sozialbeziehungen niederschlagen, bedeutet aber auch, dass sich soziale Eingebundenheit nicht nachweislich positiv auf den ökonomischen Lebensstandard auswirkt.

Hängt gesellschaftliche Beteiligung vom Einkommen ab?

Freiwilliges Engagement in Vereinen oder Organisationen kann die soziale Eingebundenheit Einzelner verbessern und eröffnet Netzwerke, die die primären Beziehungen zur Verwandtschaft oder Freund:innen ergänzen. Gesellschaftliche Beteiligung, formales Engagement wie auch nicht institutionalisierte Aktivitäten wie Nachbarschaftshilfe stärken den Zusammenhalt und bieten soziale Anerkennung. Der Grad der Beteiligung an zivilgesellschaftlichen und politischen Prozessen steigt mit der Höhe des Einkommens. Während 12 Prozent der Personen aus Niedrigeinkommenshaushalten in Vereinen oder Organisationen aktiv waren, sind es in der mittleren Einkommensgruppe 20 Prozent und in der hohen 28 Prozent. Auch informelle Freiwilligenarbeit wie Hilfestellungen für Menschen und Tiere außerhalb eines Vereins haben Personen mit hohem Einkommen (19 Prozent) häufiger geleistet als jene mit mittlerem (13 Prozent) und niedrigem Einkommen (12 Prozent).

Aktivitäten in politischen Parteien oder einem Berufsverband sowie die Teilnahme an Demonstrationen können unter dem Begriff „Aktive Bürgerschaft" zusammengefasst werden. 12 Prozent der Personen ab 16 Jahren waren in den vergangenen 12 Monaten dementsprechend engagiert. Auch hier waren Personen mit hohem Haushaltseinkommen mit 20 Prozent mehr als doppelt so häufig involviert wie jene mit niedrigem (9 Prozent), aber auch Personen in der mittleren Einkommensgruppe setzten sich hier deutlich seltener ein (12 Prozent).

Wirkt sich das Einkommen auf die kulturelle Teilhabe aus?

Das Erleben von Kunst und Kultur kann zur Persönlichkeitsbildung beitragen, inspirieren und weiterbilden. Personen mit niedrigem Einkommen haben auch hier seltener Gelegenheit zur Teilhabe: In den der Erhebung EU-SILC vorausgegangenen 12 Monaten[80] haben Personen mit niedrigem Einkommen (12 Prozent) weniger häufig Kulturstätten besucht als jene mit mittlerem (21 Prozent) oder hohem Einkommen (26 Prozent). Personen mit niedrigem Einkommen üben auch seltener selbst künstlerische, handwerkliche oder kreative Aktivitäten in ihrer Freizeit aus, für 50 Prozent von ihnen ist dies nie der Fall. Dieser Anteil ist in der hohen Einkommensgruppe um 15 Prozentpunkte geringer (35 Prozent). Eintrittspreise stellen bei geringen finanziellen Ressourcen eine Hürde in der Freizeitgestaltung dar: Ein Kinobesuch stand etwa nur für ein Viertel der Personen

[80] Hier sei auf die durch die COVID-19-Pandemie bestehenden Einschränkungen im Jahr 2021 verwiesen, die Befragte in unterschiedlichen Maß am Besuch von kultur- oder sportbezogenen Aktivitäten gehindert haben können.

in der niedrigen Einkommensgruppe am Programm (mittel: 33 Prozent, hoch 45 Prozent). Einer Live-Veranstaltung wohnten Personen in der hohen Einkommensgruppe (57 Prozent) beinahe dreimal so häufig bei wie Personen mit niedrigem Einkommen (19 Prozent). Sportveranstaltungen live zu erleben war für über die Hälfte der Personen in der hohen Einkommensgruppe (55 Prozent) möglich, in der mittleren (31 Prozent) und der niedrigen Einkommensgruppe (24 Prozent) hingegen deutlich seltener.

1.3.8 Wohlbefinden und Zufriedenheit

In den vorausgegangenen Abschnitten wurden die Lebensbedingungen der Menschen in Österreich mehrheitlich anhand objektiver Kennzahlen beschrieben. Das subjektive Wohlbefinden der Menschen, das im Zentrum dieses Kapitels steht, erlaubt ergänzend Aufschluss über die Wirkung der objektiven Lebensbedingungen.

Wie zufrieden sind die Menschen mit ihrem Leben?

Die Frage nach der Lebenszufriedenheit („*Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt?*“) zeigt, wie eine Person ihr Leben im Allgemeinen beurteilt. EU-SILC stellt die Frage mit einer elfstufigen Skala von 0 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („vollkommen zufrieden“). Im Durchschnitt bewerten die Menschen in Österreich ihr Leben im Allgemeinen mit 7,9 Punkten. Seit 2013 – dem Jahr, in dem die elfteilige Skala eingeführt wurde – ist keine wesentliche Veränderung zu verzeichnen. Damals lag der Durchschnitt bei 7,8 Punkten, zwischenzeitlich lag die allgemeine Lebenszufriedenheit im Jahr 2020 mit 8,1 Punkten nur geringfügig höher. Bemerkenswert ist dieser Wert aus dem Jahr 2020 – dem ersten Jahr der COVID-19-Pandemie – dennoch, da hier grundsätzlich auch eine niedrigere Lebenszufriedenheit zu erwarten wäre. Die Stabilität der Werte untermauert vielmehr, dass die Frage nach der Lebenszufriedenheit eine längerfristige Bewertung vielfältiger Aspekte des Lebens im Sinne einer Gesamtbeurteilung ohne Einbezug kurzfristiger Einflüsse ist.[81] Wichtig ist zudem, dass aus der weiterhin hohen Lebenszufriedenheit nicht darauf geschlossen werden kann, dass die COVID-19-Krise keine Auswirkungen auf das Wohlergehen der Menschen hatte. Daten, die auf alternativen Messungen basieren und vor allem das psychische Wohlbefinden fokussieren, zeigen für bestimmte Personengruppen sehr wohl ein deutlich niedrigeres Wohlbefinden.[82] Zudem ist nicht ausgeschlossen, dass die Lebenszufriedenheit langfristig betrachtet auch in der Gesamtbevölkerung aufgrund der Krise noch sinken könnte.

Einkommen und Zufriedenheit: Welcher Zusammenhang besteht?

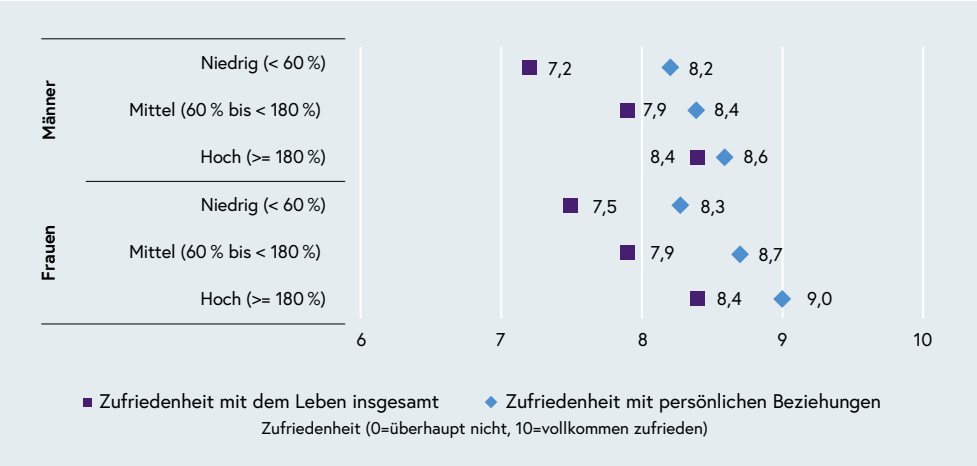
Die Lebenszufriedenheit ist umso höher, je höher das Einkommen ist. Personen mit niedrigem Einkommen bewerten ihr Leben durchschnittlich mit 7,4 Punkten, während Personen mit hohem Einkommen auf 8,4 Punkte kommen. Dieser Zusammenhang, der aus Abbildung 31: Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit persönlichen

[81] Ebd., S. 65.
[82] Ebd., S. 68.

Beziehungen nach Geschlecht und Einkommensgruppen ersichtlich ist, besteht sowohl für Frauen als auch für Männer. Unterschiede hinsichtlich des Geschlechts gibt es nur punktuell, tendenziell sind Frauen aber etwas zufriedener als Männer. Einkommensschwache Frauen sind beispielsweise etwas zufriedener mit ihrem Leben (7,5) als einkommensschwache Männer (7,2).

Neben der Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen kann aus Abbildung 31: Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit persönlichen Beziehungen nach Geschlecht und Einkommensgruppen auch die Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen entnommen werden. Sie liegt mit durchschnittlich 8,4 Punkten etwas höher als jene der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Und auch hier steigt die Zufriedenheit mit dem Einkommen. Frauen in der höchsten Einkommensgruppe sind mit ihren persönlichen Beziehungen mit einem Wert von 9,0 am zufriedensten (Männer 8,6). Für die allgemeine Lebenszufriedenheit zeigt sich für Frauen und Männer mit hohem Einkommen derselbe Wert (8,4). In allen Fällen wird die Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen höher bewertet als die allgemeine Lebenszufriedenheit, die beiden Werte nähern sich mit steigendem Einkommen an. Ob die allgemeine Lebenszufriedenheit auf die Bewertung der persönlichen Beziehungen ausstrahlt oder ein umgekehrter Zusammenhang besteht, kann nicht ermittelt werden. Obwohl Personen mit niedrigem Einkommen mit ihren persönlichen Beziehungen ähnlich zufrieden sind wie Personen mit höherem Einkommen, liegt die Lebenszufriedenheit bei ihnen deutlich darunter, vor allem bei Männern. Offenbar kann die Zufriedenheit mit der sozialen Einbettung Unzufriedenheiten in anderen Lebensbereichen nicht aufheben.

Abbildung 31: Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit persönlichen Beziehungen nach Geschlecht und Einkommensgruppen

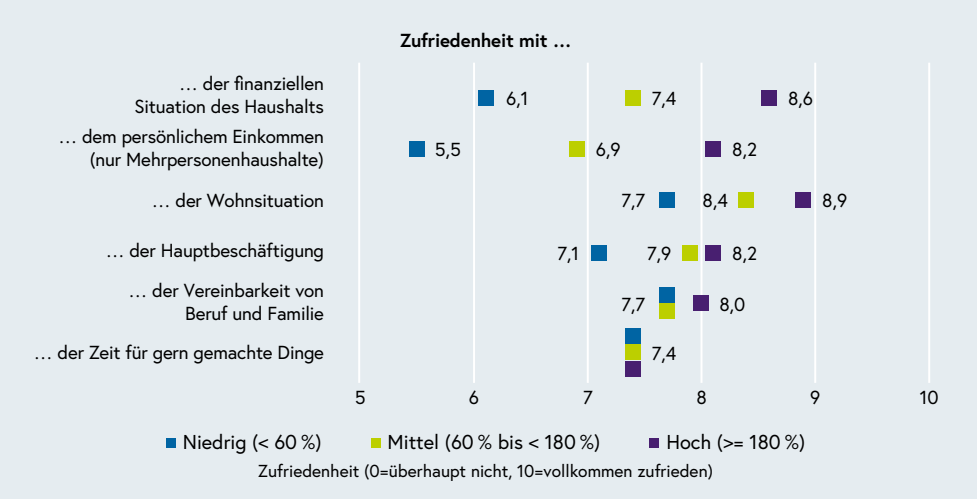


Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

In welchen Lebensbereichen steigt die Zufriedenheit mit dem Einkommen?

Auch in weiteren Bereichen des Lebens sind Menschen umso zufriedener, je höher ihr Einkommen ist. Wie Abbildung 32: Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen nach Einkommensgruppen zeigt, besteht der engste Zusammenhang zwischen den Einkommensgruppen und der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushalts bzw. dem persönlichen Einkommen. Während Personen aus der niedrigen Einkommensgruppe etwa für ihre Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen nur durchschnittlich 5,5 Punkte vergeben, kommen Personen der hohen Einkommensgruppe auf 8,2 Punkte. Gefragt nach ihrer Wohnsituation und Hauptbeschäftigung sind Personen mit niedrigem Einkommen wiederum unzufriedener als Personen mit mittlerem und hohem Einkommen. Nahezu gleich zufrieden sind Personen unterschiedlicher Einkommensgruppen hingegen, wenn es um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie um die verfügbare Zeit für gern gemachte Dinge geht. Hier hat die Einkommenshöhe keinen merklichen Einfluss auf die Zufriedenheit.

Abbildung 32: Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen nach Einkommensgruppen



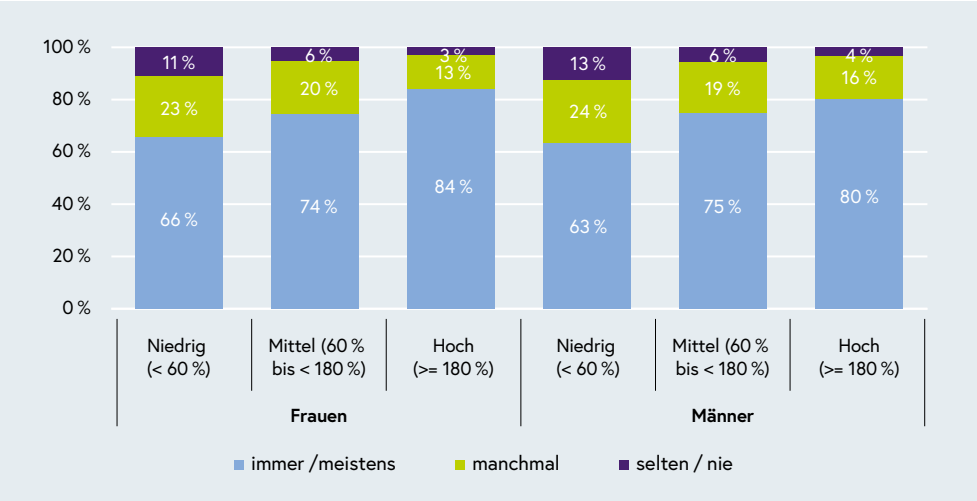
Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen, Glück und Einsamkeit

Von häufigem Glücksempfinden („immer“ oder „meistens“ glücklich in den letzten vier Wochen) berichten 66 Prozent der Frauen und 63 Prozent der Männer aus der untersten Einkommensgruppe, während dies von 84 Prozent der Frauen und 80 Prozent der Männer aus der obersten Einkommensgruppe angegeben wird (siehe Abbildung 33: Glück nach Geschlecht und Einkommensgruppen [„Wie oft waren Sie während der letzten vier Wochen glücklich?“]). Besonders deutlich wird der Zusammenhang zwischen Einkommen und psychologischen Faktoren des Wohlbefindens auch, wenn Menschen betrachtet werden, die „nie“ oder „selten“ glücklich sind: Mit 11 Prozent (Frauen) bzw. 13 Prozent

(Männer) trifft dies weitaus häufiger Personen der niedrigen Einkommensgruppe als Personen mit hohem Einkommen (Frauen: 3 Prozent, Männer: 4 Prozent). Hinsichtlich des Geschlechts sind wiederum kaum Unterschiede zu verzeichnen, tendenziell haben Frauen jedoch abermals ein etwas höheres psychologisches Wohlbefinden, was Glück betrifft, als Männer.

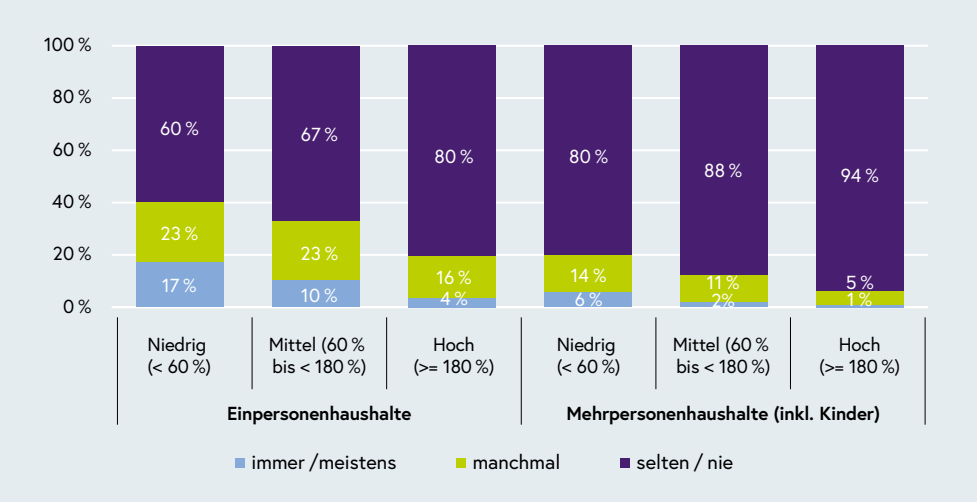
Abbildung 33: Glück nach Geschlecht und Einkommensgruppen („Wie oft waren Sie während der letzten vier Wochen glücklich?“)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

Danach gefragt, wie häufig man in den letzten vier Wochen einsam war, gaben – wie Abbildung 34: Einsamkeit nach Geschlecht und Einkommensgruppen („Wie oft waren Sie während der letzten vier Wochen einsam?“) zeigt – in Ein-Personen-Haushalten 17 Prozent der Personen mit niedrigem Einkommen, jedoch nur 4 Prozent der Personen mit hohem Einkommen „immer“ oder „meistens“ an. Erwartungsgemäß sind Menschen, die mit anderen in einem Haushalt zusammenleben, seltener einsam. Der Zusammenhang von Einsamkeit und Einkommen ist aber auch hier erkennbar: Wieder sind Personen aus Haushalten mit niedrigem Einkommen häufiger einsam als Personen mit hohem Einkommen.

Abbildung 34: Einsamkeit nach Geschlecht und Einkommensgruppen („Wie oft waren Sie während der letzten vier Wochen einsam?“)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2022. Einkommensgruppen: siehe Tabelle 1 und Glossar.

1.4 Aktuelle Entwicklung der Lebensbedingungen

Um Problemlagen und Schwierigkeiten durch Ereignisse wie COVID-19 und die Teuerungskrise zeitnah zu beobachten, erfasst die Erhebung „So geht's uns heute" seit Ende 2021 quartalsweise Daten von Personen in österreichischen Haushalten. Durch diese können ergänzend zu den bisher präsentierten strukturellen Ergebnissen aus EU-SILC aktuelle Entwicklungen und saisonale Schwankungen abgebildet sowie Auswirkungen von Krisen möglichst rasch sichtbar gemacht werden.

Ereignisse wie die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder die Inflationsentwicklung haben die Bedeutung von aktuellen und kurzfristigen Informationen über die Lebensbedingungen der Bevölkerung verstärkt. Gerade in Krisenzeiten können sich soziale Problemlagen verstärken. Daher sind kurzfristige Daten und eine schnelle Berichterstattung wichtig, um Problemlagen aufdecken und zeitnahes Handeln ermöglichen zu können. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel der gemeinsam von Eurostat und dem BMSGPK finanzierten und von Statistik Austria durchgeführten Studie, zeitnahe und aussagekräftige Informationen über Veränderungen der sozialen Lage in unsicheren und herausfordernden Zeiten zu gewinnen. Im Mittelpunkt der Analyse stehen Einkommensveränderungen und finanzielle Schwierigkeiten sowie das Wohlbefinden und die Zufriedenheit der Bevölkerung. Insbesondere wird der Fokus auf vulnerable Personengruppen gelegt, die auch außerhalb von Krisenzeiten überdurchschnittlich von Armutsgefährdung betroffen sind, wie Alleinerziehende, Mehrkindfamilien, Arbeitslose oder Personen mit niedrigem Einkommen[83]. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und um die unterjährigen Entwicklungen für den Zeitraum eines Jahres dazustellen, werden im Folgenden Ergebnisse vom zweiten Quartal 2022 bis zum zweiten Quartal 2023 präsentiert. Damit schließt die Berichterstattung direkt an die zuvor gezeigten Ergebnisse aus EU-SILC 2022 an, die Daten bis zum ersten Halbjahr 2022 enthalten.

EU-SILC und „So geht's uns heute" erheben Merkmale zu Lebensbedingungen, die Schwerpunkte und Methodik unterscheiden sich jedoch: EU-SILC erhebt einmal im Jahr Strukturdaten und verwendet für die Messung des Einkommens vorwiegend Registerdaten. „So geht's uns heute" hat einen wesentlich geringeren Variablenumfang als EU-SILC und befragt mit Online-Methodik alle drei Monate rund 3.000 Menschen zwischen 18 und 74 Jahren[84] in österreichischen Privathaushalten. Die unterjährige (quartalsweise)

[83] Siehe Glossar; zu beachten ist, dass die Definition für Personen mit geringem Haushaltseinkommen eine andere ist als die in den vorigen Kapiteln verwendeten Einkommensgruppen – hier sind entsprechend den bisherigen Berichten zu „So geht's uns heute" Personen mit einem monatlich verfügbaren, standardisiertem Haushaltseinkommen unter 1.000 EUR gemeint.

[84] Bis zur fünften Welle wurden Personen zwischen 16 und 69 Jahren befragt.

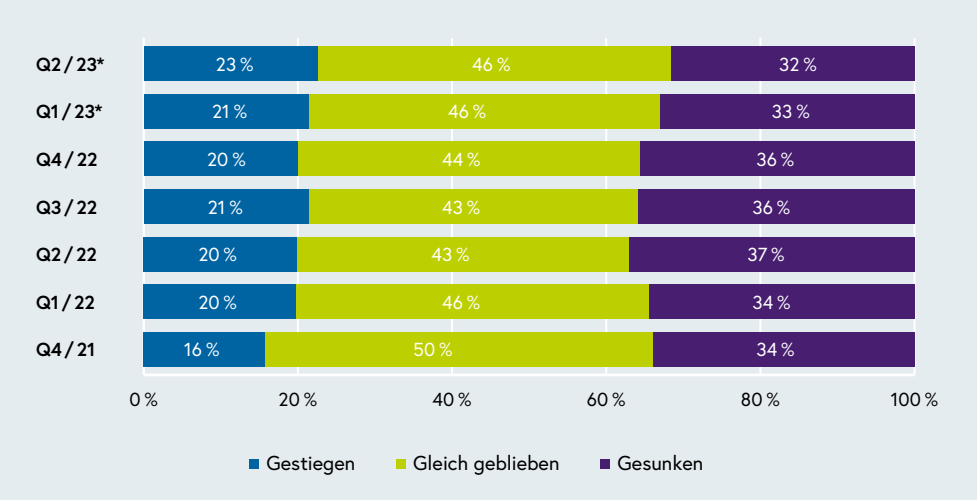
Datenerhebung für „So geht's uns heute" hat das vorrangige Ziel, zeitnah ein subjektives Stimmungsbild über die finanzielle Situation und deren Veränderungen zu erheben.[85]

Werden Veränderung im Haushaltseinkommen wahrgenommen?

Um Veränderungen im Haushaltseinkommen abzubilden, wird nach der persönlichen Einschätzung gefragt: Hat sich das Haushaltseinkommen innerhalb von zwölf Monaten verändert und wenn ja, in welche Richtung?

Im zweiten Quartal 2022 nahmen 37 Prozent der 16- bis 69-Jährigen Einkommenseinbußen in den letzten zwölf Monaten wahr. Ein Jahr später, im zweiten Quartal 2023, berichteten 32 Prozent über Einkommensverluste. Seit dem letzten Jahr zeigt sich der Anteil der Personen mit Einkommensverlusten also rückläufig. Gleichzeitig gaben zuletzt 23 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren an, dass ihr Haushaltseinkommen in den letzten zwölf Monaten gestiegen ist – ein leicht höherer Anteil als in den früheren Befragungsquartalen (siehe Abbildung 35: Wahrgenommene Veränderung im Haushaltseinkommen). Für knapp die Hälfte hat sich das Einkommen nicht verändert, ihr Anteil schwankt zwischen 43 und 46 Prozent.

Abbildung 35: Wahrgenommene Veränderung im Haushaltseinkommen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht's uns heute" Q2/2022–Q2/2023[86]. (Fragestellung: „Wenn Sie die letzten 12 Monate betrachten: Ist das Haushaltseinkommen …" *Zeitreihenbruch wegen Anpassung der Altersgrenzen von 16 bis 69 Jahre (bis Q4/2022) auf 18 bis 74 Jahre (ab Q1/2023).

[85] Die Ergebnisse werden drei Monate nach dem Ende der jeweiligen Erhebung in Form eines vom Institut für höhere Studien (IHS) verfassen Berichts sowie Tabellenbändern und Mikrodaten veröffentlicht. Alle Informationen sind auf der Website von Statistik Austria zu Sozialen Krisenfolgen verfügbar (11.12.2023).

[86] Die Stichprobengrößen der einzelnen Erhebungswellen, auf Basis derer auf die gesamte Bevölkerung in der betreffenden Altersgruppe hochgerechnet wird, betragen: N (Q2/2022) = 3.120, N (Q3/2022) = 3.206, N (Q4/2022) = 3.317, N (Q1/2023) = 3.601, N (Q2/2023) = 3.326.

Wer hat Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen?

Im zweiten Quartal 2023 berichteten rund 17 Prozent der Personen zwischen 18 und 74 Jahren, nur mit (großen) Schwierigkeiten mit ihrem Haushaltseinkommen die laufenden Ausgaben decken zu können (siehe Tabelle 4: Auskommen mit dem Einkommen nach Quartalen). Dies sind hochgerechnet zwischen 1 und 1,2 Mio. Menschen. Seit dem Vorjahr blieb der Anteil der Gesamtbevölkerung mit (großen) Schwierigkeiten, mit ihrem Haushaltseinkommen auszukommen, nahezu unverändert. Hingegen sank die Zahl derer, die angaben, leicht mit ihrem Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Im zweiten Quartal 2022 berichteten 24 Prozent über ein (sehr) leichtes Auskommen mit dem Einkommen, im zweiten Quartal 2023 belief sich dieser Anteil auf 20 Prozent.

Tabelle 4: Auskommen mit dem Einkommen nach Quartalen

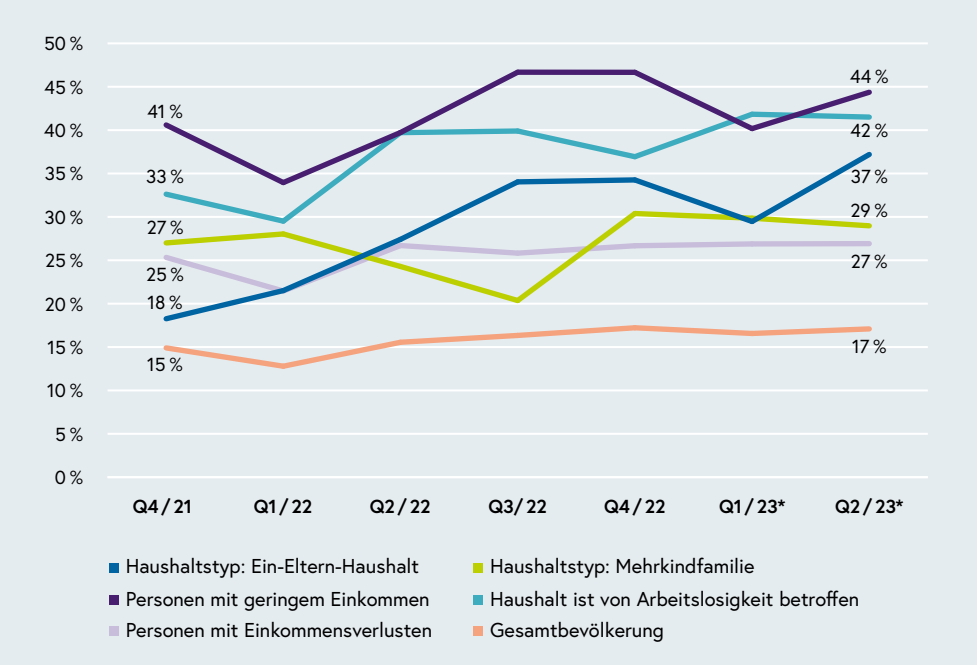
	Q2/22	Q3/22	Q4/22	Q1/23*	Q2/23*
Mit großen Schwierigkeiten	5,4 %	5,4 %	7,4 %	6,2 %	7,1 %
Mit Schwierigkeiten	10,2 %	10,9 %	9,8 %	10,3 %	10,0 %
Mit etwas Schwierigkeiten	26,8 %	27,1 %	27,7 %	30,0 %	29,6 %
Eher leicht	34,1 %	35,3 %	35,0 %	32,4 %	33,1 %
Leicht	15,7 %	15,1 %	13,4 %	14,4 %	13,5 %
Sehr leicht	7,9 %	6,1 %	6,7 %	6,7 %	6,8 %

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht's uns heute" Q2/2022–Q2/2023. (Fragestellung: „Wie schwer oder leicht können Sie mit Ihrem Haushaltseinkommen die laufenden Ausgaben Ihres Haushalts tätigen?") *Zeitreihenbruch wegen Anpassung der Altersgrenzen von 16 bis 69 Jahre (bis Q4/2022) auf 18 bis 74 Jahre (ab Q1/2023).

Eine überdurchschnittlich hohe Betroffenheitslage zeigte sich bei vulnerablen Gruppen[87]. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen (44 Prozent) und aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten (42 Prozent) berichteten im zweiten Quartal 2023 über Schwierigkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten (siehe Abbildung 36: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen). Außerdem zeigte sich im Zeitverlauf ein deutlicher Anstieg bei den Alleinerziehenden: Gaben im Vorjahr noch 27 Prozent der Personen in Ein-Eltern-Haushalten an, Schwierigkeiten zu haben, mit dem Einkommen auszukommen, stieg der Anteil in dieser Gruppe im zweiten Quartal 2023 um 10 Prozentpunkte auf 37 Prozent.

[87] Gruppen, die in und außerhalb von Krisenzeiten überdurchschnittlich armutsgefährdet sind – siehe Glossar.

Abbildung 36: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen



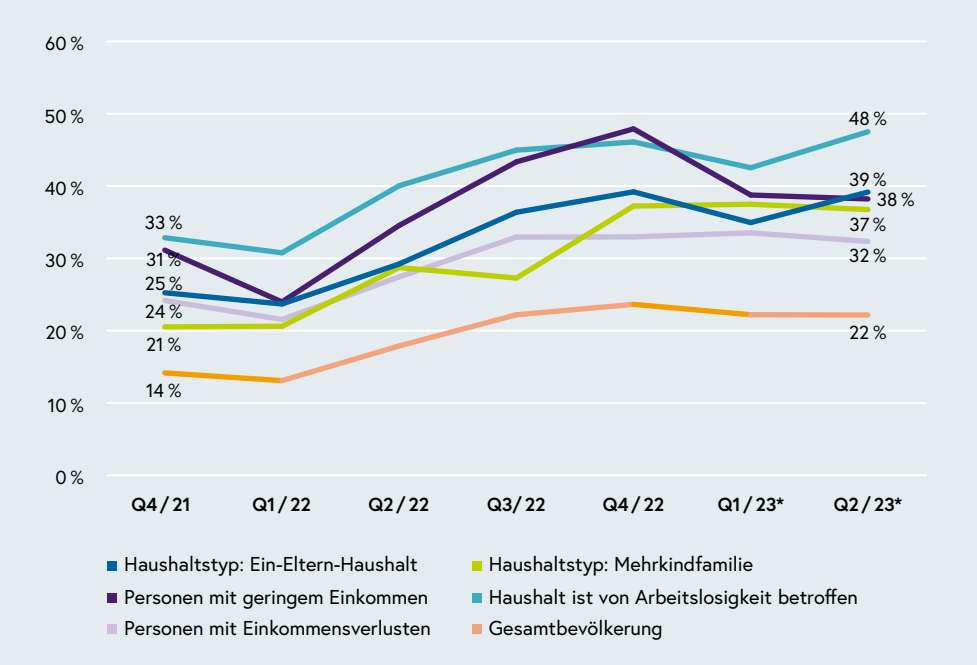
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht's uns heute" Q2/2022–Q2/2023. (Fragestellung: „Wie schwer oder leicht können Sie mit Ihrem Haushaltseinkommen die laufenden Ausgaben Ihres Haushalts tätigen?" – sehr schwer bzw. schwer.) *Zeitreihenbruch wegen Anpassung der Altersgrenzen von 16 bis 69 Jahre (bis Q4/2022) auf 18 bis 74 Jahre (ab Q1/2023).

Wie verändert sich die finanzielle Belastung durch Wohnkosten?

Als Folge der Preissteigerungen bei Wohn- und Energiekosten zeigte sich eine Zunahme der finanziellen Belastung durch Wohnkosten im vergangenen Jahr. Die Wohnkosten setzen sich je nach Wohnsituation aus der Miete oder einem etwaigen Wohnkredit, den Wohnnebenkosten wie Strom, Gas, Heizung und Reparaturen sowie den anfallenden Betriebskosten wie Wasser-, Müll- und Kanalgebühren zusammen. Für 22 Prozent der Bevölkerung im Alter von 18 und 74 Jahren stellten die Wohnkosten im zweiten Quartal 2023 eine schwere Belastung dar (siehe Abbildung 37: Schwere finanzielle Belastung durch Wohnkosten). Im zweiten Quartal im Vorjahr 2022 betrug dieser Anteil noch 18 Prozent.

Zudem waren vulnerable Gruppen im Durchschnitt durch Ausgaben, die für das Wohnen aufgewendet werden, stärker belastet. Im zweiten Quartal 2023 gab knapp die Hälfte (48 Prozent) der Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten an, dass die Wohnkosten für sie eine schwere Belastung darstellen. Vor allem bei den Alleinerziehenden kam es zu einem Anstieg der Belastungen bei den Wohnkosten. Im zweiten Quartal 2023 berichteten 39 Prozent der Personen in Ein-Eltern-Haushalten, durch Wohnkosten finanziell belastet zu sein, um 10 Prozentpunkte mehr als noch im Vorjahr (Q2/2022: 29 Prozent).

Abbildung 37: Schwere finanzielle Belastung durch Wohnkosten

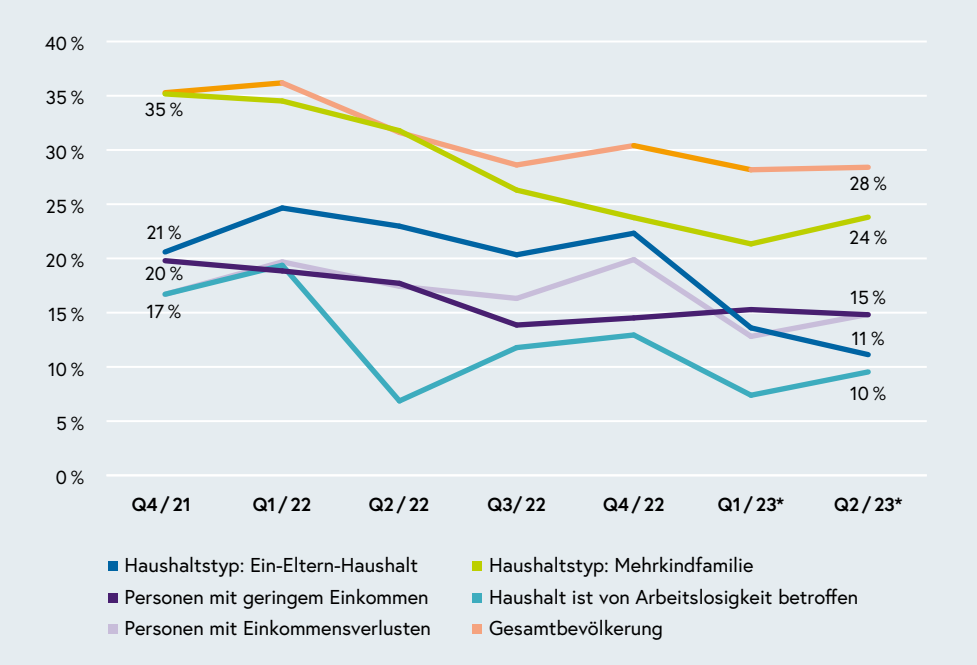


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht's uns heute" Q2/2022–Q2/2023. (Fragestellung: „Denken Sie jetzt bitte an Ihre gesamten Wohnkosten, also Miete, Wohnkredit, alle Wohnnebenkosten wie zum Beispiel Strom, Gas, Heizung und Reparaturen. Sind diese für Ihren Haushalt …?" – eine schwere Belastung) *Zeitreihenbruch wegen Anpassung der Altersgrenzen von 16 bis 69 Jahre (bis Q4/2022) auf 18 bis 74 Jahre (ab Q1/2023).

Sinkt die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation?

Die Zufriedenheit mit der finanziellen Situation ist zwischen 2022 und 2023 gesunken. Im zweiten Quartal 2023 gaben 28 Prozent an, sehr zufrieden mit ihren Finanzen zu sein (siehe Abbildung 38: Hohe Zufriedenheit mit der finanziellen Situation). Im gleichen Quartal des Vorjahres waren es noch rund 32 Prozent. Vulnerable Gruppen wiesen eine niedrigere Zufriedenheit mit ihrer finanziellen Situation auf als die Gesamtbevölkerung. So sagten im zweiten Quartal 2023 nur 10 Prozent der Personen aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten und 11 Prozent der Alleinerziehenden, dass sie sehr zufrieden mit ihrer finanziellen Situation sind. Je rund 15 Prozent der Personen mit geringem Einkommen und der Personen mit Einkommensverlusten im vergangenen Jahr sagten, dass sie in finanzieller Hinsicht sehr zufrieden waren.

Abbildung 38: Hohe Zufriedenheit mit der finanziellen Situation



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht's uns heute" Q2/2022–Q2/2023. (Fragestellung: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer finanziellen Situation?" – Antworten zwischen 8 und 10 auf der Skala von 0 = überhaupt nicht zufrieden bis 10 = vollkommen zufrieden) *Zeitreihenbruch wegen Anpassung der Altersgrenzen von 16 bis 69 Jahre (bis Q4/2022) auf 18 bis 74 Jahre (ab Q1/2023).

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemeinbildende höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
d. h.	das heißt
etc.	et cetera
ggü.	gegenüber
IHS	Institut für höhere Studien
lt.	laut
NEET	Not in education, employment or training
sog.	sogenannt
u. a.	unter anderem / unter anderen
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
vs.	versus
z. B.	zum Beispiel

Literaturverzeichnis

Altzinger, Wilfried / Lamei, Nadja et al. (2013): Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. In: Statistische Nachrichten 1/2013, 48–62.

Baas, Meike (2021): Bildungsbeteiligung nach Migrationshintergrund. Der Einfluss von Zuwanderungsgeneration, Zuzugsalter und Zuzugsmotiven. In: WISTA – Wirtschaft und Statistik 2/2021, Destatis Statistisches Bundesamt (Hg.).

Blüher, Marlene / Glaser, Thomas / Lamei, Nadja (2021): Lebensbedingungen in der ersten Phase der COVID-19-Pandemie. Analyse von Daten aus EU-SILC 2020 für den Zeitraum März bis Juli 2020. Statistik Austria, Statistische Nachrichten 2021, Heft 8, Wien.

Blum, Sonja (2015): Ausbau der Kinderbetreuung in Österreich: Regionale Unterschiede und politisches Lernen. In: SWS-Rundschau (55. Jg.) Heft 2/2015, 191–210

Bundesinstitut Biefie (2018): Bildungsstandardüberprüfung. Bundesergebnisbericht. Standardsüberprüfung 2018, Mathematik 4. Schulstufe. Online verfügbar unter: xwwp0069/profiles$/skina/Downloads/BiSt_UE_M4_2018_Bundesergebnisbericht%20 (1).pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Hg.) (2019): Sozialpolitische Studienreihe. Förderung der sozialen Mobilität in Österreich. Unter Mitarbeit von Michael F. Forster und Sebastian Königs. Wien: Verlag des ÖGB GmbH (Sozialpolitische Studienreihe, Band 26). Online verfügbar unter: https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=721, zuletzt geprüft am 29.12.2023.

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Konsumentenschutz und Pflege (2022): Nationaler Aktionsplan Behinderung 2022–2030. Österreichische Strategie zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Wien.

Europäische Kommission (2021): Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte. Online verfügbar unter: https://op.europa.eu/webpub/empl/european-pillar-of-social-rights/de/index.html#infographic-main, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Europäische Kommission (2021a): Europäische Garantie für Kinder. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1428&langId=de, zuletzt geprüft am 31.10.2023.

Eurostat (2023): Einkommen und Lebensbedingungen – Methoden. Luxemburg. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/methodology, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Eurostat (2023a): Glossar Statistics Explained. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Material_deprivation/de, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Fessler, Peter / Schürz, Martin (2017): Zur Mitte in Österreich. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2017). Sozialbericht 2015–2016, 269–292. Wien.

Geisberger, Tamara / Glaser, Thomas (2021): Gender Pay Gap. Analysen zum geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. In: Statistische Nachrichten 06/21, 434–447.

Glaser, Thomas (2023): Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2021. Indikatoren für soziale Inklusion in Österreich. Hrsg. von Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Wien.

Griebler, Robert / Straßmayr, Christa / Mikšová, Dominika / Link, Thomas / Nowak, Peter / Arbeitsgruppe Gesundheitskompetenz-Messung der ÖPGK (2021): Gesundheitskompetenz in Österreich: Ergebnisse der österreichischen Gesundheitskompetenzerhebung HLS19-AT. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, Wien.

Hammer, Angela / Skina-Tabue Magdalena (2022): Konsumstrukturen armutsgefährdeter Haushalte. Erste Auswertungen des EU-SILC-Moduls 2020 zu Konsum, Überschuldung und Vermögen. In: Statistische Nachrichten 2/2022.

Hartel, Birgit / Hollerer, Luise / Smidt, Wilfried / Walter-Laager, Catherine / Stoll, Martina (2018): Elementarpädagogik in Österreich. Voraussetzungen und Wirkungen elementarer Bildung. Beitrag 5 im Nationalen Bildungsbericht 2018, Wien.

Heitzmann, Karin / Rapp, Severin (2023): Armut, soziale Ausgrenzung und Wohnen. In Buxbaum, Adi / Filipič, Ursula / Pirklbauer, Sybille / Soukup, Nikolai / Wagner, Norman (Hrsg.), Soziale Lage und Sozialpolitik in Österreich 2023: Entwicklungen und Perspektiven, 40–54. Wien: ÖGB-Verlag. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86873-0, zuletzt geprüft am 30.01.2024.

Institut für Höhere Studien / Statistik Austria (2023): So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Zukunftserwartungen. Ergebnisse einer Statistik-Austria-Befragung. In: Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) (Hg.). Wien.

Klimont, Jeannette / Prammer-Waldhör, Michaela (2020): Soziodemographische und sozioökonomische Determinanten von Gesundheit. Auswertungen der Daten der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2019, Wien.

Klimont, Jeannette / Psihoda, Sophie (2022): Lebenserwartung in Gesundheit nach Bundesland, Geburtsland und Schulbildung. Auswertungen aus der Österreichischen Gesundheitsbefragung 2019. Statistische Nachrichten, Wien.

Knittler, Käthe (2011): Intergenerationale Bildungsmobilität. Bildungsstruktur junger Erwachsener im Alter von 15 bis 34 Jahren im Vergleich mit jener ihrer Eltern. In: Statistische Nachrichten 4/2011. 253–266.

Lamei, Nadja et al. (2017): Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich. In: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2017). Sozialbericht 2015–2016, 179–226. Wien.

Mader, Katharina / Schneebaum, Alyssa / Skina-Tabue, Magdalena / Till-Tentschert, Ursula (2012): Intrahaushaltsverteilung von Ressourcen. Geschlechtsspezifische Verteilung von Einkommen und Entscheidungsmacht. In: Statistische Nachrichten 12/2012, 983–994.

Momentum Institut (2022)**:** Bildungsreport: Bildung, Gender und Einkommen in Österreich. Online verfügbar unter: https://www.momentum-institut.at/news/bildungsreport-bildung-gender-und-einkommen-oesterreich, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Nagl-Cupal, Martin / Kolland, Franz / Zartler, Ulrike / Mayer, Hanna / Bittner, Marc / Koller, Martina / Parisot, Viktoria / Stöhr, Doreen (2018): Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (Hg.): Angehörigenpflege in Österreich. Einsicht in die Situation pflegender Angehöriger und in die Entwicklung informeller Pflegenetzwerke. Universität Wien. Online verfübar unter: https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=664, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Pessl-Falkensteiner, Gabriele et al. (2023): Bildungsverläufe und soziale Ungleichheit. Literatur Review. IHS Working Paper Series 48. Online verfügbar unter: https://irihs.ihs.ac.at/view/ihs_series/ser=5Fihswps.html, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Schönherr, Daniel / Schenk, Karoline / Zandonella, Martina (2021): AK-Schulkostenstudie 2020/21: Schule, Unterricht und Kinderbetreuung in der Corona-Pandemie. Wien.

Statistik Austria (2020): Tabellenband zu EU-SILC 2019.

Statistik Austria (2020a): Wie geht's Österreich? 2020. Wien. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht__s_OEsterreich__2020.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2021): Konsumerhebung 2019/20. Sozialstatistische Analysen.

Statistik Austria (2021a): Wie geht's Österreich? 2021. Wien. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht__s_OEsterreich__2021.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2022): Arbeitsmarktsituation von Migrant:innen in Österreich. Modul der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2021.

Statistik Austria (2022a): Konsumerhebung 2020/21.

Statistik Austria (2022b): Verbrauchsausgaben. Sozialstatistische Ergebnisse der Konsumerhebung. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Verbrauchsausgaben2019-20_Sozialstatistische_Ergbnisse.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2022c): Detailtabellen zu Familien und Erwerbstätigkeit, AKE 2022. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/258/08_Familien_Erwerbstaetigkeit_2022.ods, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2022d): Tabellenband EU-SILC 2021. Wien. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2021.pdf, zuletzt geprüft am 20.12.2023.

Statistik Austria (2022/23): Kindertagesheimstatistik 2022/23.

Statistik Austria (2023): Bildung in Zahlen 2021/22.

Statistik Austria (2023a): Soziale Krisenfolgen. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2023b): Armut und soziale Eingliederung – FAQs. Wien. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs_Armut_Juni2023.pdf zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2023c): Gender-Statistiken: Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/vereinbarkeit-von-beruf-und-familie, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2023d): Bildung in Zahlen 2021/2022 – Schlüsselindikatoren und Analysen, Wien. Onlien verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/BiZ-2021-22_Schluesselindikatoren.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2023e): Standarddokumentation zu EU-SILC 2022. Wien. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/shared/QM/Standarddokumentationen/B_1/std_b_eu-silc-2022.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2023f)**:** Gender-Statistiken: Einkommen. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/einkommen, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Statistik Austria (2023g)**:** Tabellenband EU-SILC 2022. Wien. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2022.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2023.

Till, Matthias / Klotz, Johannes / Siegert, Christina (2018): Eingliederungsindikatoren 2017. Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Wien.

UNECE (2011): Canberra Group Handbook on Household Income Statistics. Second Edition. Geneva.

WIFO (2022): Steigende Lebenshaltungskosten und Armut. WIFO reasearch Briefs 10/22.

Glossar

Armutsgefährdung: Als armutsgefährdet gelten nach EU-Vorgaben jene Personen, deren bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen **(→ Äquivalenzeinkommen**) weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens eines Landes beträgt. Es handelt sich um Personen in Haushalten mit vergleichsweise niedrigem Einkommen. Die Armutsgefährdung ist somit ein relatives Armutsmaß. Aussagen darüber, wie gut ein Haushalt mit seinem Einkommen auskommt, können auf Basis der Armutsgefährdung nicht getroffen werden. In Österreich gelten im Jahr 2022 alleinlebende Personen als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 1.392 EUR pro Monat zur Verfügung haben, für Haushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei 2.924 EUR pro Monat.

Armutsgefährdungslücke: Sie ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Medianeinkommen von Armutsgefährdeten (jene mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle) und der Armutsgefährdungsschwelle und zeigt daher die Differenz zwischen den tatsächlichen Einkommen der Armutsgefährdeten und der statistisch berechneten Armutsgefährdungsschwelle. Dargestellt wird die Lücke in Prozent dieser Schwelle. Sie beträgt für 2022 in Österreich 23,9 Prozent. Ein durchschnittlicher armutsgefährdeter Ein-Personen-Haushalt in Österreich benötigt 2022 monatlich 333 EUR mehr Einkommen, um die Armutsgefährdungsschwelle zu überwinden.

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung, Europa-2030-Zielgruppe zur Armutsreduktion: Personen, auf die mindestens eines der drei folgenden Kriterien zutrifft – siehe Kapitel 1.2:

- Armutsgefährdung **(→ siehe dort)** oder
- erhebliche materielle und soziale Benachteiligung **(→ siehe dort)**
- oder geringe Erwerbsintensität **(→ siehe dort)**

Äquivalenzeinkommen (auch: bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen): Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Nettohaushaltseinkommen berechnet. Dazu wird das verfügbare Haushaltseinkommen **(→ siehe dort)** durch die Summe der Konsumäquivalente des Haushalts (mittels EU-Skala bestimmt) dividiert – siehe Kapitel 1.1.

Einkommensgruppen: Einteilung der Bevölkerung nach ihrem Äquivalenzeinkommen **(→ siehe dort**) gemessen am Median (der Wert, der die Verteilung der gesamten Bevölkerung in zwei gleich große Hälften teilt), das sind für 2022 27.844 EUR pro Jahr:

- niedriges Einkommen (unter 60 Prozent des äquivalisierten Medianeinkommens – 2022 unter 16.706 EUR pro Jahr; entspricht der Gruppe der Armutsgefährdeten)
- mittleres Einkommen (60 Prozent bis unter 180 Prozent des äquivalisierten Medianeinkommens – 2022 16.706 bis unter 50.119 EUR pro Jahr)
- hohes Einkommen (180 Prozent und mehr des äquivalisierten Medianeinkommens – 2022: 50.119 EUR und mehr pro Jahr) – siehe Kapitel 1.1, Tabelle 1: Definition, Größe und Kennzahlen der verwendeten Einkommensgruppen.

Erhebliche materielle und soziale Benachteiligung: ein absolutes Armutsmaß dafür, ob der Mindestlebensstandard nach EU-Definition erreicht wird; wer sich von 13 Merkmalen mindestens sieben nicht leisten kann, gilt als **erheblich materiell und sozial benachteiligt**. Dem Haushalt ist es finanziell nicht möglich, (1) unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.300 EUR aus eigenen Mitteln zu tätigen, (2) einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren, (3) Miete, Betriebskosten oder Kredite pünktlich zu bezahlen, (4) jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen, (5) die Wohnung angemessen warm zu halten, (6) abgenützte Möbel zu ersetzen oder (7) ein Auto zu besitzen. Personen ab 16 Jahren ist es finanziell nicht möglich, (8) eine Internetverbindung zu haben, (9) abgenutzte Kleidung zu ersetzen, (10) zwei Paar passende Schuhe zu haben, (11) jede Woche einen kleinen Betrag für sich selbst auszugeben, (12) regelmäßig kostenpflichtige Freizeitaktivitäten auszuüben oder (13) einmal im Monat Freund:innen oder Familie zum Essen oder Trinken zu treffen.

Für Personen ab 16 Jahren müssen mindestens sieben von diesen 13 Merkmalen zutreffen, damit sie als erheblich materiell und sozial benachteiligt gelten. Dies gilt auch für Personen unter 16 Jahren, wobei zudem mindestens drei dieser Merkmale aus der Kategorie der Haushaltsmerkmale (1) bis (7) stammen müssen. Außerdem zählt eines der Personenmerkmale (8) bis (13) zusätzlich auch für Personen unter 16 Jahren, wenn das jeweilige Merkmal für zumindest die Hälfte der restlichen Haushaltsmitglieder zutrifft.

Erwerbsintensität des Haushaltes: weist den Anteil der Erwerbsmonate aller Personen zwischen 18 und 64 Jahren an der maximal möglichen Erwerbszeit im Haushalt im Referenzjahr aus; berücksichtigt werden dabei sowohl die Erwerbsmonate als auch die Wochenstunden. Ausgewiesen werden drei Kategorien:

- Geringe Erwerbsintensität: Weniger als 20 Prozent Erwerbsintensität (dies fließt in die Berechnung der → **Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung** ein)
- Mittlere Erwerbsintensität: Mindestens 20 Prozent und weniger als 85 Prozent Erwerbsintensität
- Hohe Erwerbsintensität: 85 Prozent bis 100 Prozent Erwerbsintensität im Haushalt

Der Indikator wird für folgende Personengruppen nicht ausgewiesen: (1) Personen, die gemäß ihrer derzeitigen Hauptaktivität in Pension sind, (2) Pensionsbeziehende (außer Hinterbliebenenpension), (3) Personen ab 60 Jahren, die nicht erwerbsaktiv sind und in deren Haushalt die Pension die Haupteinkommensquelle ist, (4) Personen bis 24 Jahre, die gemäß ihrer derzeitigen Hauptaktivität eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren.

Europa-2030-Strategie, Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte: Die Europäische Kommission schlägt drei EU-Kernziele vor, die in Übereinstimmung mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung bis zum Ende des Jahrzehnts in den Bereichen Beschäftigung, Kompetenzen und Sozialschutz erreicht werden sollen. Diese sollen mittels eines Aktionsplans gemessen und in der Umsetzung unterstützt werden.

Hohe Wohnkostenbelastung (EU-Definition): Der Anteil der Bevölkerung, bei dem die → **Wohnkosten** insgesamt mehr als 40 Prozent des verfügbaren Nettohaushaltseinkommens ausmachen. Wohn- oder Mietbeihilfen werden in dieser Berechnung vom Wohnungsaufwand abgezogen und auch beim Haushaltseinkommen nicht berücksichtigt.

Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung: Gefährdung in mindestens zwei von drei Bereichen der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung → **siehe dort**.

Mehrfache Gesundheitseinschränkungen: Es treffen mindestens zwei der folgenden drei Merkmale zu:

- sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand in der subjektiven Einschätzung
- chronische Krankheit
- starke Einschränkung bei der Verrichtung alltäglicher Arbeiten durch eine gesundheitliche Beeinträchtigung seit mindestens einem halben Jahr

Überbelag: Als überbelegt zählt ein Haushalt, wenn die Wohnfläche weniger als 16 m^2 beträgt, durchschnittlich weniger als 8 m^2 pro Wohnraum zur Verfügung stehen oder die Anzahl der Personen die Anzahl der Wohnräume um zwei übersteigt (Kriterium der Gemeinde Wien bei der Vergabe von Gemeindewohnungen).

Verfügbares Haushaltseinkommen: Nettojahreseinkommen als Summe der Erwerbseinkommen, Kapitalerträge, Pensionen und allfälligen Sozialtransfers im Haushalt abzüglich Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und unter Berücksichtigung von Unterhaltsleistungen und sonstigen Privattransfers zwischen Haushalten.

Vulnerable Personengruppen: Die Krisenfolgenerhebung „So geht's uns heute" unterscheidet einige ausgewählte Gruppen, die überdurchschnittlich armutsgefährdet sind:

Personen mit geringem Haushaltseinkommen: monatlich verfügbares, standardisiertes Haushaltseinkommen unter 1.000 EUR. Um das Haushaltseinkommen zu ermitteln, wurde die Summe sämtlicher monatlichen Nettoeinkünfte aller Personen im Haushalt erfragt. Danach wird bei Mehrpersonenhaushalten das Haushaltseinkommen auf einen Ein-Personen-Haushalt standardisiert, um verschiedene Haushaltsgrößen besser miteinander vergleichbar zu machen → **siehe Äquivalenzeinkommen.**

Personen mit Einkommensverlusten: Das Haushaltseinkommen ist nach Selbsteinschätzung in den letzten zwölf Monaten gesunken.

Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten: In einem Haushalt lebt zum Befragungszeitpunkt mindestens eine arbeitslose Person (Erwerbsstatus „arbeitssuchend, arbeitslos") im Alter zwischen 19 und 64 Jahren, oder die befragte Person ist jünger als 19 Jahre und selbst arbeitslos.

Personen in Ein-Eltern-Haushalten (= alleinerziehend): Haushalt mit nur einem Elternteil und mindestens einem Kind unter 25 Jahren.

Personen aus Mehrkindfamilien: Personen in Paarhaushalt mit mindestens drei im Haushalt lebenden abhängigen Kindern (unter 18 Jahren alt oder zwischen 18 und 24 Jahren alt und nicht aktiv oder arbeitslos).

Wohnkosten: Die gesamten Kosten des Haushalts für Miete, Betriebskosten, Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung von Wohnraum (bei Wohneigentum und Genossenschaftswohnungen), Heizung, Energie, Instandhaltung. Für Auswertungen auf Personenebene werden die Wohnkosten nach EU-Skala äquivalisiert.

Wohnkostenanteil: Der Anteil der → **Wohnkosten** am Nettohaushaltseinkommen.

Working Poor: Personen im Erwerbsalter (18 bis 64 Jahre), die im Verlauf des Referenzjahres sechs Monate oder länger Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig waren und trotz Arbeit ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle haben.